

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 30.

# Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 1. August 1917.

**Inhaltsangabe:** **Inland:** Die Politik Bethmann Hollwegs. S. 1255—1256. — Die Rede des neuen Kanzlers. S. 1257—1258. — Die polnische Reichstagsfraktion und die Friedensentschließung. S. 1258—1259. — Zusammentreffen des Kaisers mit polnischen Abgeordneten. S. 1259. — Pressstimmen zur letzten Erklärung des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden“ zur Lösung der polnischen Frage. S. 1259—1261. — Kurland und Litauen — deutsches Siedlungsgebiet. S. 1262. — Die polnisch-deutschen Beziehungen. S. 1262. — Der 5. 11. 1916 und der 11. 7. 1917. S. 1264. — Scheinpolen. S. 1265. — Artikel betreffend das Schulwesen. S. 1265—1266. — Zu Ehren Kosciuszko's. S. 1266. — Die Opferwilligkeit Westpreußens. S. 1267. — Belegtes Gebiet: Staatsrats- und Verfassungsangelegenheiten. S. 1267—1273. — Die Heeresfrage, die Stellung des Staatsrats und einzelner Personen zu ihr und die Rolle Pilsudzki's. S. 1273—1277. — Protest der Liga des polnischen Staatswesens gegen die russische Offensive. S. 1278. — Die Unabhängigkeitsbewegung in der Ukraine. S. 1279. — Forderung der Verschmelzung der beiden Okkupationsgebiete. S. 1279. — Die Sperrlinie im Generalgouvernement Warschau. S. 1280. — Das politische Departement des Staatsrats. S. 1280. — Ein unabhängiger jüdischer Rat. S. 1281. — **Ausland:** Rede des Herrenhausmitglieds Rozmian. S. 1281. — Der zwischenparteiliche Verband. S. 1281—1282. — Die Krakauer Akademiker an die Warschauer. S. 1283. — Der ungarische Bund der Freunde Polens. S. 1283.

## Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 235 der Gazeta Narodowa (Posen)  
vom 19. Juli 1917.

### Die innere Politik Bethmann Hollwegs.

Es lag im Charakter und in der hohen geistigen Bildung Bethmann Hollwegs, daß er nicht imstande war, Schwächere zu verfolgen und zu unterdrücken. Ein Mann von so außerordentlich tiefer Denkart konnte nämlich nicht nach der Methode der Rücksichtslosigkeit handeln und nicht mit Skatisten sympathisieren. Denn wer sich in Fragen von ewiger Bedeutung und von unvergänglichem Werte vertieft und die Regionen des Geistes kennen gelernt hat, der hat sicher jene Höhe erreicht, von der aus es möglich ist, mit des Geistes und des Herzens Blick alles das zu umfassen, was menschlich ist. Er ist imstande, den Menschen und ebenso seine Macht und seine Vergänglichkeit, seinen Aufschwung und seinen Fall, seine Bestrebungen und seine Enttäuschungen richtig zu beurteilen und auf diese Weise jene Geistesruhe zu gewinnen, in der es für kleinlichen Haß und seine kläglichen Erscheinungen keinen Raum mehr gibt. Auf einen solchen Mann können mit Recht die Worte des großen Dichters und Philosophen: „Über allen Gipfeln ist Ruh“ Anwendung finden.

Herr von Bethmann Hollweg empfand deshalb auch keinen Haß und keinen Widerwillen gegen uns. Und trotzdem wurde gerade während seiner Amtszeit von dem Enteignungsgesetz zum ersten Mal Gebrauch gemacht. Er ließ also, obwohl er ein so gerechter Mann war, doch zu, daß uns ein so himmelschreiendes Unrecht zugefügt wurde.

Wie reimt sich das zusammen? Auf welche Weise lassen sich solche Gegensätze erklären? Eine Erklärung finden wir in dem schwachen Willen des früheren Reichskanzlers. Dieser schwache Wille hat sich in seiner Amtstätigkeit schon vielfach und sogar auch

in der Geschichte seines Sturzes offenbart. Herr von Bethmann Hollweg war eben nicht der „eiserne“ und felsenfeste Reichskanzler. Auf ihn könnte man vielmehr im übertragenen Sinne die Worte der Bibel beziehen: „Der Geist ist stark, — aber der Körper schwach“. Er verstand nicht, sich einem fremden Willen entgegenzustellen. Deswegen wich er vor jeder Übermacht zurück, und er suchte den Weg zu wandeln, wo er den geringsten Widerstand fand. Und Widerstand und Übermacht fand er auf jedem Schritt und Tritt, so oft es sich um die polnische Frage handelte, denn die antipolnische Partei in Preußen ist reich an Mitteln und ihres Zieles sich bewußt.

Deswegen darf es uns nicht wunder nehmen, daß die guten Absichten des Herrn von Bethmann Hollweg unserer Sache keine bedeutenden Resultate brachten. Es war nämlich, zumal für einen Ministerpräsidenten in Preußen, nicht leicht, die Spuren der Amtstätigkeit eines Bülow und Rheinbaben zu verwischen. Trotzdem dürfen wir die erzielten Resultate nicht gering schätzen. Denn unsere Abrechnung, nämlich die Abrechnung des polnischen Volkes mit Herrn von Bethmann Hollweg, weist doch ein positives Plus für uns auf, und ebenso ist ein Plus für Herrn von Bethmann Hollweg vorhanden; denn er war stets bemüht, dem Grundsatz „Suum cuique“ Geltung zu verschaffen.

Ein Triumph der Politik von Bethmann Hollwegs war vor allem zweifellos das Manifest vom 5. November, durch welches ein unabhängiger polnischer Staat proklamiert wurde. Es war dies ein Triumph, der den Glauben an die Unfehlbarkeit des Bülow'schen Systems vollständig erschütterte. Der polnische Staat existiert zwar vorläufig nur dem Grundsatz nach, und er ist auch erst im Entstehen begriffen. Aber das ändert an der Tatsache nichts, daß er schon wirklich da ist, daß er seine eigene Existenz besitzt und daß jetzt schon ein neues Teilungsverbrechen notwendig wäre, um ihn aus der Reihe der Nationen, die sich einer staatlichen Existenz erfreuen, zu streichen. Wenn also dieser Akt sonst auch keinen anderen positiven Wert hätte, als nur den, daß Deutschland nach hundert-



zwanzig Jahren unser unvergängliches Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit endlich anerkannt hat, so wäre er schon von gewaltiger Bedeutung ebenso für die Gegenwart wie für die Zukunft. Für Herrn von Bethmann Hollweg bildete aber dieses Manifest eine Art Genugtuung für sein eigenes Gewissen, das seit der Zeit der Enteignung keine Ruhe fand. Ebenso ist es aber auch ein Beweis des Wohlwollens des Reichskanzlers gegen die Polen, denen er bereitwilligst das Zeugnis ausstellte, daß sie in den schweren Kriegsjahren ihre Pflichten gegen das deutsche Reich erfüllt hätten. Dem wollen wir noch hinzufügen, daß wir die beabsichtigte Revision des Enteignungsgesetzes ebenfalls der Anregung des Herrn von Bethmann Hollweg zu verdanken haben.

Infolge des Krieges ruhen natürlich die staatlichen Funktionen; trotzdem wird aber niemand leugnen können, daß Belgien, Serbien, Griechenland oder Montenegro auch heute noch politische Organismen sind. Ebenso verhält sich die Sache mit dem gegenwärtigen Polen, obwohl zwischen ihm und jenen Staaten ein gewaltiger Unterschied besteht und deswegen auch dieser Vergleich wie jeder andere hinkt.

Die Hafatisten aller Richtungen beklagen sich bekanntlich sehr darüber, daß die polnische Frage von seiten der Mittelmächte auf diese Weise gelöst worden ist; sie betrachten nämlich die Wiederherstellung Polens als eine Sünde, die man an seinem eigenen Lande begangen habe, und sie machen dafür den früheren Reichskanzler verantwortlich. Das allein zeigt uns jedoch zur Genüge, wie wir den Akt, durch den das heutige Königreich Polen ins Leben gerufen wurde, zu beurteilen haben, und es ist zugleich ein hinreichender Grund für uns, die Tätigkeit des Herrn von Bethmann Hollweg anzuerkennen und in dankbarem Andenken zu bewahren.

Aber mit der Proklamierung der Unabhängigkeit Polens sind die Bemühungen noch nicht erschöpft, die von dem guten Willen des früheren Reichskanzlers Zeugnis ablegen, die Lage der Polen im preußischen Anteil zu erleichtern.

Denn auch die Aufhebung des Maulkorbgesetzes und des Jesuitenparagraphen kann für unser kulturelles Leben eine große Bedeutung haben. Wir waren ja mit Recht darüber entrüstet, daß wir in Preußen trotz der gleichen Pflichten und Lasten auf eine ungleiche Weise, nämlich wie Bürger zweiter Klasse, behandelt wurden; deswegen sind wir demjenigen besondere Anerkennung schuldig, der systematisch bemüht war, für uns solche Bedingungen zu schaffen, daß wir freier aufatmen durften. Die Möglichkeit, uns in der Muttersprache auszusprechen und unsere Kinder in katholischem und polnischem Geiste zu erziehen, war nämlich die wesentlichste Forderung, deren Verwirklichung wir in der Aufhebung der Ausnahmegeetze wahrnahmen.

Als eine weitere Errungenschaft für unser politisches Leben aus der Zeit der Amtstätigkeit des Herrn von Bethmann Hollweg ist die Ankündigung der Einführung der polnischen Sprache beim Religionsunterricht auf der Unterstufe zu verzeichnen. Allerdings war diese Errungenschaft nur eine sehr geringe, und sie besteht bis dahin nur auf dem Papier. Es ist wohl auch noch zu befürchten, daß ihre Verwirklichung auf zahlreiche Hindernisse stoßen wird. Nichtsdestoweniger zeugt diese Tatsache selbst von dem guten Willen des früheren Reichskanzlers, und wir dürfen ja keine positiven Errungenschaften, wenn sie auch noch so gering wären, unterschätzen.

Herr von Bethmann Hollweg hatte es nicht leicht, sich, wie es das von ihm übernommene Amt verlangte, mit Leuten zu verständigen, deren Anschauungen von den seinigen qualitativ so sehr verschieden waren. Er war nämlich ein Idealist aus den alten, besseren Zeiten, wo das deutsche Volk den Tempel der Freiheit für

sich aufbaute und der ganzen Welt Lektionen der Toleranz verkündete; er war zugleich ein Denker, der von den Grundsätzen des Christentums selbst durchdrungen war und diese Grundsätze von der Rednerbühne und von der Kanzel auf das praktische Alltagsleben übertragen wissen wollte, — und dabei mußte er sowohl in seiner inneren, wie in seiner äußeren Politik auf jedem Schritt und Tritt mit Leuten rechnen, die den Schwächeren gegenüber sich nur zu dem einen Grundsatz bekannten: Ausrotten! —

Wir finden also etwas prometheusartiges in der Handlungsweise des Herrn von Bethmann Hollweg. Es ist aber heute vielleicht noch nicht an der Zeit, ein Urteil über seine Anschauungen zu fällen; dem Urteil jedoch, das die Geschichte über ihn einst verkünden wird, kann er auf jeden Fall mit Ruhe entgegensehen. Als ein „Debet“ in der Bilanz seiner Amtstätigkeit wird die Nachwelt wohl zu verzeichnen haben, daß er mit Worten den großen Krieg nicht zu entscheiden vermochte, den die Mächte der Welt mit dem Schwert zu entscheiden vergeblich sich bemühten. Dieser Vorwurf ist aber nicht schwer.

Als ein „Kredit“ wird die Geschichte dagegen u. a. auch das notieren müssen, daß zurzeit seiner Amtstätigkeit sowohl die Reform des Wahlrechts in Preußen zustande kam, als auch das Manifest vom 5. November veröffentlicht wurde, daß also während seiner Amtstätigkeit Werke der Gerechtigkeit vollzogen worden sind.

Eine Mitwirkung an solchen Werken genügt aber schon, um sich besondere Verdienste um die Völker und um die Menschheit zu erwerben.

Aus Nr. 167 des Glos Narodu (Kraſau)  
vom 17. Juli 1917.

### Bethmann Hollweg und die Polen.

Als nach dem Sturze Bülow's sein bisheriger Stellvertreter das Amt des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten übernommen hatte, wartete seiner bezüglich der Polen ein schwerer Nachlaß. Alles, was man zur kulturellen und wirtschaftlichen Berrichtung unseres Viermillionenvolkes in Preußen nur aushecken konnte, war schon fertig und zur Durchführung vorbereitet. Die Mittel der Ansiedelungskommission waren bis zu einer Milliarde erhöht, der Staatshaushalt war mit antipolnischen Fonds geradezu gespickt, sogar der Haushalt des Deutschen Reiches war mit diesen teilweise verunreinigt, die Verwaltung war auf allen Gebieten bis auf den höchsten Kammerton gegen uns gestimmt, die staatliche Gesetzgebung war mit dem Ansiedelungsgesetz aus dem Jahre 1904 für immer befleckt, das Enteignungsgesetz aus dem Jahre 1908 und das Maulkorbgesetz aus demselben Jahre, die Schulen, das Gerichtswesen und alle Verwaltungen wurden in Anstalten einer moralischen und materiellen Tortur für das Volk umgewandelt. Das war die Erbschaft, die Herr von Bethmann Hollweg nach Herrn von Bülow antrat.

Seiner unentschlossenen Natur entsprechend, dachte der neue Kanzler nicht daran, auf diesem Gebiete grundsätzliche Änderungen eintreten zu lassen. Er duldete die Wirrkraft des Ostmarkenvereins weiter, der zu Zeiten Bülow's, seines besondern Beschützers, in den Ministerkabinetten regierte und dort vorschrieb, was gegen die polnische Bevölkerung noch zu machen sei. Als gewissenhafter Beamter führte er die Gesetze und Verordnungen aus, die er als Nachlaß Bülow's und dessen Vorgänger übernommen hatte, ja er führte sogar die Anwendung des Enteignungsgesetzes durch, das Bülow als Schöpfer und verantwortlicher Redakteur selbst nicht ausführen mochte, er führte zum Ärgernis und zur großen Empörung der ganzen gestiteten



Welt die Eneignung von vier größern polnischen Gütern durch.

Erst jetzt zeigt es sich, daß dieser Mann alles dies mit geteilten Gefühlen getan hatte, daß dies alles bei ihm durch die sogenannte Staatsraison oder durch die Tätigkeit von Nebenfaktoren erzwungen war, denen er nicht widerstehen konnte.

Die im „Głos Narodu“ unlängst veröffentlichten Enthüllungen haben gezeigt, daß die Durchführung der vier Enteignungen polnischer Güter das Werk eines Erpressungsversuches der hafatistischen Nebenregierung der eigentlichen Regierung gegenüber war und daß diese Enteignungen absichtlich in einer Weise durchgeführt wurden, damit sich derartige Dinge angesichts des großen Lärms, den diese Angelegenheit in der ganzen Welt hervorgerufen hatte, nicht mehr wiederholen. In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte es den Anschein, daß der Führer der ganzen sogenannten Polenpolitik der Landwirtschaftsminister von Schorlemer war, der dem Drängen des Ostmarkenvereins nachgab und außer der Enteignung der 4 Güter eine für uns noch weit gefährlichere Sache durchführte, wie das im „Głos Narodu“ besprochene „Besitzbefeistigungsgesetz“. Die solche Schritte und Gesetze duldenbe Passivität entschuldigt Herrn von Bethmann als Ministerpräsidenten nicht, weil er für alles verantwortlich war, und aus Anlaß seines Rücktrittes wird jetzt alles angeführt, um darzutun, wie unentschlossen diese Individualität beschaffen war, wenn es sich um die Durchführung von Dingen handelte, gegen die sich vielleicht sogar seine eigene Natur sträubte. Andererseits trug er, wenn sich zur Beseitigung dieser Dinge eine Gelegenheit bot, keine Bedenken, eine gewisse Initiative in dieser Richtung zu ergreifen, wiewohl er damals nicht den Mut hatte, ganze Arbeit zu leisten, sondern auf der Hälfte des Weges stehen blieb und größtenteils schon am Anfange aussetzte. Für Herrn von Bethmann Hollweg ist es — als für den Leiter des Staates — keine Entschuldigung, daß in der Zeit seiner Regierung die antipolnische Politik seines Vorgängers förmlich Orgien feierte und er diese dank seiner unentschlossenen Kompromissnatur nicht verhindern konnte, aber andererseits gebietet es die Gerechtigkeit, ihm gutzuschreiben, daß er sogar in dieser Zeit den Willen verriet, die Folgen dieser Politik abzuschwächen, von der ganze Regionen Beamten, Streber und Talerpatrioten lebten und sich mähten.

Seine erste Tat auf diesem Gebiete war die Beseitigung von 7 Ministern, darunter die der ausgesprochenen Polenfreier, Finanzminister Rheinbaben und Arnim, sowie die Versetzung des dem Ostmarkenverein mit Leib und Seele ergebenen Oberpräsidenten von Walldow, den der mit der polnischen Aristokratie liebäugelnde Ministerialdirektor Schwarzkopff ersetzte, was den Chef der hafatistischen Nebenregierung, von Tiedemann, zur Verzweiflung brachte. Außerdem gestattete von Bethmann Hollweg verschiedene kleine Sachen (die unzutreffend als ein Entgegenkommen betrachtet werden), wie z. B. die Veranstaltung eines polnischen Sängersfestes mit festlichem Umzuge usw.

Zur Durchführung einer grundsätzlichen Änderung der Politik den Polen gegenüber fehlte es ihm an Mut und Unternehmungsgeist.

In der Zeit des Krieges hatte er gewisse gute Ideen. Den Polen des preußischen Teilgebietes kündigte er eine Revision der älteren Polenpolitik an und sprach fortwährend von einer Neuorientierung. Er hob den Sprachenparagraphen auf und ermannte sich trotz der alldeutschen Gegenanstrengung zu dem Antrage an den preußischen Landtag wegen Aufhebung des Enteignungsgesetzes, womit er ausdrücklicher als sonst den Schandfleck seiner staatlichen Gesetzgebung verurteilte, und endlich führte er, wenn auch nur auf der Unterstufe der Volksschule, wieder den polnischen Religions-

unterricht ein. Aber das alles sind im Verhältnis zu der Unmenge von Unbilden, die diese Bevölkerung auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens erfährt, nur Kleinigkeiten. Um dieser Bevölkerung volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, fehlten ihm der Geist der Initiative, die erforderliche Tatkraft zur Bekämpfung der ihm entgegenwirkenden Kräfte und vielleicht auch das gehörige Verständnis für die Sache und Psyche der Polen.

Daß er die Psyche der Polen überhaupt nicht kannte, beweist der Umstand, daß er aus dem Akte vom 5. November v. J. die erforderlichen Konsequenzen weder für das Königreich, noch für die Provinz Posen gezogen hat. Der scheidende Kanzler wollte zweifellos alles gut machen und manches verbessern, aber er hatte nicht die Kraft, mit der Wirtschaft seiner Vorgänger zu brechen. Zur Reinigung dieses Stalles gehört kein Philosoph, sondern ein Mann mit kräftigen Muskeln und Nerven, wie seine — — Gegner waren. Idem.

Aus Nr. 238 der Gazeta Narodowa (Posen)  
vom 22. Juli 1917.

### Nach der Krisis.

Der Reichskanzler hat im Reichstage seine erste Rede gehalten. Er erklärte sich — mit einem gewissen Vorbehalt — mit der Friedensresolution der Mehrheitsparteien einverstanden, er stellte sich in der Wahlrechtsfrage in Preußen auf den Standpunkt der kaiserlichen Botschaft, und er zeigte sich bereit, in leitende Regierungsstellen Vertreter der politischen Reichstagsparteien einzuberufen, — „insofern es unbeschadet der Bundesverfassung und der verfassungsmäßigen Rechte des Reiches geschehen könnte“; — mit einem Worte, er erreichte den inneren Frieden. Das war auch sein Zweck, dessen Endergebnis die Bewilligung der neuen Kriegskredite war.

Zur Erreichung eines solchen Ergebnisses hat in hohem Maße auch die während der Rede des Reichskanzlers vom Feldmarschall Hindenburg eingegangene Nachricht beigetragen, daß die russische Front bei Gloczow durchbrochen wurde. Von seiten der radikalen Sozialisten ließen sich bei dieser Nachricht Stimmen vernehmen, daß es eine „bestellte Arbeit war, die den Zweck hätte, eine entsprechende Stimmung hervorzurufen.“ So darf aber die Sache nicht aufgefaßt werden. Es ist ja möglich, daß unsere oberste Heeresleitung den Sieg in Galizien forciert und beschleunigt hat, um einen günstigen Eindruck auf das Volk und hauptsächlich auf den Reichstag hervorzurufen, wo in dem gegebenen Augenblick über die Lösung der Krisis entschieden werden sollte, aber der Durchbruchplan muß sich doch aus der militärischen Lage ergeben haben, wie sie durch die russische, gegen Drohobycz gerichtete Offensive geschaffen wurde. Dieser Durchbruch war nämlich entscheidend für das weitere Schicksal des Krieges; denn wenn es dem Feinde gelungen wäre, das dortige Terrain zu erobern, das reich an Petroleum- und Erdölgruben ist, die für uns eine Quelle für jene Bedarfsartikel bilden, welche wir zur Aufrechterhaltung unseres Eisenbahnbetriebes und für unsere Unterseeboote brauchen, so wäre die weitere Kriegführung der Mittelmächte in Frage gestellt worden. Es handelte sich also bei diesem Durchbruch nicht allein um die Hervorrufung einer entsprechenden Stimmung, sondern um etwas viel Wichtigeres, nämlich um — unsere Existenz.

Der Sieg des Reichskanzlers über die politischen Gruppen und Parteien ist bis dahin aber noch kein endgültiger; der Reichskanzler hat nämlich zwar eine Mehrheit für sich dadurch gewonnen, daß er sich zu der Absicht bekannt hat, die Wahlreform in Preußen



durchzuführen, und daß er zugleich versprach, Vertreter der politischen Parteien zur Beteiligung an der Regierung zuzulassen. Durch dieses Versprechen hat er aber die Forderungen der Mehrheit noch nicht ganz erfüllt, denn diese Mehrheit verlangt die vollständige Parlamentarisierung der Regierung. Außerdem steht hinter den Parteien auch noch das Volk, das der Reichskanzler zu befriedigen hat. Von diesem Volke wird man in einigen Monaten besondere Opfer bei der Zeichnung der jetzt beschlossenen Kriegsanleihe verlangen. Um also im Volke die Begeisterung und die Bereitwilligkeit zu solchen Opfern aufrechtzuerhalten, wird Herr Michaelis schon in den nächsten Wochen positive Resultate in der Richtung der angekündigten Reformen und tatsächliche Erfolge im Bereich der gegebenen Versprechungen aufweisen müssen. Es läßt sich nun nicht leugnen, daß der Reichskanzler die gegenwärtige Kriegslage in seiner Rede optimistisch dargestellt hat. Dieser Darstellung wird eine gewisse Depression entgegen gestellt, die durch die Enthüllungen in dem Hauptausschuß des Reichstages hervorgerufen wurde. Diese Enthüllungen gelangten nämlich trotz ihres vertraulichen Charakters zur allgemeinen Kenntnis, und sie wurden von der Presse ausführlich besprochen. Diese Depression hatte weiter ihren Grund in dem empfindlichen Mangel an Lebensmitteln. Die Anschauungen des neuen Reichskanzlers waren jedoch auch in dieser Hinsicht optimistisch. Er äußerte sich nämlich zu dieser Frage in folgender Weise: „Infolge der Dürre wurde die Vegetation zwar verzögert, und deswegen herrschte in mancher Hinsicht wirklich eine schwere Not; aber ich kann der freudigen Hoffnung Ausdruck geben, daß in Kürze Erleichterung eintreten wird und daß das Volk dann wiederum reichlicher wird versorgt werden können.“ Es ist schwer zu sagen, worauf der Reichskanzler diese seine Hoffnung stützt, aber man muß annehmen, daß er sie nicht ohne eine reale Grundlage macht, zumal die ganze Presse zugibt, daß seine Rede mit Überlegung und Vorsicht und auch ohne jedes Haschen nach rednerischem Effekt gehalten wurde.

Wenn aber im Staate das Vertrauen zu der Regierung des Reichskanzlers, die auf jeden Fall energisch zu werden verspricht, gefestigt werden soll, so müssen in der nächsten Zeit einerseits die politischen Reformen durchgeführt, und andererseits muß die Frage der Ernährung der Bevölkerung in befriedigender Weise gelöst werden. Herr Dr. Michaelis hat der Friedensentschließung gegenüber einen sympathischen Standpunkt eingenommen. Diese Resolution läßt aber nach der Erklärung ihrer Verfasser eine zweideutige Auslegung nicht zu, denn sie verzichtet ausdrücklich auf „Eroberungen und Entschädigungen“.

Die Rede des neuen Reichskanzlers zeigt jedoch, daß eine verschiedene Deutung doch möglich ist. Denn der Reichskanzler sagte ja selbst: „Die Kriegsziele können im Rahmen der eingebrachten Resolution erreicht werden, wie ich sie verstehe.“ Und als er nachher die Bedeutung der Resolution selbst weiter erläuterte, fand er lebhaften Beifall auf Seiten der Rechten, die annexionsistisch gesinnt ist. Er betonte nämlich, daß Deutschland einen Frieden nur als ein Staat schließen könnte, der allein den Krieg „siegreich“ bestanden habe, und er erwähnte auch die Sicherung der Grenzen des Deutschen Reichs „für alle Zeiten“. Darin erblickten aber die Alldeutschen die Verwirklichung ihrer Forderungen. Man mußte jedoch wissen, was der Reichskanzler unter dem „Sieg“ und unter der „Sicherung der Grenzen für alle Zeiten“ gemeint hat. Er sprach nämlich weiter noch von einem Frieden, der die Grundlage zu einer Versöhnung aller Völker schaffen würde. Dabei wurde ihm von der Linken Beifall gespendet. Er schien nämlich hier auch tatsächlich der Auffassung der Linken näher zu kommen, nach deren Ansicht es

keine Sieger und keine Besiegte gibt und zur Sicherung der Grenzen Deutschlands neue Eroberungen überflüssig sein sollen. Die Anschauungen der Alldeutschen gehen dagegen von der Überzeugung aus, daß Deutschland einen vollständigen Sieg errungen habe und daß es in seinem kriegerischen Schwunge nur auszuharren brauche, um der Entente in nächster Zeit die Friedensbedingungen diktieren zu können. Die Entente hält aber die Mittelmächte für überwunden und stellt ihrerseits harte Friedensbedingungen auf.

Die Sicherung der Grenzen „für alle Zeiten“ erscheint uns problematisch. Versteht Herr Dr. Michaelis darunter die Verschiebung des deutschen Festungsringes bis an den Narew und bis Longwy? Dann müßte man aber hinter diesem Festungsring eine öde Zone schaffen, durch die Deutschland von der Berührung mit anderen Völkern isoliert wäre. Denn sonst bleibt ein Zusammenstoß der Interessen der verschiedenen Nationen ewig und unvermeidlich. Übrigens könnte auch auf diese Weise „eine Grundlage zu einer dauerhaften Versöhnung der Völker“ nicht geschaffen werden.

Die Rede des Reichskanzlers konnte selbstverständlich im allgemeinen die Friedensbedingungen Deutschlands nicht näher definieren, denn sie war die Rede eines Diplomaten; aber sie hat trotzdem die feindlichen Nationen dem Friedensschuß um einen bedeutenden Schritt näher gebracht, wenn der neue Reichskanzler in der Friedensentschließung des Reichstages wirklich das sehen will, was ihre Verfasser mit ihr gemeint haben und die Presse vielfach und einmütig kommentiert hat.

Aus Nr. 332 des Czas (Kraakau)  
vom 20. Juli 1917.

#### Nach der Rede des Reichskanzlers.

Der allgemeine Eindruck des „großen Tages“, den die letzte Sitzung des Reichstages sein sollte, ist nicht so stark, wie allgemein erwartet wurde. Der neue Reichskanzler zeigte sich bei seinem ersten Auftreten nicht als ein Staatsmann von weitem Blick, der das entscheidende Moment unmittelbar fühlt. Es mag aber sein, daß die noch nicht genügend geklärte politische Lage von seiner Seite größere Vorsicht und Zurückhaltung heischte. Deshalb wird wohl erst die weitere Wirksamkeit des Herrn Dr. Michaelis seinen politischen Standpunkt und den Grad seines Talentess deutlicher kennzeichnen.

Aus Nr. 164 der Gazeta Poznańska (Posen)  
vom 22. Juli 1917.

#### Zu der Haltung der polnischen Reichstagsfraktion gegenüber der Friedensentschließung

meint das Blatt:

..... „Diese Entschließung ist für jeden Polen zweifellos sympathisch; aber die Vertreter der Mehrheit des deutschen Volkes haben in ihr kein einziges Wort davon gesagt, wovon gegenwärtig in der ganzen Welt die Rede war: von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Deshalb hat sich die Fraktion der Abstimmung enthalten. Es ist nämlich noch nicht bekannt, bis zu welchem Grade dem Königreich Polen freistehen wird, über seine Geschichte zu bestimmen. Es ist, soweit unmittelbar wir in Frage kommen, nicht bekannt, ob wir, die wir seit 1000 Jahren auf dem großpolnischen, schlesischen und preussischen Boden eingeseßten sind, weiterhin werden als Bürger behandelt werden, denen nicht einmal freisteht, darüber zu bestimmen, wie ihre Kinder in der Schule lernen sollen. Die Friedensentschließung der Reichstagsmehrheit hat sich bezüglich



dieser grundsätzlichen Angelegenheit, von deren gerechter Erledigung in dem gegenwärtigen Kriegsstrudel doch so viel abhängt, überhaupt nicht geäußert. Darum mußten sich die Polen der Abstimmung enthalten."

In der gleichen Angelegenheit schreibt der „Dziennik“ (Posen) vom gleichen Tage:

„Dieser Standpunkt der polnischen Fraktion, der in kurzer und bündiger Form dargelegt worden ist, spiegelt das, was die ganze Nation denkt und fühlt, vorzüglich wider. Der Fraktion gebührt Dankbarkeit und Anerkennung dafür, daß sie in dieser nicht leichten Lage diese und keine andere Stellung eingenommen hat.“

Aus Nr. 164 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 22. Juli 1917.

An dem parlamentarischen Abend bei dem Staatssekretär Dr. Helfferich hat, wie das Blatt mitteilt, auch der stellvertretende Vorsitzende der polnischen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Seyda, teilgenommen.

.....„Hier kann man“ — so meint das Blatt hierzu — „der historischen Genauigkeit wegen hervorheben, daß dies nach gewiß 20 Jahren das erste Zusammentreffen des Kaisers mit polnischen Abgeordneten gewesen ist. Natürlich wird diese Unterredung keine politischen Ergebnisse zeitigen. Sie hat lediglich die Bedeutung eines Zeichens der Zeit.“

### **Brezstimmen zur letzten Erklärung des „Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden“ zur Lösung der polnischen Frage.**

Aus Nr. 236 der Gazeta Narodowa (Posen) vom 20. Juli 1917.

.....Horrendum! Das ist das einzige Wort, zu dem man sich aufschwingen kann, wenn man diese Erklärung gelesen hat. Abgegeben haben sie Leute, welche Anspruch auf Kultur erheben, das Samenkorn der Nation, Professoren und Geistliche, Juristen und Beamte, somit Leute, die unmittelbaren Einfluß haben auf die Bildung des Gedankens und des Gewissens, auf die Ausführung und Anwendung der von oben herkommenden Anordnungen. Müßte man meinen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Sache so auffaßt, daß die Herren Rhode, Wagner, Schäfer und Konsorten im Namen des quantitativ und qualitativ bedeutendsten Teiles des deutschen Volkes sprächen, dann müßte man sagen, sie hätten es fertig gebracht, den Geist dieses Volkes zu vergiften. Und man müßte ihnen ein tragisches Ende prophezeien, da doch bekannt ist, daß negative Gefühle oder Handlungen, die aus dem Geist des Verneinens entspringen: Unrecht, Haß, Verhörung, Nichtachtung fremder Rechte — niemals imstande gewesen sind, etwas Standhaftes zu bauen. Das Böse wendet sich stets gegen den, der es anwendet. „Das Glück ist wandelbar — und Gottes Mühlen mahlen langsam, aber gerecht.“

Gott selbst wird beleidigt durch die hafatistische Hand. Mußt doch seinen Namen das deutsche Volk an, und ruft es doch um Erbarmen in dem schrecklichen Ringen um die Existenz! Zum Überfluß und übertreibend schreibt und spricht man oft von dem „alten deutschen Gott“, als ob dieser sich auf die Seite der Sache des deutschen Volkes gestellt hätte.

Aber die Hafatisten wissen auch dem Teufel ein Lichtchen anzustechen — denn von der Tiefe ihres re-

ligiösen Empfindens zeugt alles das nicht, was sie fordern. Ist doch die Nächstenliebe die Grundforderung der Einigkeit mit Gott, für die Hafatisten aber ist der Pole als Nächster ein unfreier Gegenstand, den man aufs Schwerste verunglimpfen darf, den man mit dem Stiefel niederdrücken muß und dem das Leben zu nehmen zum Lobe gereicht!

Wenn man könnte! Und daß man das nicht imstande ist, daran ist wahrlich nicht der Mangel an Willen der Hafatisten nach dieser Richtung hin schuld!

Man wirft uns vor, wir hätten uns „vor und nach dem 5. November“ so benommen, daß wir einen eigenen Staat nicht verdient hätten! Es wäre interessant, zu erfahren, ob wir einst die Teilungen Polens durch etwas anderes verdient haben, als nur damit, daß wir ein fetter Wissen für Europa gewesen sind. Historische Notwendigkeiten oder politische Verbrechen verübt man ohne das Verdienst, ohne die Mitbeteiligung der am meisten Interessierten, sonst wäre das Verbrechen kein Verbrechen und die Notwendigkeit keine solche. Worin sehen die Herren Friedens-Hafatisten die Strafwürdigkeit unserer Haltung? Etwa darin, daß wir das Blut unserer Jüngsten ohne ein Wort der Klage hergeben, daß wir im Königreich und in Galizien den absoluten Ruin des Landes für lange Zeit leiden und daß wir in allen Teilgebieten mit Hunger und Elend kämpfen, da wir keine elementaren Prärogative haben, wie sie den deutschen Bürgern zustehen? — Man droht uns, daß die fremde Hand die Leitung alles dessen behalten werde, was bestimmend ist für das Wesen der Sonderstellung und der Selbständigkeit der staatlichen Existenz — da wir sonst gefährliche Nachbarn für das Deutsche Reich wären. Somit hat der große Krieg die Hafatisten offenbar noch nicht darüber belehrt, wie es schmerzt, wenn der Feind auf die eigene Nationalität eindringt; weder ihr Geist noch ihr Herz haben kennen gelernt, was das Vaterland ist, da sie dessen Heiligkeit für Andere nicht anzuerkennen wissen. Das ist ein falscher Patriotismus: Unrecht, Bedrückung, Haß.

Und wie sie doch den Vorbehalt machen, daß ihrer Entwicklungsmöglichkeit nichts hindernd im Wege stehen dürfe, sofern sie sich im polnischen Staat in der Minderheit befinden sollten! Das ist fürwahr der Gipfel von Allem! Sie fürchten sich vor den Methoden, die sie selbst anwenden; sie sehen das Rechtswidrige und Verbrecherische derselben aber erst dann, wenn sich diese Methoden gegen sie selbst kehren könnten. Mögen sie versuchen, sich für einen Augenblick vorzustellen, daß ihnen nicht gestattet wäre, die Kinder in der Muttersprache zu erziehen, daß ihnen nicht gestattet wäre, öffentliche Versammlungen zu veranstalten, noch beliebig Boden zu kaufen, noch Bauten auszuführen, daß ihnen nicht gestattet wäre, auf der väterlichen Scholle zu verbleiben — mögen sie es probieren!

Litauen, Litauen soll mit Deutschland vereinigt sein, unter keiner Bedingung mit Polen, denn die Deutschen brauchen Raum für ihren Ansiedelungsdrang gerade nach der Richtung gegen Osten hin. Nichts kümmert es sie, daß es in Litauen etwa 2 Millionen Polen gibt, daß dieses Land nicht bloß seit den Jagellonen, sondern schon seit der Zeit der Pfaffen durch Traditionen mit uns verwachsen ist. Losreißen und rauben — mit dem Recht des Stärkeren und mit des Teufels Recht. Raubritter! —

Nach den Herren Wagner, Rhode und Konsorten wird es nach dem Kriege keinen Polen geben. Nichts bedeuten die Gebete von Generationen um einen „großen Krieg für das Glück der Völker“, um einen „glücklichen Tod auf dem Schlachtfeld“, in dessen Augenblick dem polnischen Soldaten gegeben ist, das Morgenrot der Zukunft zu schauen. Nichts bedeuten die Geldmühen der Legionen, die herzerreißende



Trauer der Mütter, der Hungertod von Kindern, die ausstarrende Qual des polnischen Bauern bei seinem Grund und Boden, die Opfergroßen des polnischen Adels und seine nicht berühmten, aber löblichen Taten.

Möge es auch so sein — im Wunsche der Herren Haktisten! Nicht zulassen wird dies aber der Gott, welcher der Gott ist nicht der Beeinträchtiger, sondern der Beeinträchtigten. Der Gott, der nicht Haß säet, sondern Liebe, der den Weinenden zum Troste gesagt hat, sie würden mit Freuden ernten, was sie mit Schmerz und Mühe gesät hätten. Und er trägt nicht. Und ihm glauben wir.

Oben haben wir gesagt: Wenn das ganze deutsche Volk so dächte — worin die Überzeugung enthalten ist, daß die Haktisten doch in der Minderheit seien. Ein Beweis hierfür ist schon die Tatsache, daß die Mehrheit der Vertreter des deutschen Volkes im Reichstag sich heute für die Friedensformel erklärt, welche auf Annexionen und Entschädigungen verzichtet. Somit scheinen das Gefühl der Gerechtigkeit und der ethische Grundsatz den Sieg davon zu tragen: „Tue keinem Anderen, was dir nicht lieb ist.“

Aus Nr. 85 der Prawda (Posen)

vom 20. Juli 1917.

.... „Wir wollen unsererseits nur hervorheben, daß es die höchste Zeit ist, daß die polnische Volksgemeinschaft in den Kampf gegen die Haktisten eintrete. Es ist unmöglich, ruhig mitanzusehen, wie der Haktismus straflos über uns herfällt und die Grundlagen unserer Zukunft zerstört, und zwar in dem Augenblick, in welchem zwei Kaiser Polen die unabhängige Existenz zugesichert haben, in dem Augenblick, in welchem Hunderttausende von Polen auch für die deutsche Sache ihr Blut vergießen, in dem Augenblick, wo Millionen von Polen in gleicher Weise wie die deutschen Mitbürger die schwersten Lasten des furchtbaren Krieges tragen.

Der Dünkel der Haktisten ist beispiel- und grenzenlos. Der Krieg ist noch nicht beendet, die Geschicke der Staaten und der Völker sind noch unentschieden, das Morgen ist noch ungewiß — sogar für die Haktisten selbst. Sie aber erdreisten sich angesichts dieses Standes der Dinge, die Anwendung der Bedrückung gegen uns Polen zu empfehlen; sie kämpfen mit der Waffe, durch die sie morgen selbst untergehen können.

Das ist ihre Sache — wir jedoch dürfen dieser schädlichen Arbeit nicht mehr untätig zusehen.

Zunächst wenden wir uns an die Regierung mit der Forderung, daß sie ihrerseits gegen die Angriffe aufzetrete, die von jener Seite her auf uns verübt werden. Es ist das gewissermaßen Pflicht und Schuldigkeit der Regierung für uns einzutreten; denn kein anderer als der Kaiser und König Wilhelm II. hat feierlich erklärt, er kenne keine Parteien, er wünsche also keine Parteikämpfe. Kein anderer als wiederum Kaiser und König Wilhelm II. hat durch den Akt vom 5. November 1916 die unabhängige Existenz des Königreichs Polen zugesichert. Wenn sich die Haktisten gegen das polnische Staatswesen wenden, so wenden sie sich somit gegen den Kaiser, sie säen Mißtrauen und Unglauben gegenüber dem Willen des Monarchen.

Für uns einzutreten und gegen die Haktisten aufzutreten ist auch darum Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, weil die Haktisten sich im Absatz 4 der Berliner Entschließung gegen den Bundesgenossen des Deutschen Reiches, gegen Österreich-Ungarn wenden. Schließlich sollte die Regierung auch darum gegen die Haktisten aufzutreten, weil sie einen weiteren Bundesgenossen des Deutschen Reiches, das Königreich Polen angreifen.

Obige Forderungen an die Adresse der Regierung zu richten, dazu haben wir völlig das Recht. Doch auch wir unsererseits müssen gegen die Haktisten aufzutreten. Man müßte öffentlich vor der ganzen Welt die Arbeit der Haktisten brandmarken. Das läge den polnischen Fraktionen in Berlin und Wien sowie dem Staatsrat des Königreichs Polen in Warschau ob. Möge von diesen Stellen eine vernehmliche Stimme des Protestes ausgehen, die bis in jeden Winkel der Welt hingelangt! Ferner müßte man vor die deutsche Volksgemeinschaft hintreten und zeigen, wie die Arbeit der Haktisten uns sowohl wie auch die Deutschen schädigt. Mittel und Wege für ein solches Hervortreten gibt es genug; es ist unsererseits nur erforderlich, die entsprechende Mühe daran zu wenden.

Wir dürfen nicht die Hände falten und untätig der schädlichen Arbeit der Haktisten zusehen.

Aus Nr. 161 des Goniec Wielkopolski (Posen)

vom 19. Juli 1917.

.... Wir wissen wirklich nicht, ob man angesichts eines solchen Auftretens des Haktismus in den gegenwärtigen kritischen Zeiten lachen oder weinen soll. Wir meinen, daß wir zum Weinen keinen Anlaß haben; denn der Haktismus ist nicht so schrecklich, wie er zu sein scheint. Statt der polnischen Sache zu schaden, kann er ihr nur nützen, wie er uns durch seine bodenlose Verbissenheit und seinen antipolnischen Irrwahn schon manchmal geholfen hat zur beharrlichen Verteidigung alles dessen, was unser ist. Denken wir nur einmal daran, welchen Eindruck solche unkluge und unzeitgemäße haktistische Auslassungen werden ausüben müssen, wenn sie in die Deutschland feindliche ausländische Presse gelangen! Was wird der russische Arbeiter- und Soldatenrat denken, wenn er diesen Unsinn lesen wird. Werden die Friedensbestrebungen in seiner Mitte infolgedessen wachsen? Wir meinen, daß derartige rückständige Bestrebungen des Haktismus nicht nur den Interessen des deutschen Volkes, sondern auch den Bestrebungen der Regierung in die Quere kommen.

Aus Nr. 162 des Oredownik (Posen)

vom 20. Juli 1917.

.... „Aus diesem Programm der Alldeutschen geht offenbar hervor, daß die haktistisch-alldeutschen Elemente nach der vollständigen Annullierung der staatlichen Selbständigkeit des Königreichs Polen und nach der Verewigung der bisherigen Ostmarkenpolitik in unserem Landesteil streben. So fassen die Herren Alldeutschen ihre Aufgaben in dieser Zeit auf, in welcher in der ganzen Welt der Ruf nach Freiheit und Gleichberechtigung der Völker erschallt! Mit Schrecken denkt man daran, welchen Schaden den Deutschen selbst bereits das Geschrei, die Prahlereien und die Drohungen der Alldeutschen in den neutralen Ländern zugesügt haben. So betrachten denn auch die verständigeren und ehrlicheren Deutschen den alldeutschen Irrwahn schon längst als die ärgste Plage ihres Landes.

Aus Nr. 161 des Kraj (Lissa i. Pol.)

vom 19. Juli 1917.

.... „Es gibt Firmen, die durch Anmeldung des Konkurses das Vermögen retten. Die Firma H. K. T. und ihre Anhänger retten durch solche Entschließungen die Reste ihrer Einflüsse, was den vollständigen Bankrott beweist. Kein Wunder, daß die obersten Behörden des Königreichs Polen, daß die



Polen des österreichischen und des preußischen Teilgebiets kein Vertrauen zu den deutschen Behörden haben durch das Verschulden der eigenen deutschen Schädlinge.

Aus Nr. 162 des Postep (Posen)  
vom 20. Juli 1917.

... Allzuernst braucht man Kundgebungen, wie die obige, nicht zu nehmen; denn man muß erwägen, daß diese Kundgebung aus dem Schoße von nationalistisch-hakatistischen Vereinigungen stammt, die in dem Maße, wie sie an Bedeutung einbüßen, um so lauter Alarm schlagen, daß das Vaterland in Gefahr sei. Die Leute kennen jedoch diesen falschen Alarm schon; sie verstehen, daß dieses Geschrei nur bedeutet, wie lediglich dem Weiterbestehen der Hakatisten und Alldeutschen Gefahr droht, — das aber kann das Deutsche Reich im eigenen Interesse nur wünschen.

Daß diese Herren gerade im gegenwärtigen Augenblick mit ihren Forderungen hervorgetreten sind, erklärt sich damit, daß sie den Rücktritt des Kanzlers v. Bethmann Hollweg ausnützen möchten, welcher es wagte, gegen ihre Weisungen zu handeln. Ihre Organe haben in die ganze Welt hineinposaunt, der neue Kanzler sei ihr Vertrauensmann. Sie meinen, Dr. Michaelis werde imstande sein, das von Bethmann Hollweg eingeleitete Werk in seiner Entwicklung aufzuhalten oder gar zu zerstören. In Wirklichkeit ist das jedoch schon unmöglich, da die Ereignisse bereits allzuweit vorgeschritten sind.

Aus den von uns gebrachten Nachrichten geht hervor, daß die Verwirklichung des Akts vom 5. November weiter fortschreitet, und zwar gegenwärtig in beschleunigtem Tempo. Der Staatsrat und die ihn unterstützenden Kreise der Volksgemeinschaft kümmern sich um keine Proteste und Erschwerungen von seiten usurpatorischer polnischer Regierungen im Auslande her, die ins Leben gerufen wurden durch Personen, welche Polen in ihrem freiwilligen Exil aufbauen. Aber auch die Regierungen der Mittelmächte schaden trotz des Lärms, den die hakatistisch-nationalistischen Überpatrioten machen, dem Staatsrat nicht in dem immer mehr ins Einzelne gehenden Ausbau des polnischen Staates.

Noch einige Worte über das „Verhalten der Polen diesseits und jenseits der Grenzen Deutschlands“, wovon Punkt 1 der Erklärung des Unabhängigen Ausschusses spricht: Es handelt sich hier um die sogenannte „Undankbarkeit“ der Polen. Die beste Antwort darauf erteilt Dr. Richard Bahr in der „Berliner Börsenzeitung“ in dem Artikel „Polen“. (Es folgt ein Absatz aus diesem Artikel; dann schließt das Blatt.)

Mögen daher wenigstens annähernd normale Verhältnisse recht bald zur Herrschaft gelangen; möge das polnische Staatswesen immer realere Gestalt annehmen, dann werden die verstummen, über deren „Undankbarkeit“ unsere „Busenfreunde“ seufzen! Im preußischen Teilgebiet aber möge jede Ausnahmebehandlung der Polen im öffentlichen Leben und in der Schule aufhören, dann werden auch hier die Anlässe zu Klagen über unsere „Undankbarkeit“ verschwinden.

Aus Nr. 161 des Dziennik Kujawski (Hohenstolz)  
vom 19. Juli 1917.

... Die Entschließung des Unabhängigen Ausschusses ist merkwürdigerweise in dem Augenblicke zustande gekommen, in welchem der alte Kanzler zurücktrat und der neue das Steuer der Regierung ergriff. Unwillkürlich drängt sich hier die Frage auf, ob man auf diesem Wege nicht gleich von vornherein den neuen

Kanzler veranlassen will, sich in der polnischen Sache auszusprechen. Sofern es sich um diesen Zweck handeln sollte, wird ihn die polnische Gesamtheit insofern befriedigt begrüßen, als sie erführe, welchen Weg der neue Kanzler in der polnischen Sache gehen wird. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die Macht der Tatsachen die Frage auftaucht, ob der neue Kanzler die Richtlinien weiter entwickeln werde, die für Herrn von Bethmann Hollweg in letzter Zeit maßgebend gewesen sind. Je schneller diese Klärung sowohl bezüglich der allgemein-polnischen Sache, als auch hinsichtlich des Verhältnisses zu den polnischen Landesteilen im preußischen Teilgebiet erfolgen wird, umso besser. Die polnische Gesamtheit sieht diesen Ankündigungen mit Ruhe und mit der Überlegung entgegen, die sie durch die politische Erfahrung gelernt hat.

So wird sie denn auch gegenüber der Entschließung des Unabhängigen Ausschusses kühle Gleichgültigkeit bewahren und lediglich feststellen, daß es auf seiten dieses Ausschusses aufrichtiger wäre, wenn er statt der vielen Worte und Sätze in einem einzigen erklärte, er strebe nach einer entschiedenen, d. i. nach der früheren rücksichtslosen deutschen Politik zwecks völliger Annullierung des Aktes vom 5. November und demnach nach der völligen Abhängigkeit der gegenwärtig besetzten polnischen Gebiet als annektiertes Land. Das wäre eine offener und unmittelbarer Auslassung. Denn was würde vom Königreich übrig bleiben, wenn sich die Träume der Annexionisten aus der alldeutschen Organisation verwirklichen sollten? Ein Fetzen polnischen Landes, der sogar zu verschwindend wäre für einen sogenannten „Pufferstaat“.

Die Entschließung des Unabhängigen Ausschusses bietet somit nichts neues. Bis jetzt konnte man sie ignorieren, da man die Gewißheit hatte, daß die bisherige Regierung ganz deutlich derartige Programme ablehnte, besonders da sie ihre Schöpfung vom 5. November für die beste Lösung der polnischen Sache gehalten hat. (Die letzte Rede des Kanzlers in der Budgetkommission.)

Heute ist es anders. Und wenngleich im deutschen Reichstage morgen die Friedensentschließung bestimmt mit einer kleinen Mehrheit wird angenommen werden und sich gegen sie eine bedeutende Minderheit wenden wird, die auf dem Boden eines „deutschen Friedens“ steht, so ist doch der Standpunkt der Regierung ungeklärt. Die polnische Fraktion, die sich morgen gegebenenfalls in einer besonderen Resolution aussprechen wird, wird gewiß diese infolge der Berufung des neuen Kanzlers neuen Momente berücksichtigen und sich deutlich aussprechen. Zu einer solchen Klarheit wird die Fraktion unseres Erachtens nicht nur durch den gegenwärtigen Augenblick, sondern auch durch die Bestrebungen gezwungen sein, denen der „Unabhängige Ausschuss“ für einen deutschen Frieden“ in seinen Entschließungen Ausdruck verliehen hat.

Aus Nr. 85 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)  
vom 21. Juli 1917.

### Die Alldeutschen und Hakatisten arten aus.

Zu den die polnische Frage betreffenden Beschlüssen des „Unabhängigen Ausschusses“ für einen deutschen Frieden“ äußert sich die „Gazeta Grudziadzka“ wie folgt:

„Die Arbeit der Hakatisten und Alldeutschen in der Zeit des Krieges ist die Ursache, daß im Königreiche unangenehme Verhältnisse entstanden sind. Ihr fortwährendes Maulheldentum und die Drohung, daß Polen Deutschlands Sklavin sein werde, hat die polnische Bevölkerung mit einem gründlichem Mißtrauen erfüllt. Jetzt haben sie nach ihrer alten Methode die Klage im



Sacke umgedreht und schreien: Seht, so sind die Polen, — also darf man ein unabhängiges Polen nicht schaffen.

Gewiß, wenn die deutsche Regierung sich nach den in den hafatistisch-alldeutschen Beschlüssen enthaltenen Grundsätzen richten wollte, dann würde sie besser daran tun, wenn sie sich mit der Wiederherstellung des polnischen Staates nicht abgeben würde.

Denn wenn man aus Polen eine Sklavie machen wollte, die nach den hafatistisch-alldeutschen Rezepten ausgebeutet und wie eine Zitrone ausgepreßt werden sollte, so müßte dies im ganzen polnischen Volke einen unerhörten, wilden Haß auch gegen das Deutsche Reich hervorrufen.

Wir sind neugierig, für wen die Herren Hafatisten und Alldeutschen mit solchen Beschlüssen eigentlich zu arbeiten gedenken.

So können sie das Mißtrauen der Polen im Königreiche nur noch vermehren und die Polen in Österreich nur stark reizen. Indes haben die Polen in Österreich eine ernste Bedeutung. Ihre Hilfe wird noch in vielen Angelegenheiten notwendig sein!

Übrigens wird ganz Österreich mit dem hafatistisch-alldeutschen Beschlüsse sehr unzufrieden sein, so daß daraus nur Verstimmungen entstehen können.

Jetzt entsteht die Frage, ob dieser Beschluß die Politik des neuen Reichskanzlers in der polnischen Frage beeinflussen kann? Wir würden diese Frage selbst für den Fall verneinen, daß der neue Kanzler diese Frage anders auffassen sollte als seine Vorgänger. Wir sind nämlich überzeugt, daß der neue Reichskanzler sich mit seiner Politik nicht nach den Einfällen überspannter Köpfe richten kann, die die ungeheuerere deutsche Mehrheit des Volkes als krankhaft betrachtet.

In einer der Sitzungen des Reichstags-Hauptausschusses erklärte der Zentrumsabgeordnete Erzberger unter lautem Beifall der ungeheueren Mehrheit des Ausschusses, daß der hafatistischen Alldeutschen wohl nicht mehr als 25 000 seien, daß es aber lohnen würde, für diese auf Staatskosten ein Sanatorium zu errichten. Der Ausschuß unterstrich diese Ausführungen des Abgeordneten Erzberger mit stürmischem Beifall. Und die Mehrheit des deutschen Volkes teilt die Ansicht Erzbergers.

Hinsichtlich des Königreiches Polen bemerken wir nochmals, daß dieses durchaus seine Unabhängigkeit ausrufen sollte. Das würde ebenso im Interesse Polens als im Interesse Deutschlands liegen.

Dann würde die deutsche Regierung in dieser Beziehung wenigstens vor den alldeutsch-hafatistischen Wühlereien Ruhe haben.

Eine von den Polen selbst verkündigte Unabhängigkeit Polens wäre unantastbar.

Das wird sogar der erbitterteste Hafatist und Alldeutsche, der verbissenste Feind der Polen, verstehen.

Aus Nr. 161 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 19. Juli 1917.

Das Blatt bringt mehrere Äußerungen deutscher Blätter, z. B. aus einem Aufsatz des Abgeordneten Dietrich Hahn in der „Täglichen Rundschau“, aus einer Abhandlung des Dr. Paul Leutwein über die „deutsch-baltische Gesellschaft“, schließlich aus einem Aufsatz von Andreas Gildemeister in „Das größere Deutschland“ — worin Kurland und Litauen als Siedlungsgebiet für Deutschland in Anspruch genommen werden. Besonders gegen die Gildemeister'schen Ausführungen, die nach dem Verfasser im wesentlichen die Auffassungen des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“ in dieser Frage wiedergeben, polemisiert der „Dziennik Poznański“ in folgender Weise:

„Mit der Grundlage dieser Ausführungen läßt sich schwer streiten. In dem Augenblick, in welchem wir die Frage auf den Boden der Macht stellen, dann hört alles das — die Entblößung des Grenzgürtels von der Bevölkerung, deren Hinaustreiben in alle vier Weltgegenden und das Besiedeln der uralten Wohnsitz dieser Bevölkerung mit einem neuen Element — auf, Gegenstand der Diskussion zu sein. Es handelt sich nur um die Macht zur Durchführung dieser Forderung. Aber auch Herr Gildemeister will nicht so ganz ungeniert argumentieren. Da er fühlt, daß das bloße Motiv der Faust nicht ausreicht, greift er gewissermaßen zu mildernden Umständen. Er behauptet, daß eine solche Massenausiedelung der früheren „russischen administrativen Praxis“ nicht zuwiderlaufen werde, und er nimmt vorher schon an, daß die Bevölkerung in Rußland mit dem Boden keineswegs durch geistige Bande verbunden sei. Nun, diese Argumente sind vollständig unverständlich. Wann und wo hat der Verfasser der Denkschrift gehört, daß die polnische Bevölkerung längs der Grenze von Posen und Schlesien oder auch die litauische Bevölkerung längs der Grenze von Ostpreußen massenhaft in das Innere des Zarenreiches verschoben worden sei? Auf welcher Grundlage äußert Herr Gildemeister die Ansicht, daß jenseits der Ostgrenze Deutschlands Anhänglichkeit an den Boden nicht mehr bestehe? Offenbar kennt er die Gebiete wenig, über die er entscheidet. Denn es sollte ihm doch die Anhänglichkeit des polnischen Bauern in Westpreußen und im Posenschen an die väterliche Scholle bekannt sein. Teilt der Grenzfordon auch die nationale Psychologie in zwei verschiedene Gruppen? Ist der polnische Bauer jenseits der schwarzweißen Grenzpfähle ein anderer, als diesseits? Ist er . . . Russe geworden — wenn wir sogar schon annehmen wollten, daß der Großrusse tatsächlich den Boden nicht liebt, was übrigens nicht wahr ist. Wir verstehen den Landhunger, dem Herr Gildemeister Ausdruck gibt. Aber der Appetit allein rechtfertigt noch nicht alles. Manchmal wird über Kriegserrungen merkwürdig argumentiert. Hier aber begegnen wir einem Beweis von ungewöhnlicher Originalität, der nebst der These, die er unterstützen soll, ein charakteristisches Bild der Gesinnung in den Kreisen der Annexionisten härtesten Schlages bildet. Wir sind davon überzeugt, daß diese Kreise für ihre Argumente in jenen anderen Kreisen keine Unterstützung finden werden, welche die deutsche öffentliche Meinung auf dem Niveau tatsächlicher sittlicher Kultur zu sehen wünschen.“

Aus Nr. 161 und 162 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 19. und 20. Juli 1917.

### Das gegenwärtige Stadium der polnisch-deutschen Beziehungen und die deutsche Presse.

#### I.

Seit einiger Zeit macht sich in der deutschen Presse immer mehr eine nervöse Aufregung über die Lösung der polnischen Frage bemerkbar, wie sie durch den Novemberakt der Mittelmächte inauguriert wurde. Früher richtete sich die Kritik in dieser Hinsicht an die Adresse des Reichskanzlers, den man in erster Linie für diesen entschlossenen politischen Schritt verantwortlich zu machen suchte. Diese Kritik wurde früher ausschließlich von der Presse der Opposition geübt, die dem Herrn von Bethmann-Hollweg überhaupt alle jene politischen Fähigkeiten absprach, welche gerade in einer Umschwungszeit von dem leitenden Staatsmanne Deutschlands zu erwarten wären. Den Polen gegenüber beobachtete damals sogar die Kritik dieser Kreise eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung. Jetzt dagegen läßt sich schon eine allgemeine Enttäuschung in den Blättern aller politischen



Richtungen feststellen, und sie gibt sich kund in den verschiedensten Formen, von der einfachen Nervosität und Mißstimmung an bis zu den heftigsten Zornausbrüchen. Und ihre Spitze richtet sich heute nicht allein gegen den Urheber der neuen Polenpolitik, sondern auch gegen das Objekt dieser Politik, nämlich gegen das polnische Volk selbst. Die deutsche Presse unterzieht die Bilanz der acht Monate langen politischen Arbeit im Königreich Polen einer besonderen Kritik, und sie stellt dabei enttäuscht fest, daß die Wirklichkeit dem erwarteten Endergebnis nicht entspreche. Deswegen werden von ihr jetzt in aller Geschwindigkeit Klagen konstruiert über die Undankbarkeit und die Unloyalität der Polen, über ihre feindlichen Absichten den Mittelmächten gegenüber sowie über die übermäßigen Einflüsse der Maximalisten, die durch das deutsche Programm sich nicht zufriedenstellen ließen.

Diese Stimmung nützen natürlich mit allem Eifer die Alldeutschen aus, die von Anfang an entschiedene Gegner jeder Selbstständigkeit Polens waren. Sie wühlen und heben jetzt nach allen Richtungen. Und sie fühlen sich gegenwärtig schon so stark, daß sie mit einem fertigen polnischen oder vielmehr antipolnischen „Programm“ auftreten. Dieses Programm teilen wir an einer anderen Stelle mit.

Ihren Einflüssen haben wir wohl auch hauptsächlich zu verdanken, daß heute sich mit Skepsis in der Beurteilung der polnischen Frage Mißgunst gegen die Polen verbindet, die gar oft in einen direkten Haß übergeht. So schließen jetzt die üblichen Tiraden der deutschen Publizisten über die Unwürdigkeit und die Undankbarkeit der Polen gewöhnlich mit der drohenden Erklärung, daß die Voraussetzungen, durch welche der Akt vom 5. November ins Leben gerufen worden sei, nicht mehr bestünden, und daß deswegen die Regierungen der Mittelmächte an diese Prämissen nicht mehr gebunden seien. In diesem Sinne äußert sich auch die alldeutsche „Magdeburger Ztg.“. Sie schreibt: „Wenn die Verwirklichung des Novemberaktes, was unvermeidlich erscheint, mißglücken sollte, so müßte man Mut genug haben, unsere bisherige Politik im Osten einer Revision zu unterziehen. Und da würde es zwei Möglichkeiten geben: die Teilung Polens entweder in Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn oder in Gemeinschaft mit Rußland; aber diese beiden Lösungen wären nicht erwünscht und auch nicht erschöpfend. Die beste Lösung würde allerdings noch der Akt vom 5. November bieten. Wenn aber die Polen diesen Akt nicht anerkennen wollen, so werden auch wir auf ihn verzichten müssen.“

In einer etwas anderen Weise äußert sich Herr Georg Bernhard in der „Vossischen Ztg.“. Er macht dem früheren Reichskanzler den Vorwurf, daß man einen Sonderfrieden mit Rußland hätte schließen können, wenn der Reichskanzler nicht vorher eine solche Lösung der polnischen Frage herbeigeführt hätte. Es ist allerdings auch bekannt, daß eine ganze Reihe deutscher Politiker von einem Sonderfrieden mit dem Zaren oder später mit dem revolutionären Rußland die Beschleunigung einer siegreichen Beendigung des Krieges erwartete. Heute unterliegt es aber keinem Zweifel mehr, daß die politischen Parteien in Rußland vielleicht mit Ausnahme der Lenin'schen Gruppe in einem Sonderfrieden mit Deutschland keine glückliche Beendigung des Krieges für Rußland erblicken.

Am ruhigsten und vom politischen Standpunkt am trübsigsten beurteilt die Sachlage der bekannte deutsche Gelehrte und Politiker Prof. Delbrück. Er äußert sich darüber in folgender Weise: „In unserem Verhältnis zu den Polen gibt es unendliche Schwierigkeiten, die den Aufbau des polnischen Staates im Zeichen der Hoffnungslosigkeit erscheinen lassen.“ Mit dieser Anschauung über die deutsch-polnischen Beziehungen decken sich auch, wie wir unten nachweisen werden, die Aus-

führungen des genauen Kenners der polnischen Verhältnisse, Herrn Wilhelm v. Massow, in der „Deutschen Politik“.

Vor allem ist es aber vom politischen Standpunkt aus nutzlos, den Polen Unloyalität und Undank vorzuwerfen. Denn wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß man dem polnischen Volke gegenüber ein gutes Werk vollbracht habe, für welches die Polen den Begründern des polnischen Staates zu Dank verpflichtet seien, so verlegt man die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen in die Sphäre der Gefühls-politik, und das widerspricht doch offenkundig einer realen Auffassung politischer Interessen. Man zitiert hierbei gewöhnlich die Worte des Herrn von Bethmann Hollweg, daß es in der Politik keine Sentimentalität gebe. Das ist aber ein Mißbrauch dieser Worte; denn man verlangt gerade das Gegenteil von dem, was sie besagen. Ebenso pflegt man, wie es neulich die in Bonn erscheinende „Deutsche Wacht“ getan hat, an die Äußerung Bismarcks zu erinnern: „Die Meinung, sich für andere Nationalitäten und für ihre nationalen Bestrebungen auch dann zu begeistern, wenn ihre Verwirklichung nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes erfolgen könnte, ist eine Art politischer Krankheit, deren geographische Ausdehnung sich leider nur auf Deutschland beschränkt“. Die deutschen Publizisten vergessen hierbei, daß derselbe eiserne Kanzler zugleich den Rat erteilt hat, auf Dankbarkeit in der Politik nicht zu rechnen. Wie könnte übrigens eine Aufsprüchung von Äußerungen selbst hervorragender Politiker, die bei irgendeiner Gelegenheit, wo sie gerade am Platze waren, gemacht wurden, solche Probleme, wie die Realisierung des Aktes vom 5. November, lösen? Die Ursachen für den gegenwärtigen Stillstand im Aufbau des polnischen Staates liegen offenkundig tiefer. Sie stehen im Zusammenhang mit Fragen von mehr prinzipieller Bedeutung. Sie erheischen eine psychologische Erklärung und haben ihre Grundlage in wohl-durchdachten politischen Berechnungen. Das haben auch Männer wie Delbrück und Massow anerkannt.

## II.

Auf Grund der Erfahrungen aus der acht Monate langen Okkupationstätigkeit der Deutschen im Königreich Polen läßt sich aber gar manches Hindernis erklären, durch welches die friedliche Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen gestört wurde. Die deutschen Verwaltungsbehörden kamen nämlich nach Polen in ein erobertes Gebiet, und dieses hatte für sie keine andere Bedeutung, wie Belgien, Serbien und Rumänien. In der Reichstagskommission wurde während der Debatte über die deutsche Politik im Königreich Polen auch zugegeben, daß von deutscher Seite bei der Behandlung der polnischen Bevölkerung in dem besetzten Lande Fehler begangen worden seien, die vor allem darin bestanden, daß man die Verhältnisse im Königreich Polen und die nationalen Bestrebungen der Polen nicht kannte, und daß die Behörden ein doppeltes Verfahren einschlugen, indem sie Polen einerseits wie ein erobertes und gleichzeitig andererseits wie ein zur unabhängigen Existenz erhobenes Land behandelten. Man kannte die Seele und den Charakter des polnischen Volkes nicht, und man begann das an und für sich vorzügliche deutsche Organisationsystem mit jener Rücksichtslosigkeit durchzuführen, die in der Verwaltung Litauens durch den Fürsten Jsenburg ihren Höhenpunkt erreichte. Jeder Fortschritt in dem Aufbau des polnischen Staatswesens wurde in dem Maße, wie die Verheißungen des Novembermanifestes verwirklicht wurden, durch das Bedenken gelähmt, ob man den Polen trauen und die Organisierung des Landes im Rücken der deutschen Armee polnischen Händen überlassen könnte. Man gestattete den Polen, den Grund zu einem nationalen Schulwesen zu legen, man schuf eine Selbstverwaltung



für die Städte und legte den Grund zur Selbstverwaltung der Kreise; man schuf weiter einen vorläufigen Staatsrat, der die Vorstufe der künftigen Zentralbehörde bilden sollte, und erweiterte später auf das Drängen der Bevölkerung hin dessen Kompetenzen. Aber man verwirklichte nicht die Wünsche derjenigen polnischen Kreise, welche die volle Staatsgewalt verlangten. Und mit dieser Forderung steht doch im engsten Zusammenhang die Bildung einer polnischen Armee. In manchen politischen Kreisen Deutschlands herrscht jetzt auch große Unzufriedenheit darüber, daß die Bildung einer solchen Armee nicht recht von Statten geht. So lesen wir z. B. in der „Deutschen Wacht“: „Durch die Wiederherstellung des Königreichs Polen sollte vor allem die Bildung einer eigenen polnischen Armee ermöglicht werden. Diese Armee sollte auf Seiten der Mittelmächte die errungene Freiheit gegen den Erbfeind der Polen im Osten verteidigen und erst auf diese Weise diese Freiheit auch selbst verdienen. Die Waffenbrüderschaft mit den Begründern des neuen Polens sollte die sicherste Grundlage für die Dauerhaftigkeit des gegenseitigen Vertrauens schaffen. Was ist aber aus dieser Armee in acht Monaten geworden?“ Das erwähnte Blatt gelangt zu dem Schluß, daß die Polen nur eine solche Armee bilden wollen, die einer unabhängigen polnischen Regierung unterstellt wäre. Deswegen gibt es seiner Freude darüber Ausdruck, daß eine solche Armee überhaupt nicht zustande gekommen sei, denn sie würde im Rücken des deutschen Heeres eine tödliche Gefahr für Deutschland bedeuten.

Die Frage der Bildung einer polnischen Armee, die, wie die „Deutsche Wacht“ nicht ganz mit Unrecht bemerkt, einige politische, besonders die linksstehenden Kreise im Königreich Polen, tatsächlich einer wirklichen und selbständigen polnischen Regierung unterstellt wissen wollten, hat auch zu jenem Konflikt unter den polnischen Parteien geführt, der zur Folge hatte, daß die Linke sich von der Mitwirkung an der Tätigkeit des vorläufigen Staatsrats zurückzog und die Herren Piłsudski, Kunowski, Śliwinski, Jankowski und Stojowski aus dieser Organisation ausschieden. Alle diese Herren sind der Ansicht, daß die Frage des Wiederaufbaus des polnischen Staates auf einem toten Punkt angelangt sei. Dieser Anschauung gibt auch der frühere Sekretär des Staatsrats, Herr Arthur Śliwinski, mit folgenden charakteristischen Worten Ausdruck: „Wir sollten einen polnischen Staat repräsentieren, und wir repräsentierten nur die polnische Ohnmacht.“

Die Spaltung unter den aktivistischen Parteien wird zweifellos den Anlaß zu einer bißigen Kritik von Seiten solcher Leute in Deutschland geben, die von Małowski in der „Deutschen Politik“ zutreffend in folgender Weise charakterisiert: „Sie sind der Ansicht, daß es genüge, mit Sicherheit und Eleganz den Sieger in Polen zu markieren, um die Herzen der Polen zu gewinnen.“ Małowski begreift auch, daß der Akt vom 5. November, was viele seiner Landsleute nicht einsehen können, nicht etwa ein Akt der Gnade oder eine großherzige Tat, sondern ein Produkt des politischen Interesses ist, bei dem es darauf ankommt, daß der andere Teil, d. h. die Polen, in ihm auch ein für sie vorteilhaftes Anerbieten erblicken. Er schreibt: „Die Polen sind überzeugt, daß wir ihnen die Wiederherstellung ihres Vaterlandes deswegen versprochen haben, weil wir glaubten, durch eine solche Lösung der polnischen Frage unseren eigenen Interessen am besten dienen zu können. Und sie haben auch recht, denn die Sache verhält sich wirklich so. Durch eine solche Auffassung verliert aber das Versprechen selbst keineswegs an Wert, sondern es wird die Garantie für seine Verwirklichung erhöht. Die ganze Frage verläßt dann nämlich sicherlich die Sphäre der Gefühlspolitik, was für beide Teile nur vorteilhaft sein kann. Warum wollen wir also jetzt die ganze Sache in diese Sphäre

wiederum dadurch hineinzerren, daß wir Dankbarkeit von den Polen verlangen? Dankbarkeit ist doch eine Tugend, die nur für das Privatleben gilt. Und man braucht auch kein Misanthrop zu sein, um festzustellen, daß sie sogar dort nur ein seltenes Gewächs ist. Was man aber unter Dankbarkeit eines Volkes dem anderen gegenüber verstehen soll, das bleibt einfach ein Rätsel.“

Der Verfasser des Artikels in der „Deutschen Politik“ hebt zugleich hervor, daß es für Deutschland überhaupt keine andere Lösung der Grenzfrage im Osten und des polnischen Problems gab, und er empfiehlt deswegen, geduldig abzuwarten, bis die Frucht der am 5. November 1916 inaugurierten Politik gereift sein werde.

Wir begegnen in der deutschen Presse selten so vernünftigen Anschauungen über die polnische Frage. Was nämlich sonst über die Polen und über die polnische Frage dort geschrieben wird, bringt, vom Gesichtspunkt einer vernünftigen deutschen Politik aus betrachtet, den Urhebern des Manifestes eher Schaden als Nutzen.

Aus Nr. 83 der Prawda (Posen)

vom 18. Juli 1917.

#### 5. November 1916 — 11. Juli 1917.

Als durch den Akt der befreundeten Kaiser vom 5. November 1916 ein unabhängiges Polen, wie unlängst der General von Beseler ausdrücklich betonte, proklamiert worden war, suchte die uns Polen feindlich gesinnte deutsche Presse nachzuweisen, und sie sucht es auch heute noch darzutun, daß die Polen ein solches „Geschenk“ nicht verdient hätten, weil sie zum mindesten ihre Freude darüber nicht laut zum Ausdruck gebracht hätten. Von polnischer Seite wurde schon wiederholt einer solchen Darstellung widersprochen. Wir wollen deswegen auch heute den Standpunkt der Polen nicht besonders erörtern. Wir haben nämlich in der „Prawda“ schon oftmals unsere Ansicht darüber geäußert. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nur noch einmal darauf hinweisen, daß die polnische Bevölkerung — besonders hier im preussischen Anteil — noch zu frisch jene Zeiten in Erinnerung hat, wo die preussischen Gendarmen und Polizisten nach polnischen Abzeichen, z. B. nach polnischen Ädeln, nach weiß-roten Bändern usw. fahndeten. Der Akt vom 5. November 1916 traf übrigens einen gewaltigen Teil der polnischen Bevölkerung unvorbereitet. Heute aber, wo es überall so viel Trauer gibt, wo Hunderttausende unserer Brüder, Väter und Söhne in den Schützengräben liegen, heute haben wir, die wir noch in der Heimat geblieben sind, weder die Gedanken, noch die Zeit dazu, um unsere Freude über die Proklamation eines Königreichs Polen durch besondere Festlichkeiten oder andere Manifestationen zum Ausdruck zu bringen. Unsere Volksgemeinschaft konnte ihrer Freude über diesen großherzigen Novemberakt nicht einmal in der bei den Deutschen bis in die letzte Zeit üblichen Weise, nämlich durch das Herausstecken von Fahnen mit polnischen Nationalfarben, Ausdruck geben. Solche Fahnen besaß nämlich niemand, denn sie wurden von den preussischen Polizeibeamten und Staatsanwälten überall verfolgt. Selbst unsere erbittertsten Gegner wissen aber, daß man heute infolge des allgemeinen Mangels an Webstoffen einen Bezugschein sogar für viel notwendigere Sachen, als für Fahnen, nicht erhalten kann.

Wir stellen also hier fest, daß die polnische Bevölkerung aus ganz anderen Gründen ihre Freude nicht laut und geräuschvoll zum Ausdruck brachte, als es diejenigen sind, deren wir von Seiten der Hafatisten beschuldigt werden.

Wenn wir diese Sache aber heute noch einmal zur Sprache bringen, so tun wir es deswegen, um



zwischen den beiden Tagen, nämlich zwischen dem 5. November 1916 und dem 11. Juli 1917, d. h. jenem Tage einen Vergleich zu ziehen, an welchem die königliche Bottschaft betreffend die Reform des Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus veröffentlicht wurde.

Für die Eingeweiheten ist es nämlich kein Geheimnis, daß diese Bottschaft von den weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung wie eine Erlösung herbeigesehnt wurde. Der Inhalt dieser königlichen Bottschaft bildete ja viele Jahre den Gegenstand eines leidenschaftlichen Kampfes in Preußen. Man kann deswegen behaupten, daß der 11. Juli 1917 für Preußen ebenso ein Tag des Wiederauflebens war, wie der 5. November 1916 für das polnische Volk ein Tag der Wiedergeburt gewesen ist.

Diese Tage sind also für beide Völker historische Daten.

Hat denn aber die deutsche Bevölkerung am 11. Juli d. J. aus Anlaß der königlichen Bottschaft etwa gefeiert? Wurden an diesem Tage irgendwelche Festlichkeiten und Manifestationen veranstaltet oder wurde die Parole: „Fahnen heraus!“ ausgegeben? Und solcher Fahnen gibt es doch überall genug, und sie werden auch von niemandem heruntergerissen.

Nichts von alledem geschah. Die deutsche Bevölkerung nahm den Akt vom 11. Juli d. J. mit Ruhe und mit jenem Ernst auf, der einem solchen Augenblick entsprach. Und jeder vernünftige Mensch wird auch diesen Standpunkt anerkennen müssen.

Deswegen erwarten wir aber, daß die alldeutsche und hakatistische Presse sowie alle andern Gegner der Polen aus dieser Haltung der deutschen Bevölkerung dem Akt vom 11. Juli d. J. gegenüber die entsprechende Lehre ziehen und daß ihre Angriffe gegen uns Polen wegen unserer Haltung dem Akt vom 5. November 1916 gegenüber aufgeben werden.

Allen denjenigen, welche aus Anlaß dieser unserer Haltung dem Novemberakt gegenüber auch weiter noch irgendwelche Vorwürfe gegen uns erheben möchten, könnt Ihr, verehrte Leser also erwidern, daß die polnische Bevölkerung, die infolge des Krieges noch viel mehr als alle anderen zu leiden hat, den Tag vom 5. November 1916 mit demselben Ernst und mit derselben Ruhe beging, wie die deutsche Bevölkerung den Tag vom 11. Juli 1917 begangen hat.

Aus Nr. 166. des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 23. Juli 1917.

..... In Rußland ist eine große Umwälzung eingetreten. Zurückgetreten ist der Ministerpräsident Fürst Lwow, und seine Stelle hat der patriotische Sozialist Kerenski eingenommen. Gleichzeitig war der Führer der Spione, die unter der Maske extremer Sozialdemokraten operierten, der berüchtigte Lenin, gezwungen, verkleidet zu entfliehen, um dem Gefängnis zu entgehen, in welchem man viele seiner Genossen mit nichtslawischen Namen und überwiegend jüdischen Vornamen festgesetzt hatte. Zum Auftreten gegen diese Elemente hat die von ihnen nicht nur in Petersburg, sondern auch in manchen Abschnitten der Kampffront hervorgerufene Rebellion beigetragen, infolge deren die Russen einige mit großer Mühe eroberte und mit großen Opfern erkaufte wichtige Stellungen eingebüßt haben. Diese Erfahrungen werden die russische Demokratie wahrscheinlich — nicht von den edlen allmenschlichen Empfindungen, sondern von der Neigung heilen, die Geschicke des eigenen Volkes in die Hände von fremden Elementen zu legen, die frisch oder nur scheinbar mit der Nation verschmolzen oder geistig internationalisiert sind und darum die vitalen Bedürfnisse und die nationalen Bestrebungen geringschätzen.

Auch das polnische Volk ist von dieser Krankheit noch nicht völlig geheilt, und darum können in ihm zu Einfluß gelangen einerseits die Feldman, Diamand, Kosner und ähnliche, andererseits die Daszynski, Kulerski und Napieralski, ganz zu schweigen von den Studnicki, Dziembowski, Gozdziwicz und Zinski.

Aus Nr. 161 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 19. Juli 1917.

### Die Vorbereitungsanstalten für die Volksschullehrer in der Provinz Posen.

Da bei uns unter den 425 000 Schülern in den Volksschulen  $\frac{2}{3}$  katholisch sind, so müßte daselbe Verhältnis auch unter den 5358 Lehrern und ebenso unter den Anstalten, in denen sie fachmännisch ausgebildet werden, obwalten. Indessen wurde bei uns in dieser Hinsicht aus Gründen, die nicht veröffentlicht wurden, die sich aber unschwer erraten lassen, anders verfahren. So haben wir 6 Lehrerseminare und 6 Präparandenanstalten mit katholischem und eine ebensolche Anzahl mit evangelischem Charakter, außerdem gibt es bei uns ein Seminar und eine Präparandenanstalt mit konfessionell gemischtem Charakter. Von seiten des Kultusministeriums wurde nämlich erklärt, daß die katholischen Schulen, insbesondere in polnischen Gegenden, überfüllt sein dürften und deswegen brauche man für sie verhältnismäßig nicht so viel Lehrer, wie für die evangelischen. Ebenso wurde in Betracht gezogen, daß an den Simultanschulen, deren es in der Provinz Posen 172 gibt, gewöhnlich, wie z. B. in Posen, evangelische Lehrkräfte über das Bedürfnis hinaus und zum Schaden der Katholiken angestellt würden. Es wurde auch beschlossen, die trotz dieser Manipulationen immer noch unzureichende Anzahl katholischer Lehrer dadurch zu ergänzen, daß solche Lehrer aus rein deutschen Gegenden hergeholt wurden. Das wurde vor allem in hohem Maße in Posen selbst geübt. Die noch aus früheren Zeiten stammende Absicht, für katholische Schulen, die von polnischen Schülern besucht werden, Lehrer deutscher Nationalität zu gewinnen, und keine genügende Anzahl polnischer Lehrer anzustellen, ist aber noch mehr aus der geographischen Verteilung der Lehrerseminare und der Präparandenanstalten ersichtlich. So gibt es katholische Seminare in folgenden Städten: in Bromberg, Schneidemühl, Wollstein, Fraustadt, Gryn und Rogasen. Von diesen Anstalten befinden also zwei in dem deutschen nördlichen und zwei in dem ebenfalls deutschen westlichen Teil der Provinz Posen. Ist also mit der Wahl gerade dieser Ortschaften nicht die Absicht verbunden, den Zutritt zum Lehrerberufe deutschen Kandidaten zu erleichtern und polnischen zu erschweren? Warum hat man denn solche Städte, wie Posen, Kosten, Gnesen, Schrimm und Schroda unberücksichtigt gelassen? Dieselbe Tendenz, wie bei der Errichtung der Lehrerseminare, macht sich auch bei der örtlichen Verteilung der katholischen Präparandenanstalten bemerkbar. Auch hier wurden nämlich unter Nichtbeachtung des mittleren und östlichen Teils der Provinz Posen die nördlichen und westlichen Kreise bevorzugt. Eine von diesen Fachschulen wurde in Lobfen, also ganz im Norden, und drei im Westen der Provinz, nämlich in Birnbaum, Meseritz und Fraustadt errichtet. Die sechste von ihnen befindet sich in Rogasen. Trotz einer so durchsichtigen Tendenz spielte man ebenso im Abgeordnetenhaus, wie in der Posener Stadtverordnetenversammlung den Unschuldigen und wälzte die Schuld, indem man dabei auf unsere Naivität rechnete, auf uns selbst ab. Man erklärte nämlich, daß sich ein großer Mangel an Lehrern bemerkbar mache, die imstande wären, den Religionsunterricht in der polnischen Sprache zu erteilen.



Es haben aber gerade die geographischen Bedingungen und andere nicht minder wichtige Umstände dazu beigetragen, daß die Zahl der polnischen Schüler in den Präparandenanstalten und in den Lehrerseminaren der Provinz Posen verhältnismäßig gering war. Sogar die Zahl der deutschen Kandidaten, die aus der Provinz Posen stammten, war in diesen Anstalten nicht groß; der größere Teil stammte aus Westfalen, Schlesien und Brandenburg. So gab es in der Präparandenanstalt in Wollstein unter 124 Schülern sogar 70 Westfalen und nur 11 Polen. Anfänglich wurden die Westfalen ausschließlich in Wollstein, später aber auch in Fraustadt und ebenso in den paritätischen Anstalten in Rawitsch untergebracht. Jetzt befinden sich auch solche Elemente in der Präparandenanstalt und in dem Lehrerseminar in Rogasen. Die Lehramtskandidaten, die aus anderen Provinzen stammen, genießen bedeutende Privilegien. So erhalten sie in den Internaten freie Wohnung und eine billige Beköstigung; außerdem beziehen sie noch Staatsstipendien. Während der Ferien dürfen sie dreimal im Jahre nach ihrer Heimat reisen. Zwei Drittel der Reisekosten übernimmt dann die Staatskasse. Dafür müssen sie aber einen Vertrag unterschreiben, durch den sie sich verpflichten, 5 Jahre als Lehrer in der Provinz Posen tätig zu sein.

Bei der Unterrichtssprache wird auf die polnischen Zöglinge nicht die geringste Rücksicht genommen. Selbst der Religionsunterricht wird ausschließlich in der deutschen Sprache erteilt. Die polnische Sprache befindet sich nicht einmal als Unterrichtsgegenstand im Lehrplan. Die Lehramtskandidaten werden also bei uns in einer Weise vorgebildet, als wenn sie nach Absolvierung des Lehrerseminars nur deutsche und niemals polnische Kinder zu unterrichten und zu erziehen hätten.

Nach dem letzten Ministerialerlaß betreffend die Unterrichtssprache beim Religionsunterricht auf der Unterstufe in denjenigen Volksschulen, welche von polnischen Schülern besucht werden, wollte jetzt das Provinzialschulkollegium durch Vermittlung der Direktoren der Präparandenanstalten und der Lehrerseminare feststellen, wieviel Schüler dieser Anstalten sich in ihrem Elternhause der polnischen Sprache bedienen. Bei dieser Feststellung kam es vor, daß manche Polen anfänglich aus Angst vor etwaigen schlimmen Folgen ihre Nationalität verleugneten. Erst als man ihnen die Versicherung gab, daß ihnen nichts Schlimmes passieren werde, wagten sie einzugestehen, daß sie Polen seien.

Gegenwärtig sind manche Klassen der Lehrerseminare entweder schon ganz leer oder stark gelichtet; sogar ein Teil der Zöglinge aus dem dritten Kursus der Präparandenanstalten mußte ins Feld rücken.

So zählte das Lehrerseminar in Rogasen in den letzten Tagen nur 22 Schüler. Von diesen befanden sich 15 in der dritten, 5 in der zweiten und nur 2 in der ersten Klasse. Diese beiden waren zufälligerweise Polen. Die Präparandenanstalt in dieser Stadt hatte vor einigen Wochen noch 96 Schüler, aber diese Zahl nimmt mit jeder Woche ab. Unter den Schülern, die aus anderen Provinzen stammen, sind am meisten die Westfalen vertreten. Ein Schüler stammt auch aus der Provinz Sachsen. Beide Lehranstalten in Rogasen stehen seit dem 1. November 1915 unter der Leitung des Herrn Dr. Bijewski, der früher Seminarlehrer in Fraustadt war. Außerdem sind am Lehrerseminar daselbst tätig: der Geistliche Wdowczyk, der aus Oberschlesien stammt, und die Lehrer Klemke und Marwan; an der Präparandenanstalt ist der Lehrer Dalski tätig. Sie bekennen sich alle zu der deutschen Nationalität.

Aus dieser Darstellung ergeben sich folgende dringende Forderungen:

Die polnische Sprache muß in den katholischen Präparandenanstalten und Lehrerseminaren der Provinz Posen entsprechend berücksichtigt werden. Durch einen besonderen Erlaß des Kultusministeriums müssen weiter einige von diesen Anstalten in Städte mit stärkerer polnischer Bevölkerung verlegt werden, und schließlich muß die Zahl der Vorbildungsanstalten für Lehrer im Verhältnis zu der Zahl der katholischen Schüler in der Provinz Posen vermehrt werden.

Aus Nr. 87 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)  
vom 20. Juli 1917.

Von Herrn A. von Niegolewski erhalten wir die nachstehende Erklärung mit der Bitte um Aufnahme:  
Ostrowo, den 20. Juli 1917.

Mit dem Bescheide der Regierung habe ich mich nicht zufrieden gegeben, sondern die Sache dem Kultusministerium zur Entscheidung überandt. Die mir gemachten Vorwürfe, daß meine Behauptungen irrig gewesen seien, weise ich entschieden zurück. Ich berichte vor der Hand eine Tatsache. Die Abbitteleistung meiner Tochter gegenüber Fräulein Hartmann stand in keinem Zusammenhange mit diesem Vorgange, worauf ich aufmerksam gemacht habe, als man etwa 10 Tage später von meiner Tochter die Unterschrift unter ein bereits ausgefertigtes Schreiben verlangte, nach welchem meine Tochter die Lehrerin habe um Verzeihung bitten müssen. Ich habe meiner Tochter nicht gestattet, daß sie dieses Schreiben unterzeichne.

A. von Niegolewski.

Aus Nr. 165 der Gazeta Poznańska (Posen)  
vom 24. Juli 1917.

### **Zu Ehren Thaddäus Kosciuszko.**

In Augenblicken geschichtlicher Epochen sendet die Vorsehung den Völkern Männer zu, die — begabt mit der Macht, die einstweilige Dunkelheit zu durchdringen — sie auf leuchtender Bahn einer hellen strahlenden Zukunft entgegenführen. Ein solcher Mann der Vorsehung ist Thaddäus Kosciuszko. Er hat bewirkt, daß Polens Name, als äußere Übermacht es ohne Aufsehen ins Grab hineinzustoßen befreit war, in altem Glanz und Ruhm aufleuchtete. Er hat bewirkt, daß der Wunderquell des Heldentums von unter dem Bauernkittel her hervorprudelte, daß dem Vaterlande aus dem schwarzen Boden eine neue Region von von Verteidigern erwuchs. Er hat bewirkt, daß sich die Weisungen der großen Verfassung in die Tat umsetzten. Er ist der Menschheit um ein ganzes Jahrhundert vorausgeeilt, und die Losungen, für die er mit dem Namen Polens auf den Lippen und im Herzen auf beiden Welthälften gekämpft hat, die Losung der Hebung und Einbürgerung des Volkes, der Gleichberechtigung aller Stände, der Beglückung der ganzen Menschheit feiern heute erst die größten Triumphe.

Er ist vor 100 Jahren dahingegangen, er lebt jedoch in uns, denn er war aus dem Geiste der Nation. Er lebt, denn er war die unverwundliche Kraft, die durch Generationen fortbauert und verteidigt, die emporhebt den erhabensten Idealen entgegen, die Festigkeit bietet zum Beharren der Verteidigung in der heiligen Idee. Heute macht sich das durch göttliches Erbarmen auferstehende Polen daran, mit einer Jahrhundertfeier das Gedächtnis des großen Helden zu ehren. Zur Huldigung fordern wir daher auf. Möge es kein polnisches Herz geben, das gelegentlich des 100. Jahrestages des Verschidens Thaddäus Kosciuszko nicht alle die Empfindungen erführe, die auf-flammen sollen bei der Erinnerung an seinen Eid-



schwur, bei der Erinnerung an Raclawice und Maciejowice! Möge es keine Stadt und kein Dorf geben, in denen sein Andenken nicht durch nationale Feiern verehrt würde! In diesem Fest soll sich ganz Polen zu einer gemeinsamen Huldigung vereinigen.

Der Vorstand des Nationalrats.

Ludwig v. Mycielski. Pfarrer Dr. Anton v. Wolizlegier.

Dr. Boleslaus Krysiwicz. Wladislaus v. Grabzki.

Dr. Felician v. Niegolewski.

Das Jubiläumskomitee:

Erzbischof Edmund Dalbor.

(Es folgen noch etwa 200 Unterschriften von hervorragenden Mitgliedern der polnischen Gesellschaft aus ganz Preußen.)

Aus Nr. 165 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 24. Juli 1917.

### Die Frucht der Opferwilligkeit Westpreußens.

Eine der gewichtigsten Positionen in unserer nationalen Bilanz während des Krieges ist zweifellos die Rettungsaktion für das Königreich. Die polnischen Landesteile des preußischen Teilgebiets beeilten sich, eine ergiebige, organisierte gemeinsame Hilfsaktion für das Bruderland ins Werk zu setzen, das durch die Niederlagen des Krieges heimgesucht worden ist, und sie haben damit einen lebendigen Beweis für das heiße und tiefe Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der Gesamtheit der Nation erbracht. Und bestimmt wird noch lange über den Krieg hinaus, wenn die schweren gegenwärtigen Erlebnisse zu den historischen Erinnerungen gehören werden, diese große Befundung der Solidarität des preußischen Teilgebiets mit dem Königreich eines der nicht zertrümmerten Kettenglieder zwischen den beiden Teilen der Nation bleiben, deren Herzen gemeinsam schlagen, deren Seelen ein schöpferischer Gedanke belebt und erwärmt.

Aus einer kleinen Mitteilung des Hilfskomitees im Königreich erfuhren wir vor einigen Tagen, daß Westpreußen in dieser Rettungsaktion mit 1 010 000 M. vertreten ist. Diese Tatsache sollte nicht unbeachtet vorübergehen, denn was sagt uns diese vielsellige Ziffer? Sie spricht zu uns mit vernehmlicher Stimme, und sie beweist, daß der Ruf nach Hilfe für die hungernden Brüder weit über das Großherzogtum hinaus gelangt ist, daß er Zugang gefunden hat zu den bürgerlichen Herzen der westpreußischen Volksgemeinschaft und daß er in ihnen einen durch die Tat bekräftigten Widerhall hervorgerufen hat. Die Woge des nationalen Empfindens schwoll in diesem Landesteil an, der so lange von dem Mutterstamme losgerissen und so lange von uns selbst fließmütterlich behandelt worden war. Während wir bis heutigen Tages jenseits der Grenze noch auf die Nachlässigkeit stoßen, die das preußische Teilgebiet mit dem Großherzogtum, mit dem Posenschen, mit Großpolen identifiziert, schallt die mächtige Stimme Westpreußens zu uns herüber: „Auch wir nehmen teil an der nationalen Tat, auch wir stellen uns mit den anderen polnischen Landesteilen in Reih und Glied, nicht mit leerer, sondern mit freigebig offener Hand für die Bedürfnisse der Gesamtheit.“

Die sehr nützliche Schrift „Der kleine Bettler für die Obdachlosen“, die in Thorn erscheint und speziell der Rettungsaktion gewidmet ist, hat ein anerkanntes Wertes Werk unternommen, in dem sie den Ertrag der für das Königreich eingeflossenen Beiträge zusammenstellte. Die nachstehend gebotene Inhaltsangabe dieses Berichts bietet ein lebendiges Bild der opferwilligen Tätigkeit der westpreußischen Städte, Städtchen und Dörfer. Am Ende der langen Zifferreihe erscheint die

Summe von 1 010 352,53 M. Und dabei ist das nicht die Summe, die, wie der Bericht hervorhebt, die Opfertat Westpreußens ganz widerspiegelt. Nicht eingerechnet sind dort nämlich die Beiträge, die aus Westpreußen direkt bei den zentralen Instituten in Posen eingeflossen sind und die zahlenmäßig unmöglich getrennt angeführt werden können. Diese Beiträge kann man jedoch dreist auf mehrere 100 000 M. berechnen, und diese Summe ist zu der oben angegebenen hinzuzurechnen. Neben dem Geld sind schließlich die Opfergaben an Kleidung, Wäsche, Bücher usw. für die Obdachlosen zu berücksichtigen. Durch das Komitee für die Obdachlosen in Thorn ist Kleidung für 25 000 Personen eingegangen, zusammen etwa 100 000 Stück verschiedener Kleidungsstücke und anderer persönlicher Bedürfnisse. An das Komitee für die Obdachlosen in Posen sind 283 Kisten und Säcke mit Kleidung etwa für 10 000 Personen abgesandt worden. Ein solches Ergebnis der Opferwilligkeit Westpreußens ist ein sichtbares Zeichen dafür, daß das Nationalgefühl in diesen historisch polnischen Landen zu beiden Seiten der unteren Weichsel nicht erstorben ist, daß es dort im Gegenteil so lebendig und kräftig pulsiert wie niemals vorher. Der Krieg hat die Flammen des polnischen Patriotismus in den fernsten vergessenen Winkeln entzündet. In den vergessenen Winkeln? Wenn uns doch dieser Vorwurf niemals mehr träfe! Lesen wir die Ziffern nach, mögen sie sich uns im Gedächtnis einprägen und mögen sie nie zulassen, daß sich unempfindliche Gleichgültigkeit gegenüber den glänzenden Beweisen der polnischen Kraft der Volksgesamtheit Westpreußens breit mache!

Es folgt eine Zusammenstellung der von Westpreußen aufgebraachten Spenden, und zwar:

|                                       |               |
|---------------------------------------|---------------|
| 1. aus Diözesankollekten.....         | 241 868,81 M. |
| 2. aus Weihnachtshazaren.....         | 86 180,13 "   |
| 3. aus Sammlungen in den Städten..... | 192 443,34 "  |
| 4. Parochialspenden.....              | 128 090,57 "  |
| 5. Zeitungssammlungen.....            | 438 906,66 "  |
| 6. Verschiedenes.....                 | 81 961,01 "   |

### Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 146 des Warschauer Tagesberichts

vom 18. Juli 1917.

#### Aufruf des Staatsrats.

Die Warschauer Morgenblätter vom 18. 7. bringen den folgenden Aufruf des Staatsrates:

„Der Provisorische Staatsrat, der berufen ist, an dem Wiederaufbau des polnischen Reiches mitzuarbeiten, hat vom ersten Augenblick seiner Tätigkeit an als leitenden Grundsatz aufgestellt, daß die Grundlage dieses Wiederaufbaues in der Bildung einer eigenen nationalen Armee bestehen müsse und daß die Legionen den Stamm dieser Armee bilden müßten.

Schon in der ersten organisatorischen Sitzung vom 17. Januar 1917 hat man einen Heeresauschuß gewählt und die Erklärung sämtlicher Legionsregimenten entgegengenommen, daß diese im Staatsrate die polnische Regierung begrüßten, ebenso wie die Erklärung der Poln. Heeresorganisation, daß sie ihre Kräfte und ihr Blut dem Staatsrat zur Verfügung stelle; endlich hat man die Verdienste der Legionen und des Brigadiers Pilsudski auf den Schlachtfeldern und bei der Bildung der Formationen der polnischen Armee geehrt.

Seit dieser Zeit hat der Staatsrat nicht einen Augenblick aufgehört, an der Bildung der polnischen Armee zu arbeiten.

Demgemäß hat man an Kaiser Karl die Bitte gerichtet, die Legionen dem polnischen



Staate zu überlassen; man hat deren bessere wirtschaftliche Versorgung gefordert, die Grundsätze für die Bildung einer nationalen Armee festgelegt und endlich dem beabsichtigten Ausscheiden der österreichisch-ungarischen Untertanen mit Erfolg entgegenwirkt.

Endlich sind die Legionen als Stamm zur Bildung der polnischen Armee überwiesen und dem Oberbefehl des Generals v. Bessler unterstellt worden. Die Verwaltung der polnischen Wehrmacht ist ohne Berücksichtigung der Anträge des Staatsrates organisiert worden.

Infolge der Bemühungen des Staatsrats zur Sicherung des polnischen Charakters des in der Bildung begriffenen Heeres hat man die Teilnahme polnischer Offiziere an der Verwaltung der polnischen Wehrmacht erreicht, sodann die Übergabe des Kommandos über die Bataillone, Kompanien und Züge in den Ausbildungslagern an Legionsoffiziere ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit, sowie die Zusicherung, daß sämtliche Kommandos bis zum Regimentskommandeur an polnische Offiziere übertragen werden. Die Uniformierung und Befehlssprache sollten von Anfang an polnisch sein und sind es stets gewesen. Schließlich wird die grundsätzliche Zustimmung zur Vereinheitlichung des Militärgerichtswezens für alle Legionäre erreicht. Die endgültige Eidesformel ist vor drei Monaten angenommen worden, ohne irgend einen Widerspruch, sei es aus der Mitte des Provisorischen Staatsrates, sei es von außerhalb zu finden. Vor zwei Monaten hat der Staatsrat von sämtlichen Regimentern die Zusicherung erhalten, daß sie nur eine vom Staatsrat gebilligte Eidesformel beschwören würden. Vor einigen Wochen wurde die Zustimmung der Regierungen der Mittelmächte zu dieser Eidesformel erreicht.

Nachdem man zu gleicher Zeit eine Erklärung der österreichisch-ungarischen Regierung erhalten hatte, daß sie die Zurückziehung der österreichischen Untertanen aus den Legionen nicht verlangt und nicht zu verlangen gedenkt, hat der Staatsrat die aus dem Kongreß-Königreich stammenden Offiziere und Soldaten zur Ablegung des Eides aufgefordert, indem er darin den ersten Schritt zur Bildung einer regulären polnischen Armee und zur Anlehnung der polnischen Regierung an diese Basis erblickte. Jetzt erklärt der Staatsrat feierlich, daß die, welche diesen Eid geleistet haben oder noch leisten werden, ebenso wie die Patrioten, welche demnächst die Reihen der Freiwilligen vermehren werden, in militärischer Hinsicht zum Gehorsam gegenüber ihren militärischen Vorgesetzten verpflichtet sind. In politischer Hinsicht dagegen ist ihre höchste nationale Instanz der Staatsrat, — der gegenwärtig einzige und anerkannte Vertreter des polnischen Staates, d. i. des Vaterlandes, dem sie Treue geschworen haben.

Das polnische Heer kann nicht anders verwendet werden, als im Dienste der vaterländischen Sache und im Einverständnis mit dem Staatsrat. Im gegenwärtigen Augenblick will der Staatsrat den spärlichen Keim des eigenen Heeres nicht in den Strudel des Kampfes werfen und den Stamm des künftigen polnischen Heeres dadurch schmälern.

Der Staatsrat wird seine Arbeit fortsetzen auf dem Wege zur allerschnellsten Bildung einer nationalen Armee und einer nationalen Regierung — dieser ersten Fundamente staatlicher Unabhängigkeit. Als der gegenwärtig einzig legale Vertreter des polnischen Staates wird er — im Sinne des am 3. d. M. beschlossenen Projektes — sofort an die Organisation der polnischen obersten Staatsbehörden, denen er alsbald seine Funktionen übertragen wird, herantreten.

Als die gegenwärtig einzige Obrigkeit, welche die politische Stellungnahme der polnischen Nation festzulegen befugt ist, als deren gegenwärtige politische Regierung erklärt der Staatsrat, daß das polnische

Volk, welches das Recht hat, selbständig die Richtlinien der nationalen Politik und über sein Geschick zu bestimmen, nicht gewillt ist, die Organe der internationalen Gehässigkeit anzustacheln, vielmehr ein friedensbildender Faktor zu werden wünscht, der bei der Beendigung der gegenwärtigen Kämpfe mitwirkend, jedermann in der Fremde, außerhalb der Grenzen der polnischen Lande, das Recht abspricht, mit dem polnischen Blute zu wirtschaften.

Bevor nicht die Nation selbst durch einen allgemeinen und freien, im Königschloß zu Warschau versammelten Landtag die oberste Gewalt an sich nimmt, sind ausschließlich die provisorischen Organe der polnischen Regierung, die auf polnischem Boden in der Hauptstadt des Landes amtieren, berechtigt und verpflichtet, das Volk dem von allen ersehnten Ziele entgegenzuführen."

Aus Nr. 150 des Warschauer Tagesberichts vom 23. Juli 1917.

### Betrifft den Staatsrat.

Die Warschauer Blätter bringen eine Verlautbarung des Staatsrates, die im Auszug folgendermaßen lautet:

"In der Vollziehung des Provisorischen Staatsrates vom 18. Juli wurden eine Reihe provisorischer Vorschriften betreffs des Gerichtswezens angenommen. Dergestalt wurden alle zur Übernahme des Gerichtswezens durch die polnischen Behörden unbedingt nötigen Vorlagen angenommen.

Ferner wurde das Budget für den Monat Juli in der Gesamthöhe von 178 579,40 Mark angenommen.

Auf Antrag des Grafen Rostworowski wurde betreffs der Angelegenheit der Berufung des Landtages, die von allererster politischer Bedeutung ist, beschlossen, sofort an die Erörterungen des Entwurfs der Wahlordnung im Plenum heranzugehen, die von der Landtagskommission des Staatsrates bearbeitet worden ist.

In der Frage der Sicherstellung der Existenz der invaliden Legionäre wurde der folgende Antrag angenommen: "Der Provisorische Staatsrat erkennt an, daß die Sicherung der Existenz der Personen, die im Kampf um die Unabhängigkeit Polens Invaliden geworden sind, eine Pflicht des polnischen Staates ist. Von diesem Gesichtspunkte aus beschließt der Provisorische Staatsrat, daß in den staatlichen polnischen Behörden eine entsprechende Zahl von Stellen für die gedienten Invaliden des Heeres vorbehalten werden muß."

Aus dem Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses für die letzten beiden Monate führt die Verlautbarung des Staatsrats u. a. an: "6. Den Kaiserlich Deutschen Kommissaren wurde eine Interpellation überreicht und diese den k. u. k. österreichisch-ungarischen Kommissaren zur Kenntnis gebracht in der Frage des beabsichtigten Verkaufs der Kohlengruben in Zaglebie-Dombrowa, die Gesellschaften mit Beteiligung französischen Kapitals gehören, unter dem Vorbehalt, daß dieser Verkauf nicht ohne Wissen und Einverständnis des Provisorischen Staatsrates vollzogen werden dürfe. 7. Man wandte sich an die Kommissare um die Veranlassung einer Erklärung, daß die Werbestellen für das polnische Heer wieder gebildet würden. Eine entsprechende Erklärung ist, wie bekannt, bereits erfolgt. 11. Es wurde beschlossen, sich an die k. u. k. österreichisch-ungarischen Okkupationsbehörden mit dem Wunsche zu wenden, diejenigen der polnischen Kriegsgefangenen zu befreien, die nachweisen, daß sie eine Wirtschaft von wenigstens sechs Morgen besitzen. 13. Man wandte sich an die k. u. k. österreichisch-ungarischen Okkupationsbehörden mit einem Aufruf um die Unterlassung der weiteren Requisitionen in der Guta Ban-



towa und den Werken von Ostrowiec, sowie um die eventuelle Inbetriebsetzung dieser zwei Hüttenwerke, insbesondere der Huta Bankowa, für Heeresbedürfnisse.

Endlich wurde eine Abordnung gewählt, die sich an Se. Exzellenz den Erzbischof mit der Bitte wenden soll, gemeinsam mit dem Kronmarschall und dem Fürsten Józef Lubomirski vorbereitende Schritte zur Einsetzung der obersten staatlichen polnischen Behörden im Sinne des durch den Staatsrat am 3. Juli d. J. beschlossenen Entwurfes zu beginnen."

Aus Nr. 315 des Kurjer Lwowski (Lemberg)  
vom 7. Juli 1917.

### Entschliessungen einer Versammlung des Bezirksrates des Kielceer Landes.

Am Sonntag, den 17. v. M., fand eine Versammlung des Bezirksrates des Kielceer Landes statt, in der Delegierte und Vertreter der Kreise Kielce, Miechów, Pinczów, Jędrzejów, Włoszczow und Olusz anwesend waren.

Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß die politischen Unabhängigkeits-Organisationen in allen Kreisen des Kielceer Landes eine lebhaftige Tätigkeit entfalten und sich durch große Regsamkeit auszeichnen, sich aber hauptsächlich auf die demokratischen völkischen Elemente stützen.

Die Warschauer Verwickelungen haben den organisatorischen Zusammenschluß der einzelnen Zweigstellen in der Provinz durchaus nicht geschwächt, und der Bezirksrat des Kielceer Landes ist nach wie vor der Mittelpunkt der aktivistischen Unabhängigkeitsarbeit, um den sich alle Elemente der Tat gruppieren.

Nach Besprechung und Beschlußfassung über die organisatorischen inneren Angelegenheiten nahm die Versammlung mit ungeheurer Stimmenmehrheit folgende politischen Entschliessungen an:

#### I. In Sachen des vorläufigen Staatsrates. \*)

Da .... der vorläufige Staatsrat ... in dem fünfmonatigen Zeitraum seines Daseins keine derjenigen Aufgaben erfüllt hat, zu deren Erfüllung er berufen wurde, da bisher ... weder im Bereiche ... „der Mitwirkung bei Ausführung der weiteren staatlichen Einrichtungen im Königreiche Polen“, .... noch im Bereiche .... der Teilnahme an den vorbereitenden Arbeiten zwecks Schaffung des polnischen Heeres, .... noch im Bereiche .... „der Heilung der durch den Krieg verursachten Wunden, der Hebung des Landes in wirtschaftlicher Beziehung und der Verwendung der ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten, aus den Mitteln des Landes herrührenden Mittel“ .... etwas geschehen ist, .... da .... der vorläufige Staatsrat .... bei der Ausarbeitung des Entwurfs der polnischen Staatsverfassung im Verfassungsausschuß die Rechte des Volkes in dem unabhängigen polnischen Staate zu gunsten des Königs schmälern und durch die Einschränkung des Wahlrechts den Volksmassen den Einfluß auf die Regierung entziehen wollte, .... da er, seine Tätigkeit durch geheimnisvolle Verdunkelung .... verschleiern, sich von der Volksversammlung absonderte und ihr Vertrauen einbüßte, .... da der vorläufige Staatsrat .... ohne hierzu ein Recht zu haben, gegen den Willen des polnischen Volkes sich öffentlich für eine konstitutionelle Monarchie erklärt hat; da er schließlich .... von vornherein zu weich und nachgiebig war, ... es auch nicht verstand, die polnischen staatlichen Interessen wirksam zu verteidigen .... und in diesen kritischen Zeiten duldete ...., daß die Herren Lempicki, Rosznowski und Dziemulski, Politiker der Liga des polnischen

Staatswesens ... seiner Tätigkeit den Ton angaben: so .... drückt der Bezirksrat des Kielceer Landes in seiner Versammlung vom 17. Juni 1917 .... dem vorläufigen Staatsrate .... sein Mißtrauensvotum aus. .... in der Überzeugung, .... daß sein weiteres Verharren bei der von ihm eingenommenen Haltung mit einem augenscheinlichen Nachteil für die nationalen Interessen verbunden ist, und fordert ihn zu seinem sofortigen Rücktritte auf.

#### II. In Sachen der einstweiligen demokratischen Regierung und der Konstituante.

Der Bezirksrat des Kielceer Landes erachtet es in seiner Versammlung vom 17. Juni 1917 als notwendig, eine vorläufige demokratische Regierung .... schleunigst ins Leben zu rufen, .... die sofort ein demokratisches Wahlrecht ausarbeiten und die Wahlen zu einem gesetzgebenden Landtage in Warschau durchzuführen hätte, .... aber .... eine demokratische Regierung .... und eine auf der Grundlage allgemeiner Wahlen nach Warschau einzuberufende Konstituante ... sind die nächsten Forderungen aller die Unabhängigkeit aufrichtig wünschenden Bürger.

Alles, was im Volke lebendig ist, im Namen der Forderungen ... der demokratischen Regierung und der Konstituante zu sammeln, .... alle Hindernisse, die .... Ohnmacht und Kriecherei .... in den Weg stellen, zu überwinden, betrachtet der Bezirksrat des Kielceer Landes als die wichtigste Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks.

#### III. In Sachen der demokratischen Republik.

Die Versammlung des Bezirksrates des Kielceer Landes vom 17. Juni 1917 erklärt, daß die polnische Volksversammlung unerschütterlich nach einem unabhängigen demokratischen Freistaate streben sollte, der die .... polnischen Lande umfassen und alle zu einer selbständigen und allseitigen staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unerläßlichen Eigenschaften bezeugen würde.

Aus Nr. 162 des Dziennik Narodowy (Petrikau)  
vom 20. Juli 1917.

#### Eine unumgängliche Reform.

Unter dieser Überschrift schreibt das Petrikauer Regionenblatt u. a.:

Nachdem der Staatsrat jetzt einen inneren Zusammenschluß erlangt hat und den Weg einer ausgesprochen aktiven Politik beschritten hat, sollte er an die Heilung der Verhältnisse des von ihm organisierten Beamtenapparates herantreten.

Eine im höchsten Grade anormale Erscheinung ist vor allem der ganze Heeresauschuß, der aus den erbittertesten Gegnern der Schaffung eines polnischen Heeres besteht. Wenn nach dem Rücktritt seines Berichterstatters Pilsudski der Staatsrat einen entschiedenen Schritt tun, die Tätigkeit des Ausschusses unterbrechen und seine Geschäftsräume gut durchsuchen würde, würde er vielleicht interessante Materialien entdecken, die auf die gegenwärtige Gärung in den Regionen genügendes Licht werfen würden.

Ist es doch für niemanden ein Geheimnis, daß der Verfasser von Berichten für eine Krakauer Zeitung, die der Lausanner Agentur vortreffliches Material zu Angriffen auf den Staatsrat liefert, ein Beamter der politischen Abteilung des Staatsrats ist, der die Möglichkeit hat, verschiedene vertrauliche Papiere einzusehen. Ein anderer Beamter dieser Abteilung, der sich der Gunst seines Chefs erfreut, gehört dem Vorstand einer Partei an, die gerade diesen Chef ganz besonders bekämpft.

\*) Die punktierten Stellen sind Zensurücken.



Den vertraulichen Verhandlungen des Staatsrats wohnt ein Beamter bei, der im innigsten Verkehr mit dem Lager der Linken steht. In allen Beamtenkategorien des Staatsrates befinden sich seine offenen oder heimlichen Gegner.

Kann es dann Wunder nehmen, wenn unter solchen Verhältnissen die Tätigkeit des Staatsrates fortwährend auf Hindernisse stößt und in der öffentlichen Meinung eine parteiische oder gar falsche Beleuchtung findet? Keine Körperschaft, insbesondere keine öffentliche, darf einen so wichtigen Faktor, wie die gehörige Organisierung der Vollstrecker ihrer Absichten, vernachlässigen.

Die Heilung seiner allernächsten Umgebung ist die erste Bedingung des Gelingens der Aktion des vorläufigen Staatsrates.

Nr. 167 des Głos Narodu (Kraľau)  
vom 17. Juli 1917

bringt eine Korrespondenz aus Warschau, in der es heißt: „Die deutschen Behörden überschütteten den Staatsrat mit Finanzentwürfen. unlängst hat der Staatsrat den Entwurf einer Vermögenssteuer angenommen. Dieser Entwurf wurde in finanziellen Kreisen und in einer Versammlung hervorragender Vertreter sozialer Institutionen besprochen, welche ihm gegenüber einen kritischen Standpunkt einnahmen. In dieser Angelegenheit soll ein Protest an den Staatsrat gerichtet werden, da die Grundlage, auf die der erwähnte Entwurf gestützt wurde, von Grund aus falsch ist. Die bürgerlichen Faktoren erklären sich für die progressive Einkommensteuer. Die österreichischen Kommissare unterstützen sehr eifrig den Entwurf einer Vermögenssteuer, da sie in ihr die einzige Quelle zur Deckung des Defizits im Budget der österreichisch-ungarischen Okkupationsverwaltung sehen, das bis ungefähr 50 000 (?) Millionen Kronen reicht. Im Budget der deutschen Okkupationsverwaltung beträgt das Defizit drei Millionen Mark. Es wird eine Erhöhung der Grundsteuer noch um über 100 Prozent erwartet. Die deutschen Behörden beabsichtigen auch das Zuckermopol einzuführen.

In derselben Korrespondenz wird ein Aufruf, den das Sekretariat der Zwischenparteilichen Fraktion erlassen hat, angeführt. In dem Aufruf wird zur Berichtigung der in der ausländischen Presse erschienenen ungenauen Informationen über die Stellung der Zwischenparteilichen Fraktion folgendes festgestellt: „Indem die Zwischenparteiliche Fraktion das politische Programm des Provisorischen Staatsrates bekämpfte und letzterem das Recht auf den Titel einer polnischen Regierung absprach, stellte sie sich niemals entgegen dem Streben nach Realisierung des Wiederaufbaus des polnischen Staates durch den Provisorischen Staatsrat und die Gesellschaft, ohne Schmälerung und Präjudizierung der höchsten nationalen Interessen. Indem die Zwischenparteiliche Fraktion, von der kein Mitglied in den Provisorischen Staatsrat eingetreten ist, einen solchen Standpunkt einnahm, hat sie dennoch seine Mitglieder nicht daran gehindert, an den Arbeiten der einzelnen Kommissionen tätigen Anteil zu nehmen, stets jedoch mit dem Vorbehalte, daß dieser Anteil keineswegs die Mitverantwortlichkeit für die politische Richtung des Provisorischen Staatsrates bedeutet. Der Entwurf bezeichnet als unrichtig die Informationen aus Stockholm, die der „Dziennik Piotrogrodzki“ bringt, wonach die Zwischenparteiliche Fraktion den Staatsrat als polnische Regierung anerkennt. „Die Ereignisse der letzten Tage — heißt es in dem Aufruf weiter — drängen umso stärker die Notwendigkeit auf, den Standpunkt der politischen Parteien, die sich in der Zwischenparteilichen Fraktion gruppieren, zu dokumentieren. Der Provisorische Staatsrat war vom Ursprung seiner Entstehung an niemals der

Vertreter des kollektiven Willens der polnischen Nation, jetzt aber erlangte er infolge des Austritts der Linken aus demselben einen völlig einseitigen Charakter. Umjomehr also stellt die Zwischenparteiliche Fraktion entschieden fest, daß der Provisorische Staatsrat nicht das Recht hat, über die allerwesentlichsten nationalen Angelegenheiten zu entscheiden, und somit auch die künftige Verfassung Polens zu präjudizieren, die polnische Sache in eine einseitige Abhängigkeit zu bringen und Schritte vorzuzeichnen, die in die Regionen Auflösung und Desorganisation bringen.“

Zuletzt enthält die Korrespondenz die Mitteilung, daß die deutschen Behörden dem Kreditverein der Stadt Warschau die Erlaubnis zur Emittierung von Pfandbriefen in russischer Valuta versagt, der Landwirtschaftlichen Gesellschaft dagegen diese Erlaubnis erteilt hätten.

(Aus Nr. 148 des Warschauer Tagesberichts vom 20. Juli 1917.)

Nr. 170 des Głos Narodu (Kraľau)  
vom 20. Juli 1917

bespricht im Leitartikel die neue Stellungnahme des Staatsrats zur Frage des polnischen Heeres bzw. der künftigen polnischen Regierung. Die Erklärung des Staatsrats, daß er die höchste Obrigkeit für das polnische Heer darstelle, daß das polnische Heer nur mit Einverständnis des Staatsrats an der Front verwendet werden und daß auch im Ausland niemand mit dem polnischen Blut nach Belieben wirtschaften dürfe, sei eine Art Neutralitätserklärung Polens im gegenwärtigen Kriege. Der Staatsrat stelle nämlich fest, „daß das polnische Volk die Orgie der internationalen Gehässigkeit nicht schüren wolle, sondern daß es danach strebe, als Friedensfaktor bei der Beendigung des gegenwärtigen blutigen Ringens mitzuwirken.“ Auch im Ausland, insbesondere in Rußland, Frankreich und Amerika sei die Frage der polnischen Heeresbildung in den maßgebenden Kreisen der polnischen Emigranten ungleichmäßig behandelt worden. Die Gegner der polnischen Heeresbildung haben stets den Standpunkt vertreten, daß man im Auslande ohne Einwilligung der polnischen Regierung bzw. des diese Regierung vertretenden Staatsrats eine polnische Armee nicht bilden dürfe. In diesem Sinne habe auch der Staatsrat gehandelt und im Anschluß daran beschlossen, sofort an die Bildung einer polnischen Regierung heranzutreten, welche voll berechtigt sein werde, über das polnische Heer zu verfügen. Damit werde Polen das höchste Attribut der Staatlichkeit erlangen. Gleichzeitig werde damit die Möglichkeit beseitigt, eine solche Regierung im Auslande ins Leben zu rufen. Ein solcher Gedanke sei nämlich gleichzeitig mit dem Projekt der polnischen Heeresbildung auch im Auslande aufgetaucht; denn überall sei es klar, daß die Armee nur ein Werkzeug der Regierung sei, und so lange letztere nicht vorhanden sei, hänge die Armee naturgemäß in der Luft. Demgemäß habe der Staatsrat im Sinne des Projekts vom 3. Juli die möglichst baldige Bildung einer polnischen Regierung beschlossen. bis dahin die Regierungsfunktionen selbst übernommen und erklärt, daß er die höchste politische Obrigkeit für das polnische Heerwesen bilde. Damit habe der Staatsrat das Mißverständnis, welches er durch die von ihm beschlossene Eidesformel hervorgerufen habe, gewissermaßen wieder beseitigt.

Die Beschlüsse des Staatsrats werden auch einen gewissen Einfluß auf das Verhältnis zwischen dem Staatsrat und denjenigen Kreisen Polens ausüben, welche sich bis dahin passiv verhielten. Insbesondere ständen jetzt die Kreise der Rechten einer neuen Situation gegenüber, welche sie zur Revision ihres jetzigen Verhältnisses zum Staatsrat zwingen.



(Aus Nr. 150 des Warschauer Tagesberichts vom 23. Juli 1917.)

Nr. 102 des Dziennik Lubelski (Lublin)  
vom 18. Juli 1917

führt unter der Überschrift: „Heer oder Staatsrat?“ u. a. folgendes aus: (Die erste Hälfte des Artikels ist durch die Zensur gestrichen.) „Im Staatsrat gibt es keine politischen Persönlichkeiten . . . Die im Staatsrat sitzenden Leute waren zu Anfang des Krieges unfähig, Beschlüsse zu fassen, und sie sind es auch heute geblieben. Und wer ist im Heere? . . . Der Kommandant Piłsudski . . . und die Leute, die mit ihm gingen . . . Und wenn wir die Liste der Vereidigten mit denjenigen vergleichen, die den Eid nicht geleistet haben, so werden wir sehen, auf welcher Seite die Helden sind! . . . Der Staatsrat verdankt seine Existenz . . . dem polnischen Soldaten, und er darf heute nicht denselben Soldaten geringschätzen und den Anchein erwecken, als ob die Nation . . . (Der weitere Satz ist durch die Zensur gestrichen) . . . polnische Konzentrationslager wünschen würde . . . (Wieder eine Zensurlücke.) Wenn der Soldat eine Regierung bekommt, so wird er Disziplin und Gehorsam bewahren. Aber diese Regierung muß im Besitze der vollen Regierungsgewalt sein und aus Persönlichkeiten bestehen, die in der Gesellschaft gehört und geachtet werden . . . Der polnische Soldat gab die Grundlagen für das Bündnis Polens mit den Zentralmächten. Wird diesem Soldaten Unrecht geschehen, so fliegen die Grundlagen des Baues in die Luft!“

(Aus Nr. 491 des Warschauer Tagesberichts vom 21. Juli 1917.)

Nr. 180 des Głos (Warschau)  
vom 21. Juli 1917

teilt nach dem „Przegłond Wierczone“ mit, daß gestern, den 20., in Warschau Beratungen der Vertreter des Staatsrates mit den Vertretern der deutschen Behörden in der Angelegenheit des Gerichtswesens stattgefunden haben. „Man sagt, daß die Verhandlungen so weit gediehen seien, daß man schon im August d. J. die Übernahme des Gerichtswesens in polnische Hände werde in Angriff nehmen können. Auch die Angelegenheit des polnischen Schulwesens scheint auf gutem Wege zu sein. Die Okkupationsbehörden sind an eine völlige Liquidierung des Schulausschusses beim Generalgouvernement herangetreten. Wahrscheinlich wird die Liquidierung bis Ende August beendet sein. Den polnischen Universitätsbehörden wurde aufgetragen, bis zu dieser Zeit alle Rechnungen aufzustellen und sie endgültig zu erledigen. Neue Bestellungen und Einrichtungen dürfen nicht gemacht werden, aber alle früheren werden ausgeführt werden. Man nimmt an, daß vom September d. J. das Schulwesen ganz in polnische Hände übergehen werden wird. Die Übernahme der Gerichte durch den Staatsrat wird wahrscheinlich am 15. August erfolgen.“

(Aus Nr. 149 des Warschauer Tagesberichts vom 21. Juli 1917.)

Nr. 161 der Iskra (Sosnowice)  
vom 18. Juli 1917

führt unter dem Titel „Allzufrüh“ folgendes aus: Die Partei der Nationalen Unabhängigkeit, die polnische Volkspartei und die Vereinigung der Demokratischen Partei haben sich zu einer politischen Gruppe konsolidiert, und sich zur Aufgabe gemacht, im unabhängigen Polen eine republikanisch-demokra-

tische Richtung einzuführen und alle Versuche, Polen eine Monarchie aufzunötigen, auf das äußerste zu bekämpfen. Das sind zwar sehr ideale Ziele, nur scheint es uns, daß sie doch verfrüht sind. Denn eigentlich gibt es doch noch kein unabhängiges Polen, wenigstens nicht im Lichte der realen Tatsachen. Es bedarf noch großer Anstrengungen und vieler Arbeit, ehe wir, wie alle anderen Völker, von unserer nationalen Freiheit Gebrauch machen können. Noch ist der Krieg nicht beendet, und es ist trotz seiner dreijährigen Dauer schwer zu sagen, welchen Ausgang er nehmen wird. Heute ist für uns die wichtigste Frage und Aufgabe die des Baues des eigenen Staatswesens, denn diese Arbeit werden weder die demokratisch gesinnten Deutschen, noch das rötteste Rußland für uns übernehmen. Erst dann, wenn wir unsere nationale Zukunft gesichert haben, können wir daran denken, in welche Kleider wir das freie Polen kleiden werden.

(Aus Nr. 147 des Warschauer Tagesberichts vom 19. Juli 1917.)

Nr. 182 des Głos (Warschau)  
vom 23. Juli 1917

zitiert aus der „Iskra“ (Nr. 155) folgende Ausführungen, welche, wie der „Głos“ bemerkt, die Stimmungen und Ansichten der Gesellschaft in der Provinz richtig wiedergeben. Die „Iskra“ schreibt: „Die Angelegenheit des polnischen Heeres wird wieder aktuell. . . . Und merkwürdig, kaum haben einige Mitglieder der Linken dem Staatsrat den Rücken gekehrt, so entwickeln sich unsere Angelegenheiten in raschem Tempo. Sollten sie es gewesen sein, die die ganze Entwicklung unserer Angelegenheiten gehemmt haben? Eine ähnliche Frage muß sich aufdrängen, wenn bis jetzt alles so schwer, unter Widerständen, vor sich ging, heute aber jeder Tag immer mehr wichtige Einzelheiten bringt.“ „Es ist nichts leichter, als die Demission einzureichen und abseits zu beobachten, wie die Ereignisse sich abspielen werden, auf die wir nicht den geringsten Einfluß haben können. Ein Feldherr, der das Schlachtfeld verläßt, wenn der Kampf am schwierigsten ist, stellt sich ein erbärmliches Zeugnis aus.“

(Aus Nr. 150 des Warschauer Tagesberichts vom 23. Juli 1917.)

Nr. 190 der Godzina Polski (Lodz)  
vom 14. Juli 1917

bringt einen Leitartikel unter der Überschrift „Naiver Republikanismus“, der die Gründe auseinandersetzt, weshalb das Verlangen nach Einführung einer republikanischen Verfassung in Polen nicht standhält und als naive politische Forderung zurückzuweisen ist. Zuerst wird darauf hingewiesen, daß diese Forderung in Polen erst nach dem ansteckenden Beispiel Rußlands erhoben wurde. Allein „für Rußland ist in diesem Momente die Republik gut. Die Republik — das ist das Finale des hundertjährigen Kampfes mit dem selbstherrschenden Zarismus. . . .“, während Polen hundert Jahre um ein ganz anderes Ideal kämpfte: um die Sammlung der ganzen Nation um ein sichtbares Haupt, damit vor der ganzen Welt bezeugt werde: „Polen besteht, weil ein eigener König da ist.“ „Nach dem Sturz des Zarismus hat Rußland die Zarenadler in den Kinnstein geworfen.“ Polen jedoch hat jetzt, nachdem es den Alp des Zarismus los ward, den königlichen polnischen Adler hoch emporgerichtet.“ Alles — weiter ausgeführt — spricht dafür, daß Polen eine konstitutionelle Monarchie werde. „Es ist klar, daß unser Landvolk, das Bürgertum, die Gutsbesitzer, sogar der durch Agitationen nicht beeinflusste polnische Arbeiter, von der Geistlichkeit nicht zu reden, entschieden eine kon-



stitutionelle Monarchie verlangen.“ Wie wenig die republikanische Verfassung Polen entsprechen würde, wird durch historische Hinweise erläutert. Der Artikel schließt: „Eine Republik in einer Zeit zu verlangen, da sogar England nicht daran denkt, auf die monarchische Regierungsform zu verzichten, da die Republik in Rußland noch unsicher, jedenfalls aber chaotisch ist — das ist nicht nur Doktrinarismus, das ist politische Unreife und Leichtgläubigkeit.“

(Aus Nr. 143 des Warschauer Tagesberichts vom 14. Juni 1917.)

Nr. 350 der Ziemia Lubelska (Lublin)  
vom 14. Juli 1917

berichtet: „In den polnischen Kreisen Warschaus wird das Gerücht verbreitet, daß die deutsche Regierung bereit sei, den konstituierenden Landtag für das Königreich Polen und auch für Litauen und Weißruthenien einzuberufen. Diese Landtage hätten die Aufgabe, das nationale Verhältnis der Länder zueinander zu bestimmen und ihr Botum für die Regierungsform abzugeben. Angeblich sollen in dieser Richtung auf die deutsche Regierung gewisse einflußreiche Politiker des preußischen Teilungsgebietes einwirken.“

Daselbe Blatt berichtet aus Wien, daß der Polentklub gestern die Diskussion über die Regionen fortgesetzt und beschlossen habe, daß das Präsidium des Polentklubs mit dem Abgeordneten Moraczewski zusammen die Gesamtheit der Regionsangelegenheiten bearbeiten und dem Grafen Czernin vorlegen sollen.

(Aus Nr. 146 des Warschauer Tagesberichts vom 18. Juli 1917.)

Nr. 180 des Głos (Warschau)  
vom 21. Juli 1917

bringt einen Artikel unter der Überschrift: „Der Temps über den Staatsrat“. Auf Grund von Zitaten aus einem Artikel des „Le Temps“ vom Juni l. J. will der Artikel den Nachweis führen, daß die französische öffentliche Meinung über die polnischen Angelegenheiten, besonders aber über den Charakter und die Wirksamkeit des Staatsrates falsch informiert wurde. „Le Temps“ äußert seine Verwunderung über die Maibeschlüsse und die weitere Wirksamkeit des Staatsrates. Das französische Blatt schreibt, daß diese Ereignisse „den nationalen Charakter dieser provisorischen polnischen Regierung, welche bisher in den Augen Frankreichs und seiner Bundesgenossen schon durch die Tatsache der Duldung derselben durch die preußischen Behörden ein wenig kompromittiert war, ins richtige Licht stellen.“ Die angebliche Änderung, die jetzt erst in der Politik des Staatsrates eingetreten sein soll, erkläre, „die neueste Evolution der polnischen Parteien und ihren allmählichen Zusammenschluß um die erste nationale Behörde in Warschau.“ Es entstehe in Wirklichkeit — schreibt das französische Organ — eine echte Nationalregierung in der historischen Residenz Polens. Weiter schildert „Le Temps“ die Gestaltung der Parteien in Polen und die Änderungen, die hierin infolge der Okkupation und der russischen Revolution eingetreten sind, und führt dann aus: „Naturgemäß mußte diese provisorische Regierung . . . zum Mittelpunkt für alle polnischen Nationalitäten werden. Das Hineinzu zu ihm wuchs um so mehr, je mehr der Staatsrat sich als Institution erwies, die abgesondert und unabhängig von den rein militärischen Behörden der deutschen Okkupation war, zu denen sie natürlich, . . . ständige Beziehungen unterhalten mußte.“ . . . um den kleinen Kern der ausschließlich polnischen Institutionen, . . . ist eine

neue Konzentration der polnischen Nation in ihrer Gesamtheit wieder aufgelebt . . .“ „Treu dem Bundesgenossen, vorsichtig gegen die Feinde, immer darauf bedacht, den entsprechenden Nutzen aus allen politischen Konjunkturen zu ziehen, erhebt die Nation langsam das Haupt“. Daran knüpft der „Głos“ die Bemerkung, daß die öffentliche Meinung in den Ententestaaten sich in den polnischen Verhältnissen zu orientieren und sich eine entsprechende Vorstellung vom Staatsrat zu bilden beginne. Daraus sei zu ersehen, wie wichtig es ist, daß das „gegenüberliegende“ Lager wahrheitsgemäß informiert werde und seine Informationen nicht aus so trüben Quellen, wie die Lausanner Agentur sei, schöpfe.

(Aus Nr. 149 des Warschauer Tagesberichts vom 21. Juli 1917.)

Aus Nr. 161 des Dziennik Narodowy (Petrifau)  
vom 19. Juli 1917.

### Eine neue Konzeption der Linken.

Warschau, den 17. Juli 1917.

In dem Augenblicke, in dem in den Regionen wegen der Eidesleistung eine traurige Krisis ausbrach, die unzweifelhaft ein Werk der radikalen Elemente in den Reihen des Heeres ist, war es schwierig zu beurteilen, welche Ziele diese Elemente im Auge hatten, als sie eine neue Krisis hervorriefen, die an sich im höchsten Grade ärgernisierend und schädlich, gleichzeitig aber gegen das Bestehen dieses wertvollen Stammes der polnischen Wehrmacht gerichtet ist. Es war nämlich unbekannt, was die erwähnten Elemente einer so gefährlichen Negation gegenüberzustellen beabsichtigen, weil doch schwer anzunehmen war, daß sie den bestehenden Stamm des Heeres vollständig vernichten wollten, ohne eine neue Konzeption gefunden zu haben, die ihnen die Ausnutzung dieses zersplitterten Materials für ihre Parteizwecke sichern würde.

In dem Maße, in dem sich die politischen Ereignisse entwickelten und die einfache Tatsache sich aufdrängte, daß mit dem, was schon besteht, etwas geschehen müsse, daß eine Form des Bestehens die andere ersetzen werde, in demselben Maße begann sich eine neue Konzeption der äußersten Linken in der Regionenfrage zu entwickeln, traten immer deutlicher die Ziele hervor, deretwegen die zersetzende Gärung in die Reihen der Armee hineingetragen wurde.

In politischen Kreisen tauchten Nachrichten über Unterhandlungen der Linken mit Vertretern der Zwischenparteilichen Fraktion mit Rücksicht auf die neue Lage auf. Gegenstand der Beratungen war die Frage einer gemeinsamen Stellungnahme im Zusammenhang mit den Änderungen, die im Staatsrate und in den Regionen eingetreten sind. Es kam jedoch zu keiner Verständigung, weil die Rechte ihre Mitwirkung an der geplanten Aktion ablehnte. Es konnte nicht anders sein. Die ententefreundlichen Politiker wissen, wie vollständig im Lande der polnische Soldat und die Idee des polnischen Heeres ist; deshalb hatten sie auch nicht den Mut, zu einer Auflösung der Regionen offen ihre Hand zu bieten, zumal die Zwischenparteiliche Fraktion noch unlängst an die Regionen einen Aufruf erlassen hatte, in dem sie diese als den Stamm des zu bildenden polnischen Heeres bezeichnet. Daher wäre es unvernünftig, diesen Stamm zu vernichten. Das scheint die Zwischenparteiliche Fraktion eingesehen zu haben. Obgleich sie also stets gern sieht, wenn bei dem Bau des polnischen Staates und besonders des polnischen Heeres Schwierigkeiten eintreten, so hielt sie es doch für gefährlich, in diesem Falle mit der Linken gemeinsame Sache zu machen, zumal die letzten revolutionären



Aufrufe, in denen unter dem Einflusse der östlichen Winde immer stärker eine soziale Melodie zu klingen beginnt, die das konservative Ohr reizt, ernüchternd wirken mußten.

Infolge dessen entschloß sich die Linke, einen selbständigen Aufruf zu erlassen und entsprechende Schritte auf eigene Faust zu unternehmen. Ihre Folgen sind bekannt.

Dagegen sind die Ziele dieser destruktiven Aktion weniger bekannt. Was soll nach der Ansicht der Linken mit den Legionen geschehen?

Hierüber habe ich von einer den leitenden Kreisen der Linken nahestehenden Person eine Handvoll von Mitteilungen gesammelt. Nach diesen Mitteilungen, deren Zuverlässigkeit allerdings schwer zu kontrollieren ist, soll ein neues Legionen-Programm gelegentlich der Anwesenheit Pilsudskis in Krakau aufgestellt worden sein. Man soll beschlossen haben, an den polnischen Klub heranzutreten, ihm die Lage der Legionen in schwarzen Farben darzustellen und ihn um seine Intervention in dieser Angelegenheit zu ersuchen. Man sollte sich daher an die österreichischen Regierungsstellen mit dem Vorschlage wenden, alle österreichischen Untertanen der Legionen in das österreichische Okkupationsgebiet zurückzuziehen und aus diesen eine besondere Formation unter dem Kommando des Pilsudskis zu bilden. Diesen Legionen würden sich dann die Polnische Heeresorganisation und Legionäre aus Polen anschließen, die den Eid verweigert haben, und denen würden wohl noch andere folgen. In welchem Stadium sich diese Angelegenheit befindet, ist unbekannt.

Man braucht kein Politiker zu sein, um zu wissen, wie sinnlos und demagogisch dieser Einfall ist. Jeder politisch denkende Mensch legt sich davon Rechenschaft ab, daß sowohl die polnische Frage als auch die Bildung des polnischen Heeres im gegebenen Augenblicke auf Grund einer gemeinschaftlichen Verständigung der beiden Mittelmächte entschieden werden könne, und schon deshalb braucht man das Naive dieses Konzeption nicht nachzuweisen. Aus diesem Grunde könnte ein Versuch ihrer Ausführung der polnischen Sache nur schaden, weil er neue, fast unüberwindliche Schwierigkeiten hineinbringen würde.

Dagegen ist die obige Konzeption aus anderen Gründen charakteristisch. Die Unabhängigkeitsleute der Linken wettern nämlich in ihren Aufrufen nach allen Seiten hin über die „Verjöhnlichen“, über „Kompromisse“, über die „Reaktion“ usw., während sie sich selbst als Patrioten reinsten Wassers ausgeben, selbst aber ein neues Kompromiß planen, wenn nur Pilsudski Befehlshaber des Heeres würde. Auf diesen Umstand muß besonders aufmerksam gemacht werden.

Auf meine Frage, welche Rolle in dieser Angelegenheit dem Staatsrate zufallen würde, erwiderte mein Gewährsmann, daß dieser hier nichts zu sagen habe und auf ihn keine Rücksicht genommen zu werden brauche.

Dieser zweite Umstand kennzeichnet gleichfalls die Ziele und die Taktik der Linken. Ich erinnere daran, daß, als seinerzeit die Lubliner Rechte die Absicht hatte, in politischen Angelegenheiten eine Abordnung nach Wien zu entsenden, die Rechte auf die Bemerkung, daß es eine Illoyalität gegen den Staatsrat wäre, wenn man unter Umgehung dieser polnischen Regierungsinstanz unterhandeln wollte, dieses Argument anerkannte und ihr Vorhaben aufgab. Das diktierte ihr, obgleich sie den Staatsrat nicht unterstützte, der öffentliche Anstand. Die Linke will sich durch solchen primitiven Anstand nicht behindern lassen. Denn ihr Ziel geht dahin, das Bestehen des Staatsrates zu untergraben, überhaupt das polnische Terrain im Königreiche zu ebnen, um auf ihm ihre Pläne der parteiischen Diktatur aufzubauen.

In diesen Plänen sind das Interesse und die Politik einer Partei vorherrschend. Darauf muß die Volksgesamtheit ihr Augenmerk richten. Denn an diese tritt die gefährliche Frage heran: Soll über das Los und die Zukunft des Landes, über das Los des einzigen Exponenten, einer Kraft, wie es das Heer ist, eine Partei des linken Flügels im geheimen vor der Volksgesamtheit, oder die öffentliche Mehrheit der Volksgesamtheit entscheiden? Diese Meinung ist sowohl in der denkwürdigen Landesversammlung in Warschau als auch unlängst gelegentlich der Aufhebung der Aushebungsstellen für die Schaffung eines polnischen Heeres an der Seite und unter dem Schutze des Staatsrates, als des einzigen Vertreters des sich bildenden polnischen Staates, ausgesprochen worden.

Wenn der Staat nicht in einen Zustand der Anarchie und Verwirrung geraten will und das Schicksal des polnischen Staates, der noch in der Zeit des Krieges entstehen soll, nicht gefährdet werden soll, dann muß die Volksgesamtheit den Standpunkt des Staatsrates und dessen Maßnahmen mit allen Kräften unterstützen. Wenn etwas entstehen soll, dann muß ein leitender Wille, ein Regierungsorgan vorhanden sein, das gegenwärtig der Staatsrat ist.

Aus Nr. 133 der Nowa Reforma (Krakau)  
vom 20. Juli 1917.

### Unterhandlungen in Sachen der polnischen Regierung.

Warschau, den 20. Juli 1917.

Von maßgebender Seite erfahre ich folgendes:

Am 21. Juli werden Sondervertreter der Regierungen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns in Warschau eintreffen, um mit dem Staatsrate wegen der Berufung einer polnischen Regierung Unterhandlungen anzuknüpfen.

Diese Unterhandlungen sollen schnell gefördert werden und ausschließlich auf Warschauer Boden stattfinden.

Die Berliner und Wiener Vertreter sollen mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet sein.

Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß in Verbindung mit den bevorstehenden Verhandlungen Fürst Józef Lubomirski telegraphisch aus Marienbad nach Warschau berufen wurde.

Aus Warschau wird der Lemberger „Gazeta Poranna“ mitgeteilt:

Auf Grund von Mitteilungen aus maßgebenden Quellen wird der Staatsrat dem Anscheine nach in den allernächsten Tagen die Zusammenetzung des Kabinetts bekanntmachen. Am 1. August wird diesem das ganze Gerichtswesen unmittelbar unterstellt werden.

Aus Nr. 329 der Nowa Reforma (Krakau)  
vom 18. Juli 1917.

### Eine Konferenz des nationalen Arbeiterverbandes in Lodz.

Lodz, den 15. Juli.

Aus Anlaß der letzten Ereignisse, insbesondere der Vereidigung des polnischen Heeres beraumte der nationale Arbeiterverband auf den vergangenen Sonntag für den Bezirk Lodz eine Konferenz in Lodz an. Wegen der Wichtigkeit der zu erörternden Angelegenheiten waren aus der Umgegend von Lodz und den benachbarten Städten etwa 100 Vertreter eingeladen worden. Insbesondere waren Vertreter der Warschauer Organisation und des Hauptvorstandes berufen worden, mit denen den ganzen Tag über verhandelt wurde.

Wiewohl der Vorstand des nationalen Arbeiterverbandes seinen Sitz in Warschau hat, wird die



Organisation des Lodzer Bezirks doch als die bedeutendste betrachtet, da mit ihrer Ansicht der ganze Verband rechnet.

Die Beratungen auf der Konferenz in Lodz wurden mit der größten Spannung und mit dem Gefühl des Ernstes der Zeit geführt. Die Warschauer Vertreter berichteten über die Vereidigung der polnischen Soldaten und über die Verhandlungen des vorläufigen Staatsrates. Diese Verhandlungen seien in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag noch nicht beendet worden. Am Sonntag früh sollte der Staatsrat weiter beraten. Am Sonnabend seien Beschlüsse von großer Tragweite gefaßt worden, sie dürften aber noch nicht veröffentlicht werden.

Auf der Konferenz in Lodz wurden die letzten Ereignisse eingehend besprochen und festgestellt, daß die polnische Sozialistenpartei (P. P. S.) planmäßig alle staatschöpferischen Veranstaltungen bekämpft, danach strebt, die Autorität unserer Behörden zu untergraben und sogar zu Denunziationen greift, wofür die der Vereidigung eingetretenen Vorgänge deutlich sprechen, die für die ganze sogenannte „Linke“ nur ein Vorwand waren, Verwirrung hervorzurufen.

Die Konferenz stellte fest, daß sie, obgleich sie viele Vorwürfe gegen den vorläufigen Staatsrat erheben könnte, doch der Ansicht ist, daß mit diesem mitgewirkt und alle möglichen Mittel erschöpft werden müßten, um den Staatsrat in einen Nationalrat umzugestalten, der die Leitung unserer Angelegenheit übernehmen würde. Die Konferenz stellt ferner fest, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, um den Staatsrat zu verlassen, weil seine Arbeit an seiner Umgestaltung in einen Nationalrat in vollem Gange sei. Erst wenn alle Mittel erschöpft sein würden, werde der Arbeiterverband seinen Vertreter aus dem Staatsrate abberufen.

Die Erörterung der allgemeinen politischen Lage ergab, daß sich die nach nationaler Unabhängigkeit strebenden Arbeiter in der Lage vortrefflich orientieren, sich über die schwierigen Verhältnisse Rechenschaft ablegen und den Faktoren gegenüber, welche die Verwirrung im Königreiche hervorrufen, eine kritische Stellung einnehmen.

Hinsichtlich der Polnischen Heeresorganisation stellten die Vertreter der einzelnen Organisationen fest, daß die Heeresorganisation weit davon entfernt sei, ihren Mitgliedern eine militärische Manneszucht beizubringen. Heute werde sie zur Verbreitung von Parteischriften und zur Agitation benutzt. Mit ihrer Hilfe würden sogar für ihre Mitglieder politische Versammlungen veranstaltet, die alle auf einen Ton und zwar auf den der P. P. S. gestimmt seien.

Die vereidigten Mitglieder der polnischen Heeresorganisation würden gegenwärtig auch durch verschiedene Befehle terrorisiert, die mit dem Heereswesen nichts gemein haben.

Aus Nr. 167 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 25. Juli 1917.

### **Betrifft die Abteilung „Polnische Wehrmacht“.**

Warschau, den 18. Juli 1917.

Der Kronmarschall des vorläufigen Staatsrates Niemojowski hat an den Generalgouverneur von Besseler folgendes Schreiben gerichtet:

An Seine Excellenz den Herrn General von Besseler,

Oberbefehlshaber der polnischen Armee.

„Der vorläufige Staatsrat hat in Erfahrung gebracht, daß eine der Ursachen des Mißverständnisses im polnischen Heere die Tatsache ist, daß die leitende Stelle in der Abteilung „Polnische Wehrmacht“ ein Offizier, ein Nichtpole, innehat, der nicht imstande

ist, die Psyche des polnischen Soldaten zu verstehen. Angesichts dessen hat der vorläufige Staatsrat beschlossen, an Eure Excellenz das Ersuchen zu richten, für diese Stellung baldigst einen polnischen Offizier zu berufen.

Ich habe die Ehre, Eure Excellenz von diesem Beschlusse in Kenntnis zu setzen.

Der Kronmarschall.“

Aus Nr. 194 des Kurjer Polski (Warschau)  
vom 19. Juli 1917.

### **Betrifft die polnischen Legionen.**

Das Kommando der polnischen Legionen benachrichtigt uns unter dem 16. Juli 1917 folgendermaßen:

„Laut Aufklärungen der Okkupationsbehörden haben diejenigen Unteroffiziere und Mannschaften, die infolge der Eidesverweigerung vom Heeresdienst entbunden sind, an einem bestimmten Orte den Empfang ihrer Zivillieder abzuwarten, um dann ihren Angehörigen zugeführt zu werden. Denjenigen, deren Angehörige außerhalb des Landes wohnen, wird der Wohnort noch angewiesen werden.“

Aus Nr. 330 des Czas (Krakau)  
vom 19. Juli 1917.

### **Betrifft die Vereidigung des polnischen Heeres.**

Aus Warschau wird uns mitgeteilt:

Der vorläufige Staatsrat hat in seiner Sitzung vom 15. d. Mts. beschlossen, an den Generalgouverneur folgenden Brief zu richten:

„Es ist zur Kenntnis des vorläufigen Staatsrats gelangt, daß die Militärbehörden diejenigen Legionäre, die den Eid gegenwärtig nicht geleistet haben, in Gefangenenlagern unterbringen. Mit Rücksicht darauf, daß die Legionäre eine Freiwilligen-Formation bilden, daß also ein Zwang zur Ablegung des Fahneneides auf sie nicht ausgeübt werden sollte und wegen der Nichtleistung des Eides keiner von ihnen zur Verantwortung gezogen werden kann, hat der vorläufige Staatsrat beschlossen, sich mit einer entsprechenden Eingabe an Seine Excellenz den Herrn General von Besseler zu wenden.“

Aus Nr. 334 des Czas (Krakau)  
vom 21. Juli 1917.

### **Vom Staatsrate.**

Aus Warschau wird berichtet: Der Staatsrat hat beschlossen, an diejenigen Legionäre, die den Eid geleistet haben, folgenden Aufruf zu erlassen:

**Polnische Soldaten!**

Seit dem ersten Augenblicke des freiwilligen Ergreifens der Waffen zum Kampfe um die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes habt Ihr Euch dem nationalen Dienste mit bewunderungswürdigem Opfermut und mit Selbstverleugnung hingegeben und einer gesunden und unentbehrlichen, wenn auch harten militärischen Disziplin unterworfen. Auf dem Schlachtfelde habt Ihr im Kampfgewühl die Träume und die Sehnsucht des Volkes in die Gestalt militärischer Taten umgesetzt, Eure militärische Pflicht nach Soldatenart erfüllt und angefangen, das Gebäude des polnischen Staatswesens auf Euren Schultern zutragen. Ehre Dir, polnischer Soldat!

Und jetzt, am Ende des dritten Jahres dieses Weltkrieges hat die eigene polnische Staatsgewalt die Möglichkeit erlangt, zum Dienst unter die neuen



nationalen Fahnen offen zu rufen, und Ihr habt, dem Befehl des vorläufigen Staatsrates, dem Vertreter des polnischen Staates, gehorcht, dem Vaterlande gegenüber den Treueid demütig geleistet. Gewöhnt an die harte Notwendigkeit eines beständigen Kampfes in vorgeschobener Stellung und daran, die übrigen Landsleute in der schöpferischen Arbeit zu führen, seid Ihr auch diesmal der Stimme der Pflicht gefolgt. Ehre Dir, polnischer Soldat!

Das volle Buch der polnischen Legionen ist geschlossen; seine letzten Blätter wird der zur Geschichte übergehende Legionär rühmlich ausfüllen. Eine neue Geschichte hat der polnische Soldat mit dem Eide eröffnet, der arbeitssame Verteidiger und Erbauer des freien und unabhängigen Vaterlandes. Dankbares Andenken und Ehre sei den Legionen, Ehre dem polnischen Heere!

Der Kronmarschall.

An diejenigen Legionäre, die den Eid verweigert haben, hat der Staatsrat folgenden Aufruf gerichtet:

Legionäre!

„Nach einer fast dreijährigen schweren, aufopferungsvollen, für das Wohl des Vaterlandes freiwillig übernommene Arbeit ward Ihr entschlossen, Euch durch das Gelübde des Fahneneides nicht zu binden, der Euch vom vorläufigen Staatsrate vorgelegt wurde, von dem selben Staatsrate, dem Ihr vor zwei Monaten erklärt, daß Ihr den von ihm beschlossenen Eid leisten werdet. Legionäre, Ihr seid Freiwillige, und niemand will Euch zur Ablegung dieses Eides zwingen. Unvereidigt dürft Ihr nach Hause zurückkehren. Geht nach Hause, mögen sich Eure Kräfte wieder stärken, und wenn Euch nach gepflegter Ruhe Eure Herzen wieder zum vaterländischen Dienste drängen werden, dann steht Euch der Weg zu diesem stets offen.“

Die polnischen Blätter aus Rußland berichten:

Das polnische demokratische Komitee in Petersburg erhielt am 29. Juni aus Stockholm folgendes Telegramm:

Am 19. Juni d. J. traf hier in Stockholm vom Kronmarschall Benjeslaus Niemojewski ein Telegramm folgenden Inhalts ein:

„Die Konstituierung der polnischen Regierung wird in allernächster Zeit erfolgen. Was die Bildung einer polnischen Armee in Rußland anbetrifft, so bleiben die Stockholmer Beschlüsse in Kraft, die sowohl die Billigung des Staatsrates als auch die der ganzen polnischen öffentlichen Meinung gefunden haben. Das heißt, daß mit Rücksicht auf die polnische Politik allen diesen Bemühungen unbedingt entgegengewirkt werden muß. Dagegen ist die Schaffung eines polnischen Heeres auf polnischem Boden eine allgemein erkannte Notwendigkeit, die die zukünftige polnische Regierung nicht übergehen, sondern vor allem erledigen wird.“

\* \* \*

Aus Warschau wird berichtet:

Der vorläufige Staatsrat trifft Vorbereitungen zu Unterhandlungen mit Vertretern Deutschlands und Österreich-Ungarns wegen der Einsetzung einer polnischen Regierung. Diese Unterhandlungen sollten bekanntlich am 21. Juli beginnen. Der Kronmarschall Niemojewski hatte am 18. d. Mts. eine längere Konferenz mit dem Erzbischofe Rakowski. Diese Konferenz betraf die Gesamtgestalt der politisch-militärischen Angelegenheiten Polens. Die baldige Ankunft des Fürsten Lubomirski in Warschau wird erwartet, so daß der aus drei Personen bestehende Ausschuß vollständig sein wird, der einen neuen aus 50 Mitgliedern bestehenden Staatsrat ins Leben rufen soll. In politischen Kreisen verlautet, daß in Bälde mit den politischen Parteien, die bis dahin außerhalb des Staatsrates standen, Unterhandlungen eingeleitet werden sollen.

Diese Unterhandlungen sollen dahin führen, daß diese Parteien in den neuen Staatsrat ihre Vertreter entsenden. Man ist überzeugt, daß diese Verhandlungen dies Mal einen positiven Erfolg haben werden.

Die polnische Zwischenparteiliche Fraktion beriet am 18. d. Mts. über die politische Lage in Polen, sowie über die durch den Fahneneid hervorgerufene Lage. Die Zwischenparteiliche Fraktion soll die Entscheidung ihrer Leitung, die sich gegen eine Mitwirkung an der Aktion der Linken in der Eidesfrage ausspricht, gebilligt haben.

Aus Nr. 181 des Glos (Warschau)

vom 22. Juli 1917.

### Erklärung des „Nationalen Zentrums“.

Die Tatsache, daß ein Teil der aus dem Königsreiche stammenden polnischen Soldaten die Leistung des militärischen Eides verweigert hat, veranlaßt das nationale Zentrum, in dieser Angelegenheit einen bestimmten Standpunkt einzunehmen.

Das nationale Zentrum sieht, treu seinen obersten Losungen, ein gesundes polnisches Staatswesen zu schaffen und es auf eine starke Regierung und eine Heeresmacht zu stützen, in der Ablehnung der Eidesleistung seitens der Soldaten eine wissentliche oder unwissentliche Auflehnung gegen die grundlegenden Bestrebungen des Volkes. Das ist eine über alle Maßen bedauerliche Erscheinung.

Die durch den Staatsrat beschlossene Eidesformel konnte weder die polnischen Gefühle, noch einen noch so stark ausgeprägten nationalen Ehrgeiz beleidigen. Unter den bestehenden Verhältnissen konnte die Form des Eides keine andere sein.

Deshalb war die Ablehnung des Eides zweifellos nur ein Vorwand, den eine von zwei Seiten ausgehende Agitation ausgenützt hat: die eine, die das polnische Volk in der Passivität erhalten möchte, und die andere, die die allgemeinen Ziele den Richtlinien der engherzigen Einseitigkeit und des Parteisanatismus unterordnet. Alle, die aus diesen Beweggründen das Pflichtgefühl des polnischen Soldaten untergraben und seine Begriffe verwirrt haben, sind des Verbrechens der nationalen Schädigung gleich schuldig. Es ist an der Zeit, dieser Schädigung einen grundsätzlichen, rücksichtslosen Kampf anzukündigen.

Heute sollten unser Leben nicht unfruchtbare Demonstrationen, Fronden und tragische Verschwörungen gegen die eigenen Interessen ausfüllen, sondern die mutige Bereitwilligkeit, jede Gelegenheit vernünftig auszunutzen, die uns Organisation und Kraft gewährt. Deshalb drücken wir allen denjenigen, die das verstanden haben und der polnischen Fahne und den Zielen Polens trotz gewisserloser Einflüsterungen treu geblieben sind, an dieser Stelle unsere Achtung und unsern brüderlichen Dank aus und glauben unerschütterlich, daß der gesunde Instinkt des Volkes auch dieser nichtswürdigen Intrige Herr werden und die Spreu der Agitation von dem gesunden Saatkorn der Tat und des guten Willens unterscheiden wird.

Das Nationale Zentrum wird seinerseits nicht verfehlen, den Prozeß der allgemeinen Einsicht zu beschleunigen, um den Geist des Volkes vor den Verführern, das polnische Heer vor den unterirdischen Intrigen und unsere Jugend, die unserm Vaterlande gern dienen möchte, vor falschen Lehrern und Beratern zu schützen. Möchte doch jeder tüchtige, brave Pole bei diesen Bemühungen auf unserer Seite sein!



Nr. 180 des Głos (Warschau)  
vom 21. Juli 1917

bringt eine Erklärung der Iza Moszczenska, in der es heißt, daß die Frauenliga der Kriegsbereitschaft, deren Begründerin und Vorsitzende sie sei, nichts gemein habe mit den in Warschau kolportierten Aufrufen, die von der Frauenliga der Kriegsbereitschaft unterzeichnet sind. Einer dieser Aufrufe ist an die Soldaten aller Regimenter und Kompagnien, der andere an die Bürger und Bürgerinnen gerichtet, beide aber drücken ihre Solidarität mit den Legionären aus, die den Eid nicht ableisten wollten. Nach Ansicht der Moszczenska aber „stand die Frauenliga der Kriegsbereitschaft seit Anfang ihres Bestandes unverrückbar auf dem Standpunkte, daß es Ehrenpflicht des Soldaten ist, dem Vaterlande treu zu dienen und seiner rechtmäßigen Regierung zu gehorchen. Da der Staatsrat, die allgemein anerkannte Vertretung des wiedererstehenden Polens, den Eid zu leisten anbefohlen hat, sind nur diejenigen, welche ihn geleistet haben, polnische Soldaten geblieben, und nur auf sie kann sich die Ehre und die Macht der Nation stützen. Für sie wird auch unsere Organisation arbeiten, bei dem Banner ausharrend, dem auch sie treu geblieben sind.“

(Aus Nr. 149 des Warschauer Tagesberichts vom 21. Juli 1917.)

Nr. 349 des Goniec (Warschau)  
vom 17. Juli 1917

veröffentlicht einen längeren Aufruf des Klubs der Anhänger eines polnischen Staatswesens in der Eidesfrage, der im Auszug lautet: „Die polnische Sozialistische Partei (P. P. S.) erließ einen Aufruf, in welchem sie zu beweisen sucht, daß der Prov. Staatsrat, der sich mit dem Text des von den polnischen Soldaten am 9. Juli d. Js. geleisteten Eides einverstanden erklärte, einen weiteren Schritt auf dem Wege der Willkür und Schande getan habe. Das Einverständnis mit dem Text des Eides erfolgte im Prov. Staatsrat vor einigen Monaten noch im Februar, und das Einverständnis war einmütig. Die damaligen Mitglieder des Prov. Staatsrats, Piłsudski und Kunowski, haben nicht nur nicht gegen den Eid opponiert, sondern als erste ihr absolutes Einverständnis mit demselben ohne Vorbehalt erklärt.“

„Die P. P. S. wendet sich gegen die Waffenbrüderschaft, aber haben nicht im Laufe von zwei Kampfsjahren die polnischen Legionen und sogar Piłsudski selbst in den schwersten Kämpfen diese Waffenbrüderschaft mit den Heeren der Mittelmächte aufrechterhalten?“

„In unserem Interesse liegt es, daß möglichst schnell eine polnische Armee entstehe — diese Grundlage des polnischen Staates. Diese Armee kann nur während des Krieges und nur im Einverständnis und mit Hilfe der Mittelmächte gebildet werden.“ „Eine durchaus notwendige Garantie für sie ist die Eidesleistung der Waffenbrüderschaft während des Krieges durch das polnische Heer. Eine Lüge ist die Behauptung der P. P. S., daß die Legionäre angeblich den Eid nicht geleistet hätten. Nur ein gewisser kleiner Teil von ihnen, der durch gewissenlose Agitatoren, die von Ententegebern leben, irregeleitet worden ist, verweigerte einstweilen die Eidesleistung.“ „Die Agitation gegen die Eidesleistung, oder die Verweigerung der Eidesleistung ist ein Verrat an Polen.“

(Aus Nr. 146 des Warschauer Tagesberichts vom 18. Juli 1917.)

Nr. 322 der Nowa Reforma (Kraśau)  
vom 14. Juli 1917

bringt eine vom 12. Juli datierte Korrespondenz aus Warschau, die die Angelegenheit der Vereidigung der Legionäre behandelt. Der Korrespondent unterzieht die Argumente, die sich gegen die Eidesleistung richten, einer eingehenden Kritik. Unter anderem wird das Argument widerlegt, daß nach Beschwörung „der Waffenbrüderschaft“ zu erwarten sei, daß das polnische Heer nicht zur Verteidigung des Landes, sondern auch an den anderen Fronten verwendet werden könnte. Das sei ein völlig unbegründeter, demagogischer „Trick“, „um so mehr, als ein Schreiben des Generalgouverneurs an den Staatsrat gelangte, welches irgendwelche Tendenzen und Möglichkeiten der „Ausfuhr“ der polnischen Armee bestritt.“ „Bezeichnend ist — sagt der Korrespondent —, daß die Krisis unmittelbar nach dem Austritt der Linken aus dem Staatsrat ausgebrochen ist. Solange sie in ihm (dem Staatsrat) war, war die Eidesformel gut, ja, es hat sogar nach Annahme der Formel, im Mai d. Js., der Führer der Linken sich zum Heeresdienst gemeldet. Im Momente aber, da die Linke aus dem Staatsrat ausgetreten ist, ist die Eidesformel schlecht geworden.“ (Hier folgt eine Zensurlücke.) Daraus folge, daß die Frage des Eides der Linken bloß dazu diene, einen längst gefaßten Plan durchzuführen. Die Etappen dieses Planes seien: die Legionen und dann den Staatsrat zu Falle zu bringen, eine Parteiregierung zu bilden und eine Diktatur einzuführen. „Die Aktion gegen die Vereidigung wurde zielbewußt in dem Momente gewählt, da der aktive staatschöpferische Apparat sich zu realisieren begann . . . Es ist kennzeichnend, daß auch im Herbst vorigen Jahres vor dem 5. November das Lager der Linken eine antimilitärische Aktion unternommen hatte (die Demissionsagitation in den Legionen.) Ebenso begann man auch heute, unmittelbar vor der Ermöglichung der positiven Arbeit des Staatsrats — eine Aktion zur Herbeiführung der Auflösung des Heeres. (Hierauf folgt eine Zensurlücke ungefähr von der Länge einer halben Spalte.)

(Aus Nr. 147 des Warschauer Tagesberichts vom 19. Juli 1917.)

Nr. 192 des Goniec Kujawski (Wloclawek)  
vom 16. Juli 1917

wendet sich in einem Leitartikel unter der Überschrift: „Nicht Zerstörer, sondern Erbauer!“ gegen Piłsudski. Dort heißt es unter anderem: Der zu neuem Leben erwachende polnische Staat muß sein eigenes Heer haben, und zwar ein Heer im eigentlichen Sinne dieses Wortes, nicht nur Scharen von begeisterten Freiwilligen. Den Stamm der Armee haben wir in den Legionen, deren Schöpfer Piłsudski war. Gewisse Kreise nahmen an, daß er auch die Armee organisieren werde. Offenbar besitzt er aber nicht die Eigenschaften eines großen Organisations. Wenn er diese und Neigung zur positiven realen Arbeit hätte, so hätte er sich Rechenschaft darüber abgelegt, daß unsere Mittel zu klein seien, um allein diese Aufgabe zu lösen. Er hätte dann Fühlung mit denjenigen Faktoren genommen, die diese Mittel besitzen und sie uns zur Verfügung stellen können. Er ist diesen Weg nicht gegangen. Er gehört offenbar zu den Leuten, die allem gegenüber blind sind, was sich nicht um sie herum konzentriert. Sie erkennen nur ihre eigenen Gedanken an, alles andere aber verneinen sie. Die Verneinung ist aber nicht am Platze, wenn man bauen und schaffen muß. Sein verneinender Geist würde sich vielleicht heute unter denen wohler fühlen, gegen welche er vor kurzem noch so erbittert gekämpft hat und bei denen die Empörung



den ersten Grundsatz bildet. Wir brauchen keine Empörer und Zerstörer, sondern Erbauer.

(Aus Nr. 146 des Warschauer Tagesberichts vom 18. Juli 1917.)

Nr. 179 des Glos (Warschau)  
vom 20. Juli 1917

bringt an erster Stelle einen eingekandten Artikel unter der Überschrift „Schaffen wir den Staat“, der eine Art Entgegnung auf den Artikel „Der Schulbige“ bildet. Der Artikel beginnt mit der Feststellung, daß Piłsudski sich als Organisator der polnischen Wehrmachtsbewegung in diesem Kriege unzweifelhafte Verdienste erworben habe und daß er mit Recht von der Jugend geehrt wurde. Seine Popularität ist begreiflich und verdient. Es genüge jedoch nicht, eine kriegerische Bewegung in die Wege zu leiten, man müsse auch eine reguläre Armee bilden, staatliche Institutionen schaffen; das könne aber nur die Frucht beständiger und großer Anstrengungen der ganzen Gesellschaft sein, die von einer Reihe von hervorragenden Männern verschiedenen Berufs geleitet wird. Alle diese Aufgaben übersteigen die Kraft eines Mannes, auch wenn er noch so populär wäre. „Piłsudski ist kein Mann der Politik und kann es nicht sein, weil Gott ihm kein politisches Talent, sondern ein anderes gab.“ Der in Bildung begriffene polnische Staat brauche bedachtame Staatsmänner, welche nicht mit der Popularität, sondern mit der wahren Sachlage rechnen und das wirkliche Kräfteverhältnis in Europa abzuschätzen wissen. Die, welche jetzt das Steuer des Staates führen, müssen, ebenso wie ein Cavour, den neuen und schwachen Staat durch entsprechende Bündnisse mit starken Nachbarn stützen. Einen anderen Weg, als den der realen Politik, gebe es für einen Staat nicht. Die heißesten patriotischen Gefühle können im historischen Momente die staatsmännische Einsicht nicht ersetzen. Diese Einsicht vertrete jetzt der Staatsrat, der eine halbjährige politische Erfahrung habe. Der Staatsrat solle auf dem Wege der Pflicht fortschreiten und sich durch die momentane Unpopularität nicht abschrecken lassen. Piłsudski repräsentiere jetzt bloß eine populäre Strömung, sei bloß Privatmann und könne nicht als Staatsmann angesehen werden. „Die eiserne Logik der Geschichte sagt klar, daß heute nur der Provisorische Staatsrat, zumal wenn er ergänzt werden und einige Gebiete der Staatsverwaltung übernehmen wird, der Vertreter des polnischen Staates sein kann und es unzweifelhaft in den Augen der ganzen Welt sein wird.“ Der Artikel schließt: Piłsudski wird seine Pflicht erfüllen, der Staatsrat wird seine, viel schwerere erfüllen, die polnische Armee aber... wird die Befehle ihrer rechtmäßigen Regierung und des künftigen Königs ausführen.“

(Aus Nr. 148 des Warschauer Tagesberichts vom 20. Juli 1917.)

Nr. 190 des Dziennik Lubelski (Lublin)  
vom 17. Juli 1917

bringt zur Eidesverweigerung der Legionäre folgenden Kommentar: „Die Heeresangelegenheit und die Regierungsfrage wurde gemeinsam behandelt, und diese zwei Sachen dürfen nicht und sollten nicht voneinander geteilt werden. Der Staatsrat habe vorerst (als noch die Linke für die Eidesformel war) die Situation so aufgefaßt, daß die Vereidigung des Heeres nur im Falle der Schaffung einer Regierung erfolgen kann. Ganz dasselbe war mit der Poln. Heeresorganisation die sich dem Provisorischen Staatsrat zur Verfügung gestellt hat, auch dort mußte der Staatsrat auf die Übernahme der Regierungsgewalt warten, bis sie die

Poln. Heeresorganisation mobilisieren würde. Der Staatsrat hat bisher nicht gewagt, diesen stillschweigenden Vertrag mit der Poln. Heeresorganisation aufzuheben, er tat es aber im Verhältnis zu den Legionen, da er auf die militärische Disziplin usw. rechnete. Die Sache gelang aber nicht — und der Staatsrat leidet unter den Konsequenzen seiner Tat.“ Das Blatt polemisiert dann weiter gegen die Piłsudski gemachten Vorwürfe und stellt fest, daß die seinerzeitige Ankündigung des Eintrittes Piłsudskis in das Heer nichts anderes bedeutete, als ein Mißtrauensvotum gegen den Staatsrat und seine Kompromißpolitik. Piłsudski wollte damit sagen, daß die politische Initiative vom Staatsrat wieder an das Heer übergehe. Piłsudski wurde aber damals nicht verstanden und „heute haben wir die Resultate“. Endlich warnt das Blatt vor den Angriffen gegen die Eidesverweigerer und meint, daß gerade in ihrem Lager die Helden von Łamzowek, Rafajłowa, Kosiuchowka sich befinden. Es sei verfehlt, diejenigen als die Verkörperung des polnischen Soldaten anzusehen, die von der Mehrheit des Offizierskorps und der Soldaten verpönt werden.

Aus Nr. 148 des Warschauer Tagesberichts vom 20. Juli 1917.)

Aus Nr. 351 des Goniec (Warschau)  
vom 18. Juli 1917.

#### An den vorläufigen Staatsrat.

Im Namen der „Frauenliga der Kriegsbereitschaft“ fordern wir, daß Piłsudski wegen Auswiegung des Heeres zum Aufruhr, wegen Verschacherung des öffentlichen Sache und wegen Landesverrats dem Gericht überwiesen werde. Die von ihm betörten Jünglinge müssen sich wegen ihrer in der Hypnose verübten Taten verantworten, er aber, der bewußt handelnde große Verbrecher, sollte den Händen der Gerechtigkeit entgehen? Hoher Rat! Zeige dich uns gegenüber als eine starke, gerechte Regierung.

Mit Hochschätzung

Die Vorsitzende: Margareta Starzyńska.

Die stellv. Schriftführerin: Marie Lopuszańska.

Warschau, den 17. Juli 1917.

Aus Nr. 201 der Deutschen Warschauer Zeitung  
vom 24. Juli 1917.

#### Die Festnahme Piłsudskis.

Der frühere Legationsbrigadier Herr Piłsudski ist in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag in Warschau in Haft genommen worden.

Unmittelbarer Anlaß zur Verhaftung war der Umstand, daß Piłsudski sich beim Überschreiten der Grenze des Königreichs Polen eines Reiseausweises bedient hatte, der sich bei näherer Prüfung als gefälscht erwies.

Man muß es lebhaft bedauern, daß ein Mann, der ein Symbol der Zukunft Polens werden wollte und es auch hätte werden können, schließlich doch nicht imstande war, den Weg aus der Vergangenheit in die Zukunft zu finden, den Weg aus den unterirdischen Konspirationen, die der jugendlichen Phantasie so teuer sind, zum offenen Schauplatz männlichen staatsbildenden Wirkens.

Eine Epoche, in der ein moderner, auf breiter demokratischer Grundlage aufgebaute polnischer Rechtsstaat vor aller Welt entstehen soll, ist keine Zeit für Theaterrequisiten eines Verschwörerromantismus, der durch so viel ausgezeichnete Männer in Polen verurteilt wurde — Männer aus allen politischen



Lagern, vom konservativen angefangen bis zum sozialistischen.

Mitten in der ersten Arbeit für den Wiederaufbau des Königreichs Polen sind zu politischen Zwecken gefälschte Reisescheine das Sinnbild von Zeiten, die in der Ferne der Vergangenheit zu verschwinden anfangen.

Im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit nicht nur den eigenen Völkern, sondern auch der polnischen Allgemeinheit gegenüber und im Interesse der Vertiefung des Rechtsgefühls bei dieser Allgemeinheit sind die Besatzungsbehörden entschlossen, unter keinen Umständen zuzulassen, daß sich in diesem Lande Verhältnisse herausbilden, die in keinen Rechtsstaat hineinpassen.

Dazu wird uns geschrieben:

In letzter Zeit haben besorgte polnische Patrioten wiederholt auch in der Presse ernstlich auf das unheilvolle Treiben des ehemaligen Legionsbrigadiers Piłsudski hingewiesen, der uneingedenk der Lebensbedürfnisse seines Vaterlandes und seiner dereinstigen grundlegenden Beteiligung am Aufbau des polnischen Heeres nunmehr in Verblendung auf die Zerstörung dieses Heeres hinzuarbeiten schien. Es ist bekannt, wie sein Bestreben darauf hienzielte und zwar mit starkem Erfolge, die wehrfähige Jugend Polens vom Eintritt in das polnische Heer abzuhalten und der von ihm geleiteten, ihm blind ergebenen P. D. W. (Polska Organizacja Wojskowa, Polnische Heeresorganisation) zuzuführen. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob auch auf diesem Umwege, wenn auch mit Verzögerung, so doch überhaupt die Sache des polnischen Heeres fortentwickelt werde; es konnte damit gerechnet werden, daß die P. D. W. als solche im polnischen Heere aufgehen werde. Neuerdings ist ein völliger Umschwung eingetreten. Die P. D. W. ist infolge ausdrücklicher Weisung ihrer Leitung zur vollständigen Geheimbündelei zurückgekehrt und hat in ihrer politischen Richtung ihre Spitze gegen Rußland verloren, dagegen gegen die Zentralmächte entschieden Front gemacht. Sie ist im Begriffe gewesen, einen verborgenen Staat im Staate zu bilden und das ohnehin hart geprüfte Land noch zum Schauplatz revolutionärer Unruhen zu machen. Inwieweit dabei Ententeinflüsse mit im Spiele gewesen sein mögen, kann dahingestellt bleiben. Es sei aber hervorgehoben, daß, wie bekannt, laut Pressenachrichten Herr Piłsudski vor kurzem zum Ehrenpräsident polnischer Konferenzen in Petersburg gewählt und dort zum Befehlshaber der polnischen Truppen auf russischer Seite bestimmt ist. Daß Herr Piłsudski Veranlassung genommen hätte, in irgendeiner Form hiergegen Widerspruch zu erheben, ist dagegen nicht bekannt geworden. Wohl aber ist, wie wir hören, festgestellt worden, daß Herr Piłsudski vor kurzem bei Überschreitung der Grenze des Königreichs Polen sich eines offenen Befehls des Legionskommandos bedient hat, den tatsächlich das letztere nicht ausgestellt hat. Es scheint, daß Herr Piłsudski auf der Bahn von verdienten Patrioten und ruhmreichen Soldaten zum Abenteuer nur allzu schnell fortgeschritten ist.

So bedauerlich es ist: es muß betont werden, Herr Piłsudski hat es selbst unabweisbar gemacht, sein Vaterland vor einer weiteren Schädigung durch ihn, deren Folgen unabsehbar sein könnten, zu schützen. Daß auch die militärische Sicherheit im Rücken der in schwerem Ringen an der Ostfront stehenden verbündeten Truppen ein weiteres Dulden dieses Zustandes nicht zuließ, sei nur nebenbei erwähnt. Das Kaiserliche Generalgouvernement hat sich deshalb genötigt gesehen, nachdem bereits eine Anzahl der namhafteren Führer der P. D. W. in den letzten Tagen festgenommen ist, nunmehr sich der Person des Herrn

Piłsudski und seines ehemaligen Stabschefs und Gehilfen in der Leitung der P. D. W. Sosnkowski zu versichern. Wie verlautet, sollen beide bis auf weiteres in einer deutschen Festung interniert werden.

Aus Nr. 857 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien) vom 22. Juli 1917.

### Protest der Liga des polnischen Staatswesens gegen die russische Offensive.

Obgleich die von der russischen Armee an der russischen Front unternommene Offensive gegen die Mittelmächte gerichtet ist, so berührt sie mittelbar doch das polnische Volk, dem die provisorische Regierung das Recht unabhängigen Daseins zuerkannt hat.

(Wiewohl weder der Akt vom 5. November, noch die Deklaration vom 30. März die Grenzen des proklamierten polnischen Staates näher bestimmt, so ist damit nicht gesagt, daß diese nicht auch Galizien umfassen, namentlich nach der Auffassung derjenigen, die die Losung der Vereinigung der polnischen Lande auf ihre Fahne geschrieben haben.)

Das Vordringen des russischen Heeres in der Richtung nach Lemberg ist also nichts anderes, als das Bestreben Rußlands, territoriale Eroberungen auf Kosten (unseres Besitzstandes zu machen.

Das ist ein absolut feindlicher Akt gegen Polen.) Wie läßt sich dieses Vorgehen mit der schwülstigen Ankündigung der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes vereinbaren? Wie verträgt es sich mit dem feierlich verkündigten Grundsatz: „Keine Eroberungen?“

Am Ende des dritten Jahres dieses Weltkrieges steht das polnische Volk ebenso wehrlos da, wie im Anfange des Krieges. Es ist fortwährend Gegenstand des Feilschens und des Ringens der benachbarten Mächte. Sein Land geht fortwährend aus einer fremden Hand in die andere über. Auf seinen Willen wird von keiner Seite Rücksicht genommen. (Seine ihm auf dem Papier eingeräumte Selbständigkeit wird in Wirklichkeit von niemandem geachtet.)

Gegen diese Gewalttätigkeiten erheben wir unsere Stimme des Protestes! Wir verlangen die Innehaltung der bezüglich des polnischen Volkes eingegangenen Verpflichtungen. Wir verlangen eine tatsächliche Anerkennung des polnischen Staates und die Achtung seines Gebietes!

Da wir bis dahin leider noch keine eigene Armee besitzen, können wir der brutalen physischen Macht nur unser moralisches Recht auf Unabhängigkeit gegenüberstellen, das heute schon von der ganzen Welt festgestellt ist.

Im Namen dieses Rechts protestieren wir gegen den weiteren Krieg auf polnischem Boden.

Warschau, den 14. Juli 1917.

Die Liga des polnischen Staatswesens

Die eingeklammerten Stellen sind in Nr. 3651 der Lemberger „Gazeta Wieczorna“ vom 18. Juli 1917 gestrichen.

Dem obigen Protest fügt die „Gazeta Wieczorna“ ihrerseits noch hinzu:

„Dieser Protest — es ist klar — enthält nicht einmal die illusorische Macht, das Vordringen des russischen Heeres aufzuhalten, wohl aber kann er für die Zukunft ein wertvolles Dokument darstellen, das darauf hinweist, daß gewisse politisch-polnische Gruppen, wenn auch nicht mit den Waffen, so doch mit Worten die Unantastbarkeit des polnischen Gebietes festgestellt haben, die schon durch vielfache Aussprüche der kämpfenden Mächte bestätigt wurde.



Sicherlich hat nur dieser — und kein anderer — Gedanke die Urheber dieses Protestes zu diesem Schritte bewogen.“

Aus Nr. 84 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)  
vom 19. Juli 1917.

### Unabhängigkeit.

Die „Gazeta Grudziadzka“ berichtet über die Unabhängigkeitsbewegungen in der Ukraina und in Finnland und knüpft daran folgende Betrachtungen:

Diese Nachrichten müssen unter uns Gefühle der Befriedigung erwecken, da wir sehen, daß die Völker von ihrem natürlichen Selbstbestimmungsrechte Gebrauch zu machen beginnen. Wenn wir aber das Vorgehen dieser Völker mit dem Vorgehen des polnischen Volkes vergleichen, dann müssen diese Nachrichten in unseren Seelen Wehmut erwecken. In der Ukraina und in Finnland erblicken wir sogar unter der Drohung der russischen Bajonette Taten, große Taten. Auf polnischer Seite haben wir bis dahin aber nur große — Phrasen, große Worte gehört, aber von großen Taten wagt kaum jemand zu träumen. Die Ukraina, die eigentlich keinen Augenblick unabhängig war, verkündigt jetzt ihre Unabhängigkeit, und in gleicher Weise verkündigt auch der Landtag von Finnland die Unabhängigkeit dieses Landes, dessen Selbständigkeit stets ziemlich beschränkt war. Polen dagegen, das sich einst als ein großer Staat des vollen Lebens eines unabhängigen Staates erfreute, eines glänzenden und ruhmvollen Lebens, konnte sich niemals dazu aufraffen, wozu sich jetzt tiefer stehende Völker entschließen. Polen konnte sich bisher zur Verkündigung seiner Unabhängigkeit nicht aufraffen, zu deren Erlangung es in der Vergangenheit schon wiederholt heldenmütig zu den Waffen gegriffen hat.

Wir müssen uns unwillkürlich immer wieder fragen: Ist das polnische Volk, dieses große, ruhmreiche Volk wirklich so weit heruntergekommen, daß es tatsächlich Hals über Kopf dieser Handvoll von Wühlern folgte, die neuerdings schon wieder die Lösung ausgegeben haben: „Ruhig sitzen und nichts tun“, die — was noch schlimmer war — den Gedanken an ein unabhängiges Polen bekämpften und verachteten, die die Unabhängigkeitsbewegung einen Zetisch- oder Gözendienst nannten! Hat das polnische Volk sich wirklich von einer Handvoll von Feiglingen verführen lassen, die zur Schande Polens in einen gemeinen, äußersten Materialismus versunken sind, die es gewagt haben, die Helden von Kositzko anzuspotten, die es gewagt haben, denjenigen, die die gemeinen Feiglinge beschämt und dem Vaterlande Blut und Leben geopfert haben, die Ehre und den Glauben abzuspochen!

Wir können nicht glauben, daß Polen sich von diesen verführen lassen wird.

Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes nur in einen verhängnisvollen Halbschlaf verfallen ist, aus dem sie erwachen muß, um dieser Handvoll, von Materialismus durchdrungenen Feiglingen eine weitere Schändung des polnischen Namens vor der Welt halt zu gebieten.

Vor einigen Monaten haben wir geschrieben, daß Polen selbst aus sich seine Unabhängigkeit verkündigen mußte. Das wäre jetzt um so leichter, als die Mittelmächte in dem Abte vom 5. November Polen diese Unabhängigkeit versprochen haben und auch die vorläufige russische Regierung in ihrem bekannten Aufrufe Polen die Selbständigkeit eingeräumt hat. Heute braucht daselbe nur wiederholt zu werden.

In Wirklichkeit würde eine Verkündigung der Unabhängigkeit in der gegenwärtigen Lage Polens wenig oder gar nichts ändern. Die Okkupation würde

so bestehen bleiben, wie sie ist, obgleich wir überzeugt sind, daß die Okkupationsbehörden die Übergabe der Regierung an die polnische Staatsgewalt aus eigenem Antriebe beschleunigen und nur denjenigen Teil der Gewalt in ihrer Hand behalten würden, der im Interesse der Okkupation unumgänglich notwendig ist.

Formell würde die Verkündigung der Unabhängigkeit seitens Polen selbst eine sehr große Bedeutung haben. Die Welt würde vor eine vollendete Tatsache gestellt werden, und in der Politik haben nur vollendete Tatsachen einen Wert.

Falls Polen seine Unabhängigkeit jetzt noch selbst ausrufen, dann würde die polnische Frage in ihrem ganzen Umfange nicht mehr vor den Friedenskongreß gelangen. Und wir wiederholen: Wehe Polen, wenn seine Sache in ihrem ganzen Umfang auf die trügerischen Wogen des Friedenskongresses gelangen und Polen ein Handelsobjekt werden sollte! Es war noch kein Beispiel auf der Welt, daß sich das Schicksal irgend eines Volkes so gestaltet hätte, wie es die Träumer jenes Volkes sich wünschten. Weshalb sollte man annehmen, daß gerade Polen das große Los gewinnen sollte?

Mögen diejenigen, die es angeht, auf der Wacht sein, daß die großen Vorteile, deren das polnische Volk teilhaftig geworden ist, nicht verloren gehen! Wir wollen nüchtern bleiben und uns nicht mit dem Alkohol — der Träume berauschen.

Wir wiederholen noch einmal: Möge Polen beizeiten seine Unabhängigkeit selbst ausrufen!

Gebe Gott, daß wir dereinst nicht sagen müßten — zu spät!

Aus Nr. 163 des Kraj (Lissa i. P.)  
vom 21. Juli 1917.

### Warschau — Lublin.

Der vorläufige Staatsrat hat nach seinem Beschluß in der Gesamtsitzung vom 7. d. Mts. das Projekt der österreichisch-ungarischen Besetzungsbehörden betreffend die Selbstverwaltung der Kreise in dem österreichischen Besetzungsgebiet angenommen. Er ging hierbei von der Voraussetzung aus, daß durch diese Annahme die Einführung der notwendig gewordenen Reformen werde beschleunigt werden. Er hat gleichzeitig beschlossen, unverzüglich ein einheitliches Projekt für das ganze Land auszuarbeiten.

Diese Haltung des Staatsrates gegenüber einer der brennenden Fragen im Königreich Polen fand keine Gnade in den Augen eines Teils der polnischen Presse. Es wird dem Staatsrat der Vorwurf gemacht, daß er durch die Annahme des österreichisch-ungarischen Projekts, wenn auch nur mit Rücksicht auf die „Einführung der notwendigen Reformen“, den Grundsatz der Unteilbarkeit des Königreichs Polen aufgegeben habe. Der Staatsrat habe, als er das Projekt der Selbstverwaltung, das nur für das österreichische Besetzungsgebiet bestimmt war, bestätigte, die Teilung des Landes in zwei Besetzungsgebiete angenommen und sich auf diese Weise mit dem gegenwärtigen Tatbestand einverstanden erklärt. Er habe sich infolgedessen als die vorläufige, für das ganze Königreich Polen ernannte polnische Regierung, der es doch obliege, die Unteilbarkeit dieses Königreichs zu wahren, in Gegensatz zu seiner eigenen Aufgabe gestellt. Außerdem habe er gegen die historischen Überlieferungen gehandelt, auf die sich der Akt vom 5. November hauptsächlich stütze.

Angeichts dieser Vorwürfe ist festzustellen, daß der Staatsrat das Projekt der Selbstverwaltung für einen Teil des Landes mit der gleichzeitigen Entschließung angenommen hat, daß er unverzüglich ein einheitliches Projekt für das ganze Land auszuarbeiten werde.



Die Haltung des Staatsrates liefert also wiederum Stoff zur Unterhaltung über das Thema: „Entweder alles, oder gar nichts“.

Da wir schon oft und deutlich genug unseren Standpunkt gegenüber diesem polnischen Maximalismus auseinandergesetzt haben, so ersparen wir uns heute jede weitere Bemerkung in dieser Frage. Für unseren Teil billigen wir den Beschluß des Staatsrats, und wir erwarten auch zuversichtlich, daß der Staatsrat die Ausarbeitung eines einheitlichen Projektes für das ganze Land in der Weise beschleunigen wird, daß in Kürze auch in dem deutschen Besetzungsgebiet die Selbstverwaltung für die Kreise eingeführt wird.

Die ganze Angelegenheit müßte nach unserer Ansicht Anlaß zu der Forderung geben, daß die Trennung des besetzten Landes in die zwei Gebiete: Warschau — Lublin endlich beseitigt werde.

Indem wir dieses durchaus berechtigte Verlangen hier zur Geltung bringen, berufen wir uns auf das Urteil Friedrich Naumanns, das er in seiner Broschüre: „Was wird aus Polen?“ zum Ausdruck bringt.

Die Besetzungsbehörden im Königreich Polen haben doch wohl Erfahrungen genug gesammelt, um sich zu überzeugen, wie viel Sorgen ihnen die Politik „des Schwankens und des Zauderns“ bis dahin bereitet hat.

Deswegen liegt es sowohl im Interesse der Mittelmächte, als auch im Interesse der Polen, daß die Grenzlinie zwischen Warschau und Lublin möglichst bald aufgehoben werde. Das Königreich Polen, und hauptsächlich das deutsche Besetzungsgebiet befindet sich nämlich in einer furchtbaren Not infolge des Mangels an Nahrungsmitteln. Und schuld daran ist zum großen Teil die unglückselige Trennung des Landes in zwei Besetzungsgebiete. Außerdem gibt diese Trennung viel Anlaß zu unnützen Reibereien und ganz überflüssigen Konflikten.

Den Besetzungsbehörden muß es doch darauf ankommen, sich die Sympathien der Bevölkerung des besetzten Landes zu erwerben, und ihre Aufgabe ist es doch, die Ernährungsnot im Königreich Polen zu lindern.

Die geringen Vorteile aber, welche die Trennung des Landes den Besetzungsmächten vielleicht gebracht hat, sind verschwindend angesichts des Schadens, der durch diese Trennung der gemeinsamen Sache zugefügt wird.

Deswegen ist es die höchste Zeit, daß die Schwierigkeiten auf der Linie „Warschau—Lublin“ möglichst bald beseitigt werden. E s k a.

Aus Nr. 197 der „Deutschen Warschauer Zeitung“ vom 20. Juli 1917.

### Die Verlegung der Sperrlinie im Generalgouvernement Warschau.

Seit Mitte vorigen Jahres besteht im Gebiet des Generalgouvernements, quer durch dasselbe von Nord-Osten nach Süd-Westen verlaufend, eine militärisch besetzte Sperrlinie. Ihre Aufstellung ist eine Kriegsnotwendigkeit; sie dient zur Prüfung und Sicherung des Verkehrs zwischen der deutschen Reichsgrenze und der Kampffront. Neben anderen Aufgaben liegt ihr die Kontrolle der sie überschreitenden Personen und des Warenverkehrs ob. Durch Fahndung nach Verbrechern und vagabondierenden Elementen dient sie weiterhin allgemein der Sicherheit des Landes und seiner Bewohner. Die zunehmende Lebensmittelnappheit hat der Sperrlinie ferner ganz besonders die Unterdrückung des überhandnehmenden Warensmuggels zugewiesen, welcher die Lebensmittelpreise in der nachteiligsten Weise beeinflusst.

In ihrer gegenwärtigen Lage durchschneidet die Sperrlinie auf der Strecke zwischen Sieradz und

Modlin mehrere wirtschaftlich eng zusammengehörende Kreise, deren Interessen einen fast ununterbrochenen Verkehr über die Sperrlinie erfordern. Der große, auf eine beschränkte Zahl von Übergängen geleitete Verkehr muß hier infolge der Kontrollvorschriften zeitweise unerwünschte Verzögerungen erleiden, während die Kontrolle selbst erschwert ist. Wie wir hören, ist deshalb einem von vielen Seiten geäußerten Wunsche zufolge seitens des Generalgouvernements für den 1. August d. J. die Verlegung des genannten Teiles der Sperrlinie an die Südgrenze der Militär-gouvernements Lodz, Grodzisk und Warschau in Aussicht genommen, wo infolge der günstigeren geographischen und Wirtschaftsverhältnisse sich die Aufgaben der militärischen Sperrlinie mit geringstmöglicher Beeinträchtigung des rechtmäßigen Verkehrs vereinen lassen werden.

\*

Die vorstehende offiziöse Bekanntgabe über die Verlegung der Sperrlinie im Generalgouvernement ist so klar gehalten, daß sie eigentlich keiner weiteren Zusage bedarf. Es ist der Grund und Zweck der „Sperrlinie“ dargelegt, wonach sich die mancherlei mythischen Vorstellungen, die man mit diesem Begriff verbindet, berichtigen können. Wie weit verbreitet derartige falsche Vorstellungen sind, kann man daraus ermessen, daß sogar die galizische Presse eine die Tatsachen stark entstellende Darstellung der Aufgabe dieser Sperrlinie gebracht hat. Sie glaubte, diese mit der zukünftigen Grenze des Königreichs Polen identifizieren zu müssen. Wie unhaltbar eine solche Vorstellung ist, erhellt schon daraus, daß die deutsche Verwaltung diese Sperrlinie um ein erhebliches „verlegt“, was sich in jenen phantasiereichen Köpfen als eine „Grenzberichtigung“ darstellen würde.

Eine solche kann aber schon aus dem Grunde nicht angenommen werden, weil das Königreich Polen ja noch gar keine Grenze hat, die sich „berichtigen“ ließe.

Wie die Proklamation der Zentralmächte vom 5. November 1916 ausdrücklich erklärt, kann die Festsetzung der Grenzen des Königreichs erst bei einem Friedensschluß erfolgen.

Nr. 194 des Przegląd Wieczorny (Warschau) vom 20. Juli 1917

bringt eine Verlautbarung des politischen Departements des Staatsrates, welches über die Wirksamkeit der beim politischen Departement bestehenden Kommission für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen sowie der im Auslande internierten Bürger des Königreichs Polen Bericht erstattet. Der Kommission gehören an als Vertreter des politischen Departements des Staatsrates der Vizedirektor des Departements Ramieniecki, das Mitglied des Departementsrats Zbrowski, der juristische Referent Mazurkiewicz und der Bureauchef Stojewski. Außerdem gehören der Kommission Vertreter des polnischen Komitees der Fürsorge für die Kriegsgefangenen, des Komitees der Obhut über die Kriegsgefangenenlager (darunter Graf A. Komier) und des Vereins der Hilfeleistung an Kriegsbeschädigte (darunter A. Parczewski) an. Die Kommission beschäftigte sich mit der Angelegenheit den Sendung von Paketen an die Zivilgefangenen und Arbeiter, der Sendung von Zeitungen an die Kriegsgefangenen, die sich in Österreich-Ungarn befinden, mit der Frage der Linderung der Lage der Kriegsgefangenen in Steinbrück und ihrer Überführung in die polnischen Lager, der Linderung der Lage der im okkupierten Teile Frankreichs Arbeitenden, mit der Angelegenheit der Kriegsgefangenen in der Türkei sowie der von Bulgarien entlassenen Kriegsgefangenen.



In allen diesen Angelegenheiten hat die Kommission entsprechende Anträge ausgearbeitet, die, nachdem sie vom politischen Departement angenommen worden sind, auf den entsprechenden Amtsweg gelenkt wurden. Die Kommission steht in Fühlung mit dem Krafauer Komitee zur Fürsorge für die Kriegsgefangenen, mit der Kriegsgefangenen-Zentrale in Berlin und mit polnischen Institutionen im Auslande, die sich mit den Angelegenheiten der Kriegsgefangenen befassen.

(Aus Nr. 149 des Warschauer Tagesberichts vom 21. Juli 1917.)

#### Nr. 193 der Godzina Polski (Lodz)

vom 17. Juli 1917

bringt einen Leitartikel unter der Überschrift: „Ein unabhängiger jüdischer Staat“, welcher an die Nachricht anknüpfend, daß Wilson eine besondere Kommission für das Studium der Palästinafrage eingesetzt habe, die Bedeutung der zionistischen Lösung der Judenfrage für Polen hervorhebt. Das Blatt drückt die Ansicht aus, daß eine günstige Lösung der Frage des Wiederaufbaus des jüdischen Staates unzweifelhaft in bedeutendem Grade zur günstigen Lösung der jüdischen Frage in Polen beitragen würde. In Polen sei der Herzliche Zionismus auf Abwege geraten, die Zionisten in Polen haben, statt nach der Verwirklichung dieser Idee zu streben, ihre Bestrebungen darauf gerichtet, aus Polen ein „Zwei-Nationalitäten-Land“ — ein Judo-Polen zu machen, was das Judenproblem in Polen sehr verschärft hat. Die jetzt aufgenommene Idee der Wiederbelebung des jüdischen Palästinas werde auch den Zionismus in Polen auf die richtige Bahn bringen. „Daß die Bestrebungen zur Wiedererweckung des unabhängigen jüdischen Staates in der polnischen Nation jede Unterstützung finden werden, braucht nicht erst bewiesen zu werden.“

(Aus Nr. 146 des Warschauer Tagesberichts vom 18. Juli 1917.)

#### Aus dem Auslande.

Aus Nr. 334 des Czas (Kraau)

vom 21. Juli 1917.

#### Eine Rede des Herrenhausmitgliedes St. Rozmian.

In der Sitzung des Herrenhauses am 20. v. M., hielt das Herrenhausmitglied St. Rozmian folgende Ansprache:

Hohes Haus! Gestatten Sie, geehrte Herren, daß ich am Schlusse dieser Beratungen einige Worte spreche, die zwar nicht mit der Tagesordnung in unmittelbarem Zusammenhange stehen, doch den Krieg und das betreffen, was für unsere zukünftigen Versammlungen stets eine wichtige Aktualität sein wird. Wollen Sie, meine Herren, dem ältesten Anhänger und Verteidiger der polnisch-österreichischen Politik und der österreichisch-polnischen Weltanschauung kurze Zeit Gehör schenken. In diesen die Welt erschütternden Ereignissen, Kämpfen und Umwälzungen hat jeder Pole nicht bloß die Pflicht, sondern auch das Recht, über die Verbesserung, Sicherung und Stärkung des Daseins seines Volkes zu wachen und nach dieser Richtung hin zweckdienliche Vorkkehrungen zu treffen. Ich bin fest und unerschütterlich überzeugt, daß dieses bessere Dasein mit der Sicherheit, der Macht und der Zukunft der Habsburger, der Monarchie und Österreichs unzertrennlich verbunden ist. Es wäre aber auch gefährlich, die Bedeutung der polnischen Frage für die Monarchie zu unterschätzen. Das hat schon ein vortrefflicher Staatsmann, der Berichterstatter des Haushaltsausschusses dieses Hauses, verstanden, als er mit ausgezeichnetem politischen Urteil erklärte, daß er für eine Vereinigung des Königreichs Polen mit der Monarchie gewesen sei.

Als in der Zeit der letzten fünfzig Jahre das polnische Volk, von seinen Feinden unterdrückt und bisweilen schrecklich verfolgt, von seinen Freunden verlassen und vergessen war, hat es in dieser Monarchie nicht bloß ein sicheres Unterkommen, sondern auch die Möglichkeit eines nationalen Daseins und einer weiteren Entwicklung gefunden. Der edelmütige Monarch, dessen Andenken jedes polnische Herz dankbar bewahren wird, berief polnische Staatsmänner zur Regierung und dadurch auch zur Teilnahme der Geschäfte Europas. Und es entstand eine musterhafte Verschmelzung der Polen mit der Dynastie, mit dem Staate.

Das darf auf beiden Seiten nicht bloß eine geschichtliche Erinnerung sein; das hat einen politischen Wert, den man schätzen und mit dem man rechnen muß, und das obligiert. Das war für mich ein hinlänglicher Grund, die polnischen Legionen in der österreichisch-ungarischen Armee zu belobigen. Ihre Tapferkeit hat sie — Gott sei Dank — mit Ruhm bedeckt; sie haben die Anerkennung zweier erhabener edler verbündeter Monarchen und zweier ruhmreicher Armeen gefunden, die in allen Ländern tapfer und unerschütterlich wie die römischen Legionen kämpften, die von neuem siegreich mein schwer heimgesuchtes Land beschützen. Dafür sei Ihnen Ehre und Dank! (Beifall.) Daraus, was ich gesagt habe, folgere ich, daß es eine wohlverstandene Pflicht der Polen ist, den staatlichen Notwendigkeiten unbedingt Genüge zu leisten, insbesondere in der Zeit des Kampfes um das Dasein und die Sicherheit der Monarchie, in der Zeit des Krieges mit Rußland. Mit allen polnischen Mitgliedern dieses Hauses habe ich auch für das Haushaltungsprovisorium gestimmt, zum Glück endgültig zusammen mit dem polnischen Klub des anderen Hauses. Auch in der Zukunft werde ich ohne Bedenken und ohne Vorbehalt für die Staatsnotwendigkeiten stimmen. Für die Kriegsgewinnsteuer habe ich schon gestimmt und werde dafür auch fernerhin stimmen. Möge sie nach innen und nach außen zum Siege der guten Sache beitragen!

Nur von dem Siege der Mittelmächte erwarte ich für mein Volk ein besseres, seiner geschichtlichen und ethischen Bestimmung entsprechendes Dasein. Dasselbe gilt von der Sicherung der Grenzen der Mittelmächte. Alles andere betrachte ich in diesem Augenblicke als untergeordnet. Aber noch weiter. Die reale Politik sollte sich auf die Tatsache stützen, daß große Gebiete polnischen Landes durch die Armeen der Mittelmächte von den russischen Jochen befreit worden sind und sich im Besitze dieser Mächte befinden, so daß die Polen nur mit diesen ihrer Zukunft entgegengehen können. Eine Politik, die sich auf eine andere Grundlage stützt, würde ich als Phantasterei erachten. Ich glaube an den Stern Österreichs. Als Katholik, Pole und Österreicher vertraue ich auf unseren großmütigen Kaiser. Ich fühle mich glücklich, daß es mir vergönnt ist, unter seinem Zepter zu leben.

Diese wenigen Worte sind das Glaubensbekenntnis eines Polen, der mit Leib und Seele seinem Volke zugetan ist, die Sorge um dessen Zukunft fühlt, gleichzeitig aber auf das Wohl und die Macht der Monarchie bedacht ist. Das ist ein Programm, von dem ich hoffe, daß der allmächtige Gott es für gut befinden wird. (Andauernder Beifall. Die Mitglieder dreier Gruppen und die Polen beglückwünschten den Redner.)

Aus Nr. 163 des Glos Narodu (Kraau)

vom 12. Juli 1917.

#### Gründung eines zwischenparteilichen Verbandes.

Wir haben folgende Mitteilung erhalten: Da wir ohne Vorbehalt auf dem Boden der Beschlüsse des Landtagsklubs vom 28. Mai 1917 stehen und nach deren Verwirklichung streben, hat die polnische Volks-



partei, die nationaldemokratische Partei und die Organisation der nationalen Vereinigung nach einer in den gemeinschaftlichen Beratungen vom 25. Juni, vom 2. und 9. Juli 1917 erzielten Verständigung beschlossen, sich zwecks Vereinheitlichung und Konsolidierung der allgemeinen polnischen Politik sowohl innerhalb der Volksgesamtheit, als auch unter den von dieser gewählten parlamentarischen Vertretern und zur Unterordnung aller Sonderbestrebungen und Interessen in der gegenwärtigen geschichtlichen Zeit unter dieses Ziel in einen zwischenparteilichen Verband zu vereinigen.

Die polnische Volkspartei.  
Die national-demokratische Partei.  
Die nationale Vereinigung.

Aus Nr. 330 des Kurjer Lwowski (Lemberg)  
vom 16. Juli 1917.

### Nationale Vereinigung.

Wir erhalten folgende Mitteilung:

Die polnische Frage hat bereits der allgemeine Krieg entschieden. Wie das neue Polen, seine Macht, seine spätere Geschichte und sein Wert für die Welt sein werden, darüber wird die eigene Volksgesamtheit entscheiden.

Der Volksgesamtheit sind daher in diesem Augenblicke alle Kräfte zur Arbeit erforderlich, der sich niemand entziehen darf, der das von unseren Vätern und Großvätern ersehnte Glück erlebt hat, das erstehende Vaterland schauen zu können.

Wegen Mangels an einer Organisation sind bisher für die Sache der nationalen Initiation und die Arbeit viele tüchtige, schöpferische Kräfte noch nicht vollständig ausgenutzt.

Diese Kräfte sammeln wir auf die Aufforderung breiter Kreise hin und geben ihnen in der „Nationalen Vereinigung“ ein Arbeitsfeld.

Unser Programm ist die Mitwirkung an der Wiedererrichtung eines vereinigten, unabhängigen Vaterlandes auf demokratischer Grundlage, auf reinen Wegen, in Gehorsam gegen den Willen des ganzen Volkes, in Anhänglichkeit an die Vergangenheit und im Schutze der eigenen billigen Rechte im Geiste der Gerechtigkeit gegen andere Völker.

Wir gründen keine neue Partei, um die Volksgesamtheit nicht zu teilen und zu zersplittern, sondern wir haben im Gegenteil durch den Zusammenschluß wertvoller Einzelpersonen das Zustandekommen des zwischenparteilichen Verbands erleichtert. Unser Bestreben ist, alles, was gut und stark ist, diejenigen zusammenzuschließen, denen „salus rei publicae“ die erste und höchste Aufgabe sein soll.

Mit dem aufrichtigen Willen, dem Vaterlande zu dienen, beginnen wir unsere Arbeit.

Krakau, Lemberg, den 10. Juli 1917.

(Unterschriften.)

Aus Nr. 195 (1733) der Gazeta Poranna (Warschau)  
vom 19. Juli 1917.

### Der „Zwischenparteiliche Verband“.

Vorgestern brachten wir die Nachricht von der Organisation einer politischen Verschmelzung in Galizien unter dem Namen „Zwischenparteilicher Verband“, dem vorläufig drei Parteien beigetreten sind, und zwar die der Volksparteier, der National-Demokraten und der neuen Gruppe der „Nationalen Vereinigung“.

Wie der Warschauer „Głos“ zugibt, ist dies ein Erfolg der Warschauer „Zwischenparteilichen Fraktion“. Dasselbe Blatt schreibt, daß „gegenwärtig ein offizielles Dokument der „Vereinheitlichung“ der Politik der ein-

heitlichen Front zwischen Galizien und dem Königreiche hinzukomme. Die zwischenparteiliche Idee hat auf galizischem Boden Eingang gefunden.“

Die Tatsache dieser Konsolidierung der nationalen öffentlichen Meinung und Politik können wir in der Tat mit Befriedigung unterstreichen.

Nach den im Mai gefaßten Krakauer Beschlüssen, die eine epochemachende Entscheidung in der galizischen Politik geworden und zugleich ein deutlicher Beweis des vollständigen Bankrotts der Lösungen des Obersten National-Komitees sind, erwies sich die Befestigung der elementaren Stimmung in einem starken Programm und in einer straffen festen Organisation als notwendig.

Die polnische Volkspartei und die galizische National-Demokratie sind durch ihre Tätigkeit in ganz Polen bekannt. Eine neue Gruppierung in Galizien ist die „Nationale Vereinigung“, die ihr Gegenstück im Königreiche hat. Da wir ihr Programm schon gebracht haben, wollen wir heute nur auf die breite Verzweigung dieser Gruppe hinweisen, die von Krakau bis Lemberg reicht, und einige Namen ihrer Vertreter unterstreichen.

Franz Bujak ist Professor der jagiellonischen Universität, ein hervorragender Geograph, Ethnograph und vortrefflicher Kenner der sozial-wirtschaftlichen Verhältnisse in Galizien, denen er ein großes, in seiner Art einziges zweibändiges Werk gewidmet hat. Die Herrn Sentyś und Surzycki, bekannte Sozialpolitiker, sind ebenfalls Professoren der Krakauer Universität — in der landwirtschaftlichen Fakultät. Dr. Thomas Janiszewski, Oberarzt in Krakau, ist einer der tüchtigsten Ärzte in Polen, Dr. Anton Jurasz, Professor der Universität, ist ein hervorragender polnischer Laryngologe, Direktor Stefczyk ist ein bekannter Volkswirtschaftler und der Gründer des riesigen Netzes der Raiffeisenkassen in ganz Galizien, Eugen Komer, Professor der Universität, ist unser größter Geograph, und die Herrn Cienśki, Rayzki und Professor Rajznica sind erprobte Abgeordnete und Politiker aus dem Lager des „Zentrums“ im polnischen Landtag.

Wenn wir außerdem erwägen, daß der einflußreiche, politischgeschulte und aufgeklärte Episkopat Galiziens dieser neu erstandenen Vereinigung eine Sympathie entgegenbringt, dann stellt sich die neue „Konsolidation“ als eine weittragende und sehr ernste nationale Tat dar, die der Ausdruck der besten, unabhängigen öffentlichen Meinung im ganzen Lande ist.

Nr. 176 des Głos (Warschau),  
vom 17. Juli 1917

nimmt im Artikel „Die galizischen Zwischenparteiern“ zum „Zwischenparteilichen Verband“, der sich in Galizien gebildet hatte, und dem die Polnische Volkspartei, die Nationaldemokratie und die neu erstandene „Nationale Vereinigung“ angehören, Stellung. Das Blatt sieht in der Bildung eines galizischen Interparteilichen Verbandes „das einfache Resultat einer mechanischen Unterordnung unter Warschau“, die psychologisch durch den Depressionszustand, in den Galizien geraten sei, erklärt werden könne. Was die „Nationale Vereinigung“ anbelangt, so weist das Blatt darauf hin, daß ihr Politiker angehören, welche schon am Anfange des Krieges „eine destruktive Stellung gegenüber den tätigen, antirussischen Bestrebungen des Obersten Nationalkomitees einnahmen. Dieselben Leute haben die Auflösung der ostgalizischen Legion verschuldet. Es sind dies: Tadeusz Cienśki, Dr. Rajznica, Prof. St. Surzycki. „Um den wirklichen Eindruck zu vertuschen, wurden einige hervorragendere, der aktiven Politik fernstehende Persönlichkeiten . . . gewonnen“.

(Aus Nr. 145 des Warschauer Tagesberichts vom 17. Juli 1917.)



Aus Nr. 162 des Naprzód (Krakau)  
vom 17. Juli 1917.

### Die Krakauer akademische Jugend

hat in Sachen der Aktion der akademischen Jugend Warschaus einen Beschluß gefaßt. Wir geben ihn hier wörtlich wieder: „Die akademische Jugend der Jagiellonischen Universität in Krakau begrüßt voll Anerkennung den Standpunkt der Warschauer Jugend in dem Kampfe um die Unabhängigkeit der höhern Lehranstalten, im Kampfe, der eine der Erscheinungen der polnischen selbständigen Bestrebungen nach der Unabhängigkeit darstellt. Wir stellen mit Freuden fest, daß die Warschauer Jugend sich mit leeren Versprechungen nicht begnügt und auf diese Weise der Volksgesamtheit den Weg gezeigt hat, der bei der Arbeit des Aufbaues des polnischen Staates zu beschreiten ist.

Die akademische Jugend in Krakau.

Nr. 178 des Głos (Warschau)  
vom 19. Juli 1917

bringt eine Korrespondenz aus Budapest, die über die Eröffnungsfeier des neubegründeten „Ungarischen Verbandes der Freunde Polens“ berichtet: Der Verband entsteht auf Initiative des Landesverbandes der ungarischen

Katholiken, sowie der Delegation des Obersten Nationalkomitees in Budapest. Aufgabe des Verbandes ist, die Beziehungen zwischen Ungarn und Polen auf wirtschaftlichem und intellektuellem und, wenn es erforderlich sein sollte, auch auf politischem Gebiete aufrechtzuerhalten und zu entwickeln. Dem Verbande traten eine Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten bei. Zur Eröffnungsfeier erschien aus Polen Graf Adam Ronikier, als Vertreter des Obersten Nationalkomitees Dr. Gabicht und Dr. Jan Dambrowski. In das Ehrenpräsidium des „Ungarischen Verbandes der Freunde Polens“ wurden gewählt: Graf Julius Andrássy, Primas-Kardinal Esernoch, Graf Johann Zichy, Fürst Nikolaus Esterházy. Zum leitenden Präsidenten des Verbandes wurde gewählt Stefan Jsembery, zum Vizepräsidenten Zoltan Hindy. Zu Ehrenmitglieder wurden ernannt: der Kronmarschall Niemcewicz, Erzelenz Bl. L. Jaworski, Fürst A. Lubomirski, Graf A. Ronikier, Lempicki, Bischof Wandurski, Graf Soluchowski, Graf Józef Tarnowski und der Lemberger Stadtpräsident Rutowski. Dem Verbande gehören hervorragende ungarische Politiker an, wie Erz. Berzevitz, die Rektoren Michalyfi und Kovacs, Fürst Windischgrätz, Graf Batthyany, Graf Karolyi, Prälat Gieswein und viele andere.

(Aus Nr. 148 des Warschauer Tagesberichts vom 20. Juli 1917).



